

## 6 Krisenzeiten (1974 – 1989)

Die Zeit um die Mitte der 1970er Jahre wird in Europa weithin als ein Epochenbruch wahrgenommen.<sup>1</sup> Damals endete ein in der Nachkriegszeit begonnener, in verschiedenen Ländern als „Golden Age“, „Les Trente Glorieuses“ empfundener und in Westdeutschland als „Wirtschaftswunder“ bezeichneter, mehrere Dekaden anhaltender Wirtschaftsaufschwung.<sup>2</sup> Die in der Mitte der 1970er Jahre einsetzende krisenhafte Entwicklung in zahlreichen europäischen Staaten trat nunmehr an die Stelle eines stetigen Aufschwungs, signalisierte damit, historisch betrachtet, das Ende eines ungewöhnlichen Nachkriegsbooms in Europa und die Rückkehr zur Normalität einer modernen, kapitalistischen Industriegesellschaft.<sup>3</sup>

Auf den britischen Inseln endeten die hellen Nachkriegsjahrzehnte im Jahr 1973 und es folgte dort eine Reihe von „Winters of Discontent“.<sup>4</sup> Der unaufhaltsame Zerfall des Empires,<sup>5</sup> eine als bedrohlich empfundene Masseneinwanderung aus den ehemaligen Kolonien und die ungelöste „irische Frage“ boten die politische Folie, auf der sich drei ökonomische Kernprobleme des Landes, nämlich Massenarbeitslosigkeit, hohe Inflationsraten und gewalttätige Arbeitskonflikte, abbildeten.<sup>6</sup> Im Streikwinter 1978/79 kulminierten auf der Insel die genannten Konflikte und der „Primat des Ökonomischen“ trat in diesem Kontext offen zutage. In Frankreich stellte sich die Lage nur wenig anders dar. Auch dort markierte die erste Ölkrise den „Beginn der grauen Jahre“,<sup>7</sup> wenn auch mit Hinweisen auf politische und kulturelle Entwicklungen aus einer alternativen Sicht dem „Primat des Ökonomischen“ gelegentlich widersprochen wurde.<sup>8</sup> Gleichwohl wurde auch in Frankreich die zweite Hälfte der 1970er Jahre ökonomisch als eine „Zeit der Krise“ wahrgenommen.

In Deutschland lässt sich zur Mitte der 1970er Jahre ebenfalls ein Kontinuitätsbruch in der wirtschaftlichen Entwicklung verorten, denn auch die westdeutsche Industriegesellschaft erreichte nun ein neues Entwicklungsstadium und das galt insbesondere für das Land an Rhein und Ruhr.<sup>9</sup> Noch 1959 hatte der Baedeker Verlag dem Ruhrgebiet erstmals einen Reiseführer gewidmet, in dem Walther Däbritz in einem Beitrag über die Industrie der Region von einem „Reichtum an edlen Kohlen“ und von der Verkehrslage als einer „zweite[n] hohen Gunst der Natur“ für das Land schwärmte. Voller Stolz beschrieb der Autor die bestehenden Zustände, ohne zu ahnen, wie verhängnisvoll sich die Monostruktur des Reviers sehr bald auf die Ent-

---

1 Levsen 2016 und Schlemmer/Reitmayer 2014.

2 Kaelble 1992.

3 Doering-Manteuffel/Raphael 2012.

4 So etwa Clarke 2004.

5 Eine zusammenfassende Darstellung bei Wende 2016, insb. S. 309 – 322.

6 Ausführlich dazu Garnett 2007; Forster/Harper 2010 und Beckett 2009.

7 Fourastié 1979.

8 Sirinelli 2007.

9 Briesen 1995, S. 226.

wicklung des Landes NRW auswirken sollte. Die bereits 1958 wegen des Verlustes des Energiemonopols der Steinkohle beginnende Kohlenkrise belehrte ihn alsbald eines Besseren. Auch die vielfältigen in der Folgezeit unternommenen, staatlich initiierten Stützungsaktionen für den Steinkohlenbergbau an der Ruhr, bis hin zur Gründung der Ruhrkohlen AG, verschafften dem Revier nur einen kurzen Aufschub in seinem wirtschaftlichen Niedergang. Es kam nämlich noch viel schlimmer und NRW wandelte sich innerhalb von nur vierzig Jahren „vom Schwungrad des europäischen Wiederaufbaus zum ‚Land der Krise‘“. <sup>10</sup> Die Standort- und Industriepolitik des Landes und des Bundes konnte den ökonomischen Verfall an der Ruhr nicht stoppen und muss daher weitgehend als gescheitert angesehen werden. Dazu trugen gewiss auch die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft bei, die eine Anpassung der regionalen Wirtschaftsstruktur an die weltwirtschaftlichen Erfordernisse erschwerten.

## 6.1 Eine veränderte Wirtschaftslage

In der Bundesrepublik Deutschland insgesamt traten nach der Rekonstruktionsphase der Wirtschaft am Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit im Verein mit Verwerfungen innerhalb der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu Beginn der 1970er Jahre neue Probleme in der wirtschaftlichen Entwicklung in das Zentrum öffentlicher Wahrnehmung und wirtschaftspolitischer Aktivitäten. Hier ist vor allem der Zusammenbruch des Weltwährungssystems zu nennen, wie es 1944 auf der Konferenz im amerikanischen Bretton Woods entworfen worden war, und das mehr als zwei Jahrzehnte gut funktioniert hatte. Hinzu kamen ein dramatischer Anstieg der Rohstoff-, insbesondere der Erdölpreise und eine Lohn- und Sozialpolitik, die im Rahmen sozialliberaler Reformen die Belastungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu testen beabsichtigte. <sup>11</sup> Dieser ambitionierte Versuch führte zu einer entsprechenden Reaktion der bundesdeutschen Wirtschaft und erschwerte ihr eine Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen, geprägt durch eine wachsende Arbeitslosigkeit <sup>12</sup> bei gleichzeitig steigenden Inflationsraten – eine Gleichzeitigkeit, die gemäß der damals geltenden keynesianischen Orthodoxie eigentlich nicht hätte auftreten dürfen. <sup>13</sup> Das neue Phänomen wurde mit dem Begriff „Stagflation“ umschrieben, eine Wortschöpfung, durch die ein Zustand von Stagnation in der Wirtschaftsentwicklung mit steigender Arbeitslosigkeit und zugleich hohem Maß an Preissteigerungen (Inflation) erfasst werden sollte. Das Jahr 1974/75 lässt sich in die-

---

<sup>10</sup> Ebda., S. 245.

<sup>11</sup> Eine kritische Sicht auf die Reformpolitik bei Scherf 1986. Auch Görtemaker 1999, S. 523 und S. 569.

<sup>12</sup> Raithel/Schlemmer 2009.

<sup>13</sup> Der behauptete „Trade Off“ zwischen Arbeitslosigkeit/Wachstum und Lohnentwicklung/Inflation wurde seinerzeit durch die sogenannte Phillips-Kurve (ursprünglich: Phillips 1958) formalisiert. Ausführlich dazu Soltwedel 1979, insb. S. 38 – 50.

sem Sinne auch in Deutschland als „Wasserscheide“ in der sozioökonomischen Entwicklung ansehen.<sup>14</sup> Hinzu kam die Zerrüttung der internationalen Währungsverhältnisse, die ebenfalls Einfluss auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik nahmen.

### **Massenarbeitslosigkeit<sup>15</sup>**

Der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland seit der Währungsreform<sup>16</sup> von 1948 und damit der Umfang von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hatten deutlich unterschiedliche Phasen durchlaufen.<sup>17</sup> Die neue Währung führte zunächst zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenrate auf über 10 Prozent, doch sehr bald sank diese während der Wiederaufbauphase gleichsam in einem von den Zeitgenossen als „Erdrutsch“ erfahrenen Rückgang und einem entsprechenden Beschäftigungsaufbau. Von Mitte der 1950er Jahre (1955 = 3,9 Prozent) bis 1980 (3,8 Prozent) überschritt die Arbeitslosenquote in Deutschland in keinem Jahr mehr die 5-Prozent-Marke; zwischen 1960 und 1966 lag sie sogar stetig unter 1 Prozent.<sup>18</sup> Erst ab Mitte der 1960er Jahre kam es zu einem allmählichen und stetigen Anstieg der Arbeitslosenrate und die bis dahin als „normal“ angesehene Vollbeschäftigung, die gelegentlich sogar als „Überbeschäftigung“ angesehen wurde, schien bedroht.

Ihren beredten Ausdruck fand die krisenhafte Entwicklung der bundesrepublikanischen Wirtschaft seit Mitte der 1970er Jahre in einer stetig anwachsenden Arbeitslosigkeit,<sup>19</sup> die auch in den folgenden konjunkturellen Erholungsphasen nicht mehr – wie in den Jahren zuvor – regelmäßig zurückging, sondern lediglich auf dem erreichten Niveau verharrte, um im nächsten Abschwung der Wirtschaft erneut anzusteigen.<sup>20</sup> Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie die Beendigung der Anwerbung von Ausländern, oder auch der versiegende Strom von Zuwanderern aus der DDR nach dem Mauerbau konnten diese Entwicklung nicht mehr umkehren. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit prognostizierte schon Anfang der 1980er Jahre für die kommenden Dekaden eine bedrohliche Massenarbeitslosigkeit und behielt damit leider Recht.<sup>21</sup> In der Tat stieg die Arbeitslosenquote bis Mitte der 1980er Jahre stetig weiter an (1985 = 9,3 Prozent, 1986 = 9,0 Prozent) und erreichte kurz vor der Jahrhundertwende mit 10,8 Prozent (1997) und 10,3 Prozent (1998) einen kaum mehr gekannten Höchststand. Durch die deutsche

---

<sup>14</sup> Paqué 2012.

<sup>15</sup> Dazu knapp: Pierenkemper 2017, S. 214–217.

<sup>16</sup> Zuvor lag die Arbeitslosenrate bei unter 5 Prozent. Zu den Zahlen: Gleitze 1950, S. 190.

<sup>17</sup> Eine knappe Skizze bei Paqué 2012, S. 21–35, und Pierenkemper 2012a.

<sup>18</sup> Pierenkemper 2017, S. 215.

<sup>19</sup> Raithel/Schlemmer 2009.

<sup>20</sup> Ausführlich dazu: Pierenkemper 2017, Kap. 4.2.3.

<sup>21</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Kurzbericht, 17.12.1981.

Einheit und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik entstand 1990 über Nacht zudem eine völlig neue Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt, denn nun suchten zusätzlich etwa neun Millionen Erwerbstätige Arbeit, die bis dahin zumeist in wenig konkurrenzfähigen Betrieben beschäftigt gewesen waren.<sup>22</sup> Dies war eine gewaltige Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, der sich auch die Wirtschaftsforschungsinstitute stellen mussten.

### Währungskrisen

Die deutsche Währung hatte seit Schaffung der D-Mark im Juni 1948 sehr unterschiedliche Phasen durchlaufen.<sup>23</sup> Unmittelbar nach der Währungsreform war die neue D-Mark eine nur wenig geschätzte Währung und es gelang dem deutschen Außenhandel zunächst nicht, in ausreichendem Maße internationale Zahlungsmittel für die notwendigen Importe zu erwirtschaften, sodass 1950 ein Notkredit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) zur Abwehr internationaler Zahlungsunfähigkeit in Anspruch genommen werden musste. Doch der Exportboom<sup>24</sup> der 1950er Jahre kehrte die Situation sehr bald um und die Exportüberschüsse versetzten das Land in die Lage, nicht nur die Altschulden<sup>25</sup> zu regulieren, sondern auch eine beachtliche Reserveposition aufzubauen. Diese Entwicklung war durchaus willkommen und die damit entstehenden Währungsreserven von Wirtschaft, Regierung und Bundesbank wurden durchaus geschätzt. Auf dieser Basis konnte das Land 1952 dem Internationalen Währungsfonds (IWF/IMF) beitreten und seinen Wechselkurs dem Fixkursystem von Bretton Woods angliedern.

Damit war die Bundesregierung durch internationale Übereinkommen gehalten, den DM-Wechselkurs gegenüber dem Dollar als der Leitwährung des Systems um nicht mehr als plus/minus 1 Prozent schwanken zu lassen. Die Bundesbank als Zentralbank war in der Bundesrepublik zwar dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet, hatte aber keinen direkten Einfluss auf den Außenwert der Währung (Wechselkurs), der durch die Bundesregierung im Rahmen internationaler Verträge festgelegt wurde. Bei weiterhin stetig steigenden Exportüberschüssen entwickelte sich aus dieser Situation ein Dilemma für die deutsche Wirtschaftspolitik.<sup>26</sup> Denn die Devisenzuflüsse aus dem Ausland erhöhten in unkontrollierbarer Weise die Geldmenge in Deutschland und bewirkten so einen stetigen Druck auf eine Steigerung des Preisniveaus (importierte Inflation). Eine „schleichende“ Inflation in Deutschland war die Folge und die Bundesbank sah sich dieser Entwicklung weitestgehend hilflos gegenüber, weil eine Anpassung der Wechselkurse nicht in ihrem geldpolitischen Handlungsspielraum lag. Gleichwohl erzwangen bereits in den 1960er Jahren die

<sup>22</sup> Zu den Problemen des ostdeutschen Arbeitsmarktes: Sinn/Sinn 1991, S. 179 – 223.

<sup>23</sup> Pierenkemper 2013b.

<sup>24</sup> Lindlar 1997, S. 255 – 265.

<sup>25</sup> Dazu: Abs 1991.

<sup>26</sup> Ausführlich: Holtfrerich 1998.

unbestreitbaren Inflationstendenzen in der Bundesrepublik<sup>27</sup> wie auch diverse Währungskrisen, so die Franc-Krise von 1968 und eine folgende Pfund-Krise, gelegentliche Veränderungen des DM-Wechselkurses gegenüber dem Dollar.<sup>28</sup>

Die Situation wurde allerdings unhaltbar, als, bedingt durch die übermäßigen Militärausgaben der USA im Ausland (Vietnamkrieg), dieses Land in eine gravierende Schuldnerposition geriet und der Verfall des Dollar-Wechselkurses zu einer weltweiten „Dollarkrise“ führte. Insbesondere die stabile D-Mark wurde zum Gegenpol des schwachen US-Dollars, als eine „Springflut“ ausländischen Geldes mit einem „riesigen Kapitalzufluss“ nach Deutschland schwappte. Der Bundesregierung blieb angesichts dieser Tatsache nichts anderes übrig, als die Bundesbank im Mai 1971 von ihrer Interventionspflicht gegenüber dem Dollar zu entbinden und den Wechselkurs „floaten“ zu lassen. Diese Maßnahme stellte einen „tiefen Eingriff in das internationale Währungssystem“ dar und zahlreiche andere Staaten folgten dem Beispiel Deutschlands. „Der Übergang zum Floaten [stellte nach Bundesbankpräsident Emminger (1986)] den tiefsten Einschnitt in die Währungsentwicklung der Nachkriegszeit“<sup>29</sup> dar.

Nunmehr, Anfang der 1970er Jahre, waren auch die Europäer gefordert. Zunächst war noch der Internationale Währungsfonds aktiv und bewirkte 1971 eine internationale Übereinkunft (Smithsonian Agreement), nach der den übrigen Währungen gegenüber dem Dollar eine Schwankungsbreite von plus/minus 2,25 Prozent eingeräumt wurde. Dieser Versuch der Domestizierung der „Währungsschlange“ in einem „Tunnel“ erwies sich als nicht erfolgreich, denn im März 1973 musste die Dollarbindung der europäischen Währungen dennoch aufgegeben werden.

Da sich eine internationale Übereinkunft nicht bewährte, machte man im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft im April 1972 den Versuch, einen „Europäischen Wechselkursverbund“ zu schaffen, der zwischen den betroffenen europäischen Währungen eine geringere Schwankungsbreite festlegte (1,125 Prozent).<sup>30</sup> Doch auch diese Bemühungen waren nicht dauerhaft von Erfolg gekrönt. Zu unterschiedlich war und blieb die wirtschaftliche Situation der einzelnen europäischen Staaten, die auch in den ungleichen Entwicklungen der jeweiligen Wechselkurse ihren Ausdruck fand. Deshalb unternahm man 1978 einen neuen Versuch, zu einem stabilen Verhältnis zwischen den europäischen Währungen zu gelangen. Es wurde die Gründung eines „Europäischen Währungssystems (EWS)“ beschlossen, mit dem Fernziel der Schaf-

---

<sup>27</sup> 1961 kam es deshalb bereits zu einer Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar um 5 Prozent. Sarrazin 1997, S. 55.

<sup>28</sup> Emminger 1986, S. 166 – 168. Die beiden DM-Aufwertungen vom Oktober 1969 und Dezember 1971 hatten den Außenwert der deutschen Währung um nahezu ein Viertel (24 Prozent) gesteigert, S. 219.

<sup>29</sup> Ebda., S. 252.

<sup>30</sup> Von Hagen 1998. Beteiligt waren daran neben Deutschland noch Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Das Vereinigte Königreich blieb fern, einige Staaten sind in den Folgejahren aus- und wieder eingetreten (Italien, Frankreich, Dänemark), auch Nicht-EG-Mitglieder waren zeitweilig beteiligt (Norwegen).

fung einer gemeinsamen europäischen Währung. Das EWS sollte über einen gemeinsamen Stabilisierungsfond verfügen und die verschiedenen Währungen sollten an eine Rechenwährung (Europäische Rechnungseinheit (ERE), European Currency Unit (ECU)) geknüpft werden und sich an einer gemeinsamen Währungspolitik orientieren.<sup>31</sup> Für einige Jahre funktionierte das EWS einigermaßen, obwohl auch die Kurse untereinander, trotz einer zugelassenen Schwankungsbreite von plus/minus 2,25 Prozent, immer wieder einmal neu justiert werden mussten. Die D-Mark entwickelte sich zur Ankerwährung dieses Systems, was den übrigen europäischen Staaten, insbesondere Frankreich, wenig gefiel. Doch die Europäische Gemeinschaft wurde, nicht zuletzt durch die Politik der Deutschen Bundesbank, zu einer Zone monetärer Stabilität. Gegen Ende der 1980er Jahre kam es im System jedoch erneut zu gravierenden Spannungen. Ein Abwertungsdruck der meisten Währungen gegenüber der D-Mark baute sich auf, dem man im Februar 1987 durch gemeinsame internationale Maßnahmen begegnen wollte (Louvre Accord). Im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur deutschen Einheit fasste man dann 1989 den Entschluss zum Aufbau einer Europäischen Währungsunion, nicht zuletzt auch als eine deutsche Konzession an Frankreich während der Verhandlungen um die Wiedergewinnung der deutschen Einheit.<sup>32</sup> Damit hoffte man, in der Zukunft die Instabilitäten im Bereich des Währungssystems vermeiden zu können und einen Zwang zu einer koordinierten Wirtschafts- und Finanzpolitik aufzubauen. Doch dieser Beweis musste erst noch erbracht werden.

### Globalisierung

Obwohl eine seit Jahrhunderten – wenn nicht gar Jahrtausenden – währende, wachsende weltweite ökonomische Integration im Bereich des Handels und der Finanzen beobachtbar war, die von einigen Autoren durchaus bereits als ein Prozess der „Globalisierung“ beschrieben wird,<sup>33</sup> begann doch eigentlich erst zur Mitte der 1970er Jahre eine wahrhaft „globale“, bis dahin nicht gekannte umfassende „Entfesselung der Dynamik eines globalen Marktes“,<sup>34</sup> welche die nationalen Volkswirtschaften zu schmerzhaften Anpassungen zwang. Ein erster Höhepunkt globaler Interaktion unter der Freihandelsdoktrin, einem einheitlichen Währungsraum (Goldstandard) und mit einer beachtlichen Faktormobilität (Kapitalexport, Arbeitsmigration), war bereits an der Wende zum 20. Jahrhundert erreicht worden.<sup>35</sup> Doch die internationale Ökonomie erlebte in der Zwischenkriegszeit einen schweren Rückschlag und die bereits im 19. Jahrhundert erfolgreich umgesetzte Globalisierung erlebte einen Niedergang und

---

<sup>31</sup> Ebda., S. 467.

<sup>32</sup> Rödder 2010, S. 264 – 270.

<sup>33</sup> Borchardt 2001b.

<sup>34</sup> James 1997, S. 14.

<sup>35</sup> Zu dieser „ersten“ Globalisierung vgl. Tilly 1999.

ationale Abschottung und internationale Desintegration bestimmten das Bild.<sup>36</sup> Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es erneut, an die glückliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen und die „goldenen Jahre der Nachkriegsprosperität“ der westlichen Industriestaaten lassen sich nicht zuletzt auf eine verstärkte internationale Kooperation zurückführen.

Dass die Früchte einer wachsenden Globalisierung nicht allen Weltregionen in gleicher Weise zugefallen<sup>37</sup> und für alle Beteiligten auch nicht auf Dauer gesichert sind, lehrt die Erfahrung der letzten Dekaden.<sup>38</sup> Die Globalisierung hat weder weltweit die Armut überwunden, noch kann sie eine Stabilität der internationalen Wirtschaft gewährleisten. Manche Weltregionen leiden weiterhin unter extremer Armut (Subsahara-Afrika), manche haben sich erfolgreich auf den Weg zu einem stetigen Wirtschaftswachstum begeben (China), andere wiederum erleiden spekulative Finanzkrisen oder Staatsschuldenkrisen. Die globalisierte Weltwirtschaft ist also kein Hort von Wachstum und Prosperität, sondern die Gefahren von ökonomischen Krisen und Wohlfahrtsverlusten bestehen weiterhin und sind sogar noch um eine weitere Dimension, die internationale nämlich, vermehrt.

Für die nationale Wirtschaftspolitik stellt sich als entscheidende Frage, „welcher Grad an Autonomie nationalstaatlicher Politik im globalen Weltmarkt verbleibt.“<sup>39</sup> Damit hatte sich auch die Wirtschaftspolitik in Deutschland auseinanderzusetzen und dafür suchte man nach wissenschaftlicher Expertise.<sup>40</sup> Und natürlich stellte sich auch das RWI diesen Fragen.

## 6.2 Die Arbeit des Instituts

So bot der Zeitraum von der Mitte der 1970er bis zum Ende der 1980er Jahre auch für das RWI eine Reihe turbulenter Jahre, die es ungefährdet zu überstehen galt, bis man es ab 1989 mit den gänzlich neuen Problemen einer ökonomischen Zusammenführung der beiden deutschen Staaten zu tun bekam und zudem eine umfassende Globalisierung der Weltwirtschaft zusätzliche Herausforderungen an die deutsche Wirtschaft stellte. Doch dies war Anfang der Siebzigerjahre noch nicht abzusehen. Zunächst hatte sich die Arbeit des Hauses auf die konkreten Probleme der Gegenwart zu konzentrieren und davon gab es wahrlich genug.

Was die Arbeit des RWI anbetraf, so gab es im Hinblick auf die Beratungsaufgaben zur Konjunkturpolitik und zur Strukturpolitik in der Bundesrepublik reichlich zu tun. Die Konjunkturberichterstattung bildete weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt und bezog sich nicht nur auf die lokalen und regionalen Eigentümlichkeiten und Be-

---

<sup>36</sup> Ausführlich bei James 1997.

<sup>37</sup> Stiglitz 2002.

<sup>38</sup> Cohen 1998.

<sup>39</sup> Weizsäcker 1999, S. 58.

<sup>40</sup> Menzel/Paulus 2002 und auch Deutscher Bundestag 2002.

dürfnisse an Rhein und Ruhr, sondern richtete sich auch auf die nationalen und internationalen Entwicklungen. Hier hatte sich seit Jahren die Zusammenarbeit mit den anderen Forschungsinstituten bewährt.

### Konjunkturdiagnose

Mit der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose und durch deren jeweils im Frühjahr und Herbst erfolgende Veröffentlichung nahmen die beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute immer stärker auch an der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion teil. Entsprechend wuchs auch das Interesse der Öffentlichkeit an den Instituten und einige große Tageszeitungen widmeten den wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstituten in lockerer Folge eine Reihe von Artikeln, in denen die einzelnen Institute und ihre Forschungsschwerpunkte vorgestellt wurden.<sup>41</sup> Dabei wurden auch einige Eigentümlichkeiten und Unterschiede offenbar, die möglicherweise auch in unterschiedlichen Bewertungen wirtschaftspolitischer Sachverhalte ihren Ausdruck fanden.<sup>42</sup>

Die Besonderheiten der fünf „unabhängigen“ Wirtschaftsforschungsinstitute spielten in den 1970er und 1980er Jahren in verschiedenen Kontroversen der Wirtschaftspolitik eine Rolle und die einzelnen Institute wurden im parteipolitischen Spektrum der Bundesrepublik unterschiedlich verortet.<sup>43</sup> Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)<sup>44</sup> unter Herbert Giersch galt mit seinen Forderungen nach weniger Staat, mehr Markt und niedrigen Löhnen im Parteienspektrum der Bundesrepublik als rechts stehend und als Stichwortgeber der FDP. Als diesem zugeneigt galt auch das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA)<sup>45</sup> unter Leitung von Armin Gutowski. Allerdings weniger radikal als die Kieler forderten dessen Wissenschaftler höhere Gewinnchancen für Unternehmer und eine Verbesserung der Angebotsbedingungen z. B. durch Bürokratieabbau. Den linken Flügel innerhalb der Gruppe der Wirtschaftsforschungsinstitute hielt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin besetzt.<sup>46</sup> Seine Wissenschaftler setzten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche vor allem auf die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch Lohnzuwächse und notfalls auch durch staatliche Investitionsprogramme. Sein Präsident kam traditionsgemäß aus dem La-

---

<sup>41</sup> Die *Frankfurter Rundschau* stellte im Februar und März 1977 acht solcher Institute vor (einschließlich des Battelle-, des Gewerkschafts- und des Arbeitgeber-Instituts) und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* folgte im Oktober und November desselben Jahres mit Artikeln zu sieben solcher Institute (einschließlich Gewerkschafts- und Arbeitgeber-Institut).

<sup>42</sup> Einige Hinweise auf die Geschichte der Institute bei Nützenadel 2005, S. 90 – 99.

<sup>43</sup> Rainer Hübner, „Hintermänner. Parteigerangel um Wirtschaftsforschungsinstitute“, in: Capital, 3/86, S. 130 – 136, hier S. 132f.

<sup>44</sup> Zur Geschichte des Instituts: Zottmann 1964 und Czycholl 2014.

<sup>45</sup> Köhler 1959.

<sup>46</sup> Krengel 1985 und Stäglin/Fremdling 2016a.

ger der SPD und war seinerzeit durch Hans-Jürgen Krupp vertreten. Das Münchener Ifo-Institut<sup>47</sup> stand unter der Leitung von Karl-Friedrich Oppenländer und war aufgrund seiner Entstehungsgeschichte der bayerischen Politik zugeneigt.<sup>48</sup> Sein Forschungsschwerpunkt lag auf einer stärker praxisbezogenen Markt- und Konsumforschung und auf der volkswirtschaftlichen Statistik und wurde, angelehnt an die Bonner CDU/CSU-Fraktion, in der Mitte des politischen Spektrums der Parteien verortet.

Das RWI als „Mahner der Gewerkschaften“ galt in der Perspektive der Öffentlichkeit eher als ein „Außenseiter innerhalb der Gemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Institute“.<sup>49</sup> Es war mit ca. 35 Wissenschaftlern das kleinste der fünf genannten Institute und wurde zudem in den 1970er bis Ende der 1980er Jahre nicht wie diese durch einen Präsidenten, sondern durch ein dreiköpfiges Direktorium geleitet. Zudem hatte es sich bei der Gemeinschaftsdiagnose in den 1970er Jahren im Kreis der fünf Institute mehrfach durch ein Minderheitsvotum hervorgetan. Doch Mitte der 1980er Jahre war das RWI einem „Linksdrall“ ausgesetzt, der vornehmlich durch die Strukturabteilung unter Willi Lamberts ausgelöst wurde. Hier schaltete sich auch der Betriebsrat ein, der offenbar im Hause des RWI über beachtlichen Einfluss verfügte, und intervenierte gegen die wissenschaftliche Argumentation der Konjunkturabteilung,<sup>50</sup> die z. B. gegenüber der Subventionspolitik im Bergbau eine kritische Stellung einnahm. Damit kam man den Interessen der Montanindustrie an der Ruhr in immer stärkerem Maße entgegen.<sup>51</sup>

Im „Fünferclub“ der Forschungsinstitute wirkte das RWI hingegen eher auf einen Ausgleich der unterschiedlichen Sichtweisen hin, gab aber, wenn es denn „auf Spitz und Knopf“ stand, zumeist doch den Ausschlag für die bürgerliche Koalition.<sup>52</sup> So berichtete Bernhard Filusch davon, dass das RWI im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose z. T. auch mit den Kielern strategische Partnerschaften einging, indem die Kieler gegen Schiffsbauseubventionen argumentieren sollten und die Essener gegen die Kohlesubventionen.<sup>53</sup>

**47** Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung 1961 und Langelütke 1965.

**48** Das Institut war 1949 aus der Vereinigung des durch Ludwig Erhard 1947 gegründeten Süddeutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit der Informations- und Forschungsstelle des Bayerischen Statistischen Landesamtes hervorgegangen.

**49** So zumindest aus der Sicht der Frankfurter Rundschau vom 24. 2. 1977.

**50** Die Argumente wurden dem Präsidenten Hans K. Schneider in einem Gespräch unterbreitet und man sparte auch nicht mit Kritik am Leiter der Konjunkturabteilung Bernhard Filusch, wie dieser im Gespräch am 9. 12. 2016 zu berichten wusste.

**51** Das ging nach Auskunft von Bernhard Filusch sogar so weit, dass die Mitglieder der Strukturabteilung über die Bewertung von Subventionen einfach abstimmten, anstatt sich einer wissenschaftlichen Diskussion zu stellen. Auskunft von Bernhard Filusch im Gespräch am 9. 12. 2016.

**52** Rainer Hübner, „Hintermänner. Parteigerangel um Wirtschaftsforschungsinstitute“, in: Capital, 3/ 86, S. 130 – 136, hier S. 135.

**53** Gespräch mit Bernhard Filusch am 9. 12. 2016.

### Strukturberichterstattung

Nach dem Boom wurden in der Abflachung der Weltkonjunktur insgesamt und den damit verbundenen Folgen für die Binnenwirtschaft auch die in der Wiederaufbauphase der westdeutschen Wirtschaft übersehenen regionalen Strukturprobleme, insbesondere die des Landes Nordrhein-Westfalen, deutlich. Zunächst manifestierten sich diese Probleme in der 1957 beginnenden Kohlenkrise und bald darauf im Niedergang der westdeutschen Textilindustrie. Die bis dahin nur partiell wahrgenommenen Ungleichgewichte der regionalen Wirtschaftsstruktur des Landes wurden nunmehr unübersehbar. Das ließ dann in den Siebzigerjahren neben einer lang anhaltenden konjunkturellen Abschwächung in der Gesamtwirtschaft Deutschlands innerhalb des Bundeslandes zusätzlich eine gravierende Strukturkrise überdeutlich werden.<sup>54</sup>

Die gravierenden Probleme der deutschen Wirtschaft seit dem Auslaufen des „großen Booms“ Anfang der 1970er Jahre führten nicht nur an Rhein und Ruhr dazu, einen besonderen Blick auch auf einzelne Sektoren und Branchen der Wirtschaft zu werfen und den ökonomischen Strukturwandel in Deutschland stärker in Augenschein zu nehmen.<sup>55</sup> Dass diese Entwicklung nicht allein in Deutschland gemacht wurde, zeigt ein Blick auf andere europäische Länder.<sup>56</sup> In Deutschland hatten der Bund und die Länder erste strukturpolitische Erfahrungen bereits 1969 mit der Übereinkunft hinsichtlich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gemacht und sie hatten in diesem Programm einige „Notstandsgebiete“ bzw. „Sanierungsgebiete“ zum Gegenstand einer gemeinsamen finanziellen Förderung erkorren.<sup>57</sup> Wegen der eigentümlichen Definition von Förderregionen innerhalb dieses Programms wurde aber bald klar, dass eine derartige regionale Strukturpolitik das Ruhrgebiet als Krisenregion deutlich vernachlässigen würde.<sup>58</sup> Für die neuen Aufgaben schien deshalb eine regional bezogene Förderpolitik wenig geeignet und eine sektoral orientierte Strukturpolitik zielführender.<sup>59</sup>

„Eine systematische und aktive Strukturpolitik ist die notwendige Antwort auf die zunehmende Bedeutung des wirtschaftlichen Strukturwandels und seiner Probleme [...]“<sup>60</sup> – auf diese Weise äußerte sich der zuständige Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium angesichts der manifesten Krisen in den traditionellen

---

<sup>54</sup> Jarausch 2008 und ders. 2006. Zur Sicht des RWI vgl. auch RWI Schriften Nr. 046: o.V., Nordrhein-Westfalen in der Krise – Krise in Nordrhein-Westfalen?, Essen 1985.

<sup>55</sup> Auf die älteren Ansätze zur „Strukturforschung“ kann hier nur verwiesen werden: Löwe 1926; Leontief 1928 und Nurske 1935. Im Überblick dazu Hesse 2013.

<sup>56</sup> Zur Struktur- und Industriepolitik im europäischen Vergleich allgemein Grabas/Nützenadel 2014 (Introduction, S. 1–10) und Federico/Foreman-Peck 1999 (Introduction: Industrial Policies in Europe, S. 1–17).

<sup>57</sup> Eine derartige gemeinsame Aufgabe wurde durch die Einfügung des Art. 91 a in das Grundgesetz ermöglicht.

<sup>58</sup> Goch 2004a, S. 174.

<sup>59</sup> Abelshauser/Kopper 2016, insb. S. 61–70.

<sup>60</sup> Schlecht 1968, S. 9.

Industriebranchen in Deutschland bereits Mitte der 1960er Jahre. Der Strukturwandel der deutschen Wirtschaft schlug sich vor allem im Niedergang traditioneller Großindustrien nieder.<sup>61</sup> Innerhalb der Industrie veränderten sich die Anteile verschiedener Branchen deutlich. Zwischen 1950 und 1967 erlebte z. B. der Steinkohlenbergbau einen Rückgang an der gesamtwirtschaftlichen Nettoproduktion von 6,5 Prozent auf 3,5 Prozent und der Anteil der Textilindustrie verminderte sich von 10,2 Prozent auf 4,0 Prozent, während die chemische Industrie im selben Zeitraum ihren Anteil von 8,5 Prozent auf 11,2 Prozent und die elektrotechnische Industrie den ihren von 4,5 Prozent auf 8,1 Prozent steigern konnten.<sup>62</sup> Richtig verstandene Strukturpolitik müsse diesen langfristigen Wandel helfend unterstützen und dürfe keinesfalls in den Fehler verfallen, ihn aufzuhalten oder ihm gar entgegenwirken zu wollen. Vielmehr gelte es, „die Wettbewerbswirtschaft dort zu ergänzen und zu korrigieren, wo sie auf Grund von Marktunvollkommenheiten nicht funktioniert [...]“.<sup>63</sup>

Bereits im „Stabilitätsgesetz“ von 1967 (§ 8) wurde deshalb vorgesehen, in regelmäßigen Abständen auch einen Überblick über die finanziellen Hilfen zu geben, welche die Bundesregierung einzelnen Wirtschaftsbranchen gewährte.<sup>64</sup> Zwei derartige „Strukturberichte der Bundesregierung“ sind dann auch erschienen,<sup>65</sup> jedoch entschied sich die Regierung bald, die weitere Untersuchung der Wirtschaftsstruktur und ihrer möglichen Gestaltung durch finanzielle Mittel wirtschaftswissenschaftlichen Experten zu überlassen. Deshalb stellte sich der Bundesregierung im Frühjahr 1977 die Aufgabe, eine sektorale Strukturberichterstattung zu entwickeln, um damit zu einer besseren Informationsbasis für eine rationale Strukturpolitik zu gelangen.<sup>66</sup> Den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten wurden durch die Initiativen der Bundesregierung in jedem Fall neue attraktive Arbeitsfelder erschlossen, die sie gerne beackerten. Bereits 1979 wurde ein erster derartiger Bericht vorgelegt.<sup>67</sup>

Im RWI konnte insbesondere natürlich die „Strukturabteilung“ von dieser Initiative profitieren und deren Leiter, Willi Lamberts, nutzte die damit verbundenen Chancen. Angesichts der vor Ort erfahrenen Krise des Ruhrkohlenbergbaus und auch der weniger aufmerksam verfolgten Krise der nordrhein-westfälischen Textilindustrie konnte reichlich Anschauungsmaterial gesammelt werden und man hatte im Hause ja auch schon erste eigenständige Versuche zu einer regionalen Strukturanalyse unternommen.<sup>68</sup> Die Arbeiten im Zuständigkeitsbereich der Strukturabteilung des Instituts

---

<sup>61</sup> Steiner 2016. Ein Überblick bei Grüner 2014.

<sup>62</sup> Schlecht 1968, S. 10.

<sup>63</sup> Ebda., S. 16.

<sup>64</sup> Möller 1968, S. 178 – 189.

<sup>65</sup> Bundestagsdrucksache V/4564 v. 4.7.1967 und VI/761 v. 8.5.1970.

<sup>66</sup> Umfassend dazu Klaus Löbbe, 10 Jahre Strukturberichterstattung – Eine Zwischenbilanz, in: RWI Mitteilungen, Jg. 37/38 (1986/87), S. 455 – 473, und knapp: „Die Struktur-Berichte in freier Konkurrenz. Das BMWi erläutert seine Philosophie“, in: Handelsblatt vom 5.4.1977, S. 2.

<sup>67</sup> Ahrens 2017, S. 71 – 80.

<sup>68</sup> RWI Schriften Nr. 037: K. Löbbe und R. Kruck, Wirtschaftsstrukturelle Bestandsaufnahme im Ruhrgebiet, Essen 1976; RWI Schriften Nr. 040: Christa Thoben, Strukturdiagnose in der Marktwirt-

bezogen sich natürlich auch auf die politischen Umsetzungsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Erkenntnisse, also auf die regionale und sektorale Strukturpolitik, um deren zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten auszuloten. Ob diese Arbeiten tatsächlich der Überwindung der gravierenden Strukturkrise an der Ruhr gedient haben, kann bezweifelt werden.<sup>69</sup>

Die Bundesregierung war gehalten, jeweils eine Stellungnahme zu den Berichten abzugeben, was aber zunehmend schwieriger wurde, weil sich die einzelnen Institute nicht auf ein klares Konzept sektoraler Strukturpolitik einigen konnten. Die Ausführungen waren daher eher heterogen und durch den jeweiligen wirtschaftspolitischen Standpunkt der Institute bestimmt. Weil auch die Wissenschaft hier keine Klärung herbeiführen konnte, blieben die Berichte weitgehend auf eine statistische Beschreibung der sektoralen Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik begrenzt und erwiesen sich für die Wirtschaftspolitik als wenig hilfreich. Die stetige Forderung nach einer Reduzierung der Subventionen war allerdings allen vertretenen Positionen gemein; nur welche Subventionen betroffen sein sollten und wie eine Einschränkung zu bewerkstelligen sei, blieb unklar. Neben den Ansätzen einer gesamtwirtschaftlich orientierten Strukturpolitik wurden dabei auch Fragen einer sektoralen Strukturpolitik virulent.<sup>70</sup>

Die fünf führenden, an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute waren zunächst damit beauftragt worden, bis zum Sommer 1977 jeweils eine Vorstudie zu erstellen, in der die Möglichkeiten einer regelmäßigen Analyse der strukturellen Veränderungen in der Volkswirtschaft abgeschätzt werden sollten.<sup>71</sup> Auf dieser Basis werde das Bundeswirtschaftsministerium dann im Herbst darüber entscheiden, ob und wie eine stetige Strukturberichterstattung eingerichtet werden solle. Ein derartiger Versuch, so versprach es sich das Ministerium, werde „strukturpolitische Lernprozesse auslösen“ und die isolierte Betrachtung der Entwicklung einzelner Sektoren überwinden helfen sowie eine zunehmende Transparenz in das sektorale Gefüge der Gesamtwirtschaft bringen. Das sei gewiss keine einfache Aufgabe, denn eine hinreichende Strukturberichterstattung sei in „ihrem Schwierigkeitsgrad und in ihrer Bedeutung mit dem Aufbau der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Entwicklung der Konjunkturanalyse vergleichbar“, weil dabei empirisches Neuland betreten werden müsse. Ob es auch

---

schaft, Essen 1978. Und diese Forschungen wurden fortgesetzt, so durch RWI Schriften Nr. 048: R. Hamm und H. Wienert, Strukturelle Anpassungen altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich, Essen 1990; R. Döhrn, Schattenwirtschaft und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Essen 1990, und P. Feldotto, Regionales Investitionsmanagement unter den Bedingungen einer regionalen Strukturpolitik – Das Beispiel altindustrieller Regionen Nord-Pas-de-Calais und Emscher-Lippe, Essen 1997.

69 Nonn 2000 und ders. 2002. Dass es auch anders geht, zeigt Gruner 2009.

70 Starbatty 1967.

71 Bearbeiter und Titel der fünf Studien sind angeführt bei Helmstädter 1980, FN 1, S. 424. Vgl. auch RWI Schriften Nr. 040: Christa Thoben, Strukturdiagnose in der Marktwirtschaft, Essen 1978.

möglich sei, eine eigenständige volkswirtschaftliche „Strukturtheorie“, ähnlich der Konjunkturtheorie zu entwickeln, bleibe vorerst völlig offen. Dies gelte vor allem auch deshalb, weil gegenwärtig noch kein etabliertes Verfahren zur Analyse sektoraler Strukturveränderungen zur Verfügung stehe.<sup>72</sup> Als Grundzusammenhang sei jedoch anzunehmen, dass „Änderungen in der Produktionsstruktur und der Faktoreinsatzrelationen [...] vorrangig aus Veränderungen der Nachfragestruktur abzuleiten“ seien. Etwa 40 Einzelbranchen innerhalb des Waren produzierenden Gewerbes sollten dabei für die Bundesrepublik Berücksichtigung finden; Vorschläge für den Dienstleistungssektor wurden nicht gemacht.

Nach Vorlage der Vorstudie der fünf Forschungsinstitute kam das Wirtschaftsministerium des Bundes zu dem Schluss, dass es vor Ende 1979 kaum zu einer ersten Strukturberichterstattung kommen werde, weil diese durch einen Mangel an einschlägigen Daten verhindert werde.<sup>73</sup> Immerhin ließen sich die voraussichtlichen jährlichen Kosten dieses Unterfangens mit 6 Mio. DM bereits bemessen und die Schwierigkeiten genauer benennen. Den Instituten schienen die verfügbaren Statistiken nicht ausreichend, insbesondere diejenigen für den Dienstleistungsbereich, und zudem seien mögliche Methoden der Analyse noch nicht entsprechend erprobt. Drei Verfahren einer zureichenden Strukturberichterstattung standen ihrer Meinung nach zur Verfügung, die Entwicklung charakteristischer Indikatoren (Zeitreihen, Koeffizienten), eine Input-Output-Tabelle oder spezifische sektorale ökonometrische Modelle. Die Mehrzahl der Institute, so auch das RWI, sprach sich, wenn auch nicht ohne Gegenstimmen, für die Entwicklung von Input-Output-Tabellen aus.<sup>74</sup> Eine vom Bundeswirtschaftsministerium erwünschte regionale Untergliederung wurde aus datentechnischen Gründen von den Instituten abgelehnt. Skeptische Stimmen verwiesen auf die Mängel der klassischen Statistiken und befürchteten, dass die geplante Strukturberichterstattung nicht viel mehr als einen weiteren „Zahlenfriedhof“ zustande bringen würde, denn „mit der herkömmlichen Statistik sei [...] weder eine befriedigende Analyse noch eine zuverlässige Prognose möglich“.<sup>75</sup> Eine vernünftige Politik könne darauf jedenfalls nicht aufgebaut werden und der Aufwand diene allenfalls der Legitimierung staatlicher Lenkungsmaßnahmen.

Auch seitens des RWI äußerte man sich eher zurückhaltend, weil für eine sektorale Strukturpolitik, anders als bei der Konjunkturdiagnose, kaum konkrete Ziele vorgegeben werden könnten und deshalb auch keine Empfehlungen für die Politik der

---

72 Äußerst kritisch zu diesem Vorhaben auch Helmstädter (1980, S. 432), der sehr begrenzte Leistungserwartungen hinsichtlich dieses Vorhabens hatte und sich nur „wenig Erkenntnisfortschritte“ davon versprach.

73 „Bonn scheut vor Strukturprognosen zurück. Vorstudien zur Strukturberichterstattung/6 Millionen DM Kosten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.10.1977.

74 RWI Schriften Nr. 040: Christa Thoben, Strukturdiagnose in der Marktwirtschaft, Essen 1978.

75 „Zahlenfriedhof“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.10.1977.

Bundesregierung zu erwarten seien.<sup>76</sup> Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) sah sich hingegen für die neue Aufgabe gut gerüstet.<sup>77</sup> Es verwies auf zwei eigene Gutachten, in denen noch im Boom der Wirtschaftswunderjahre der Niedergang der Textilindustrie und der Eisen- und Stahlindustrie frühzeitig prognostiziert wurde und die seinerzeit vom Bundesminister Ludwig Erhard wenig freundlich aufgenommen worden waren. Aus diesem Hause folgte deshalb auch sehr bald der Versuch einer Rechtfertigung sektoraler Strukturanalysen. Der Leiter der Forschungsgruppe „Sektorale Prognosen“ des IfW versuchte die Strukturberichterstattung als eine Chance für eine marktkonforme und effektive Strukturpolitik darzustellen.<sup>78</sup> Er wandte sich dabei zugleich gegen eine politische Überfrachtung des Vorhabens und wies sowohl die Vorstellung zurück, damit den Weg zu einer „indikativen Wirtschaftslenkung“ geöffnet oder ein Instrument der Systemveränderung gefunden zu haben.<sup>79</sup> Er sah vielmehr in der Strukturberichterstattung einerseits ein diagnostisches Instrument für eine staatliche Strukturpolitik und andererseits eine Orientierungshilfe für Entscheidungen der privaten Wirtschaft. Allerdings blieben diese beiden Funktionen bis heute mit großen Unsicherheiten behaftet, weil Mängel in der empirischen Basis und der analytischen Methoden der Strukturanalyse offensichtlich bestanden. Besonders wichtig erscheine es deshalb, dass die beauftragten Forschungsinstitute nicht gehalten seien, zu einem Gemeinschaftsgutachten zu gelangen, sondern in Konkurrenz zueinander ihren Forschungsauftrag erfüllen. Darin sei auch eine Barriere gegen jede Art von „Strukturdirigismus“ geschaffen, weil im Neuland der Strukturberichterstattung zunächst noch ein Lernprozess zu absolvieren sei und weil die Ziele einer effektiven Strukturpolitik nicht von vornherein zu bestimmen seien und somit Raum für unterschiedliche Wertsetzungen ließen.

Die Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute vollzog sich zunächst parallel in allen beteiligten Instituten und dann im Wechsel zwischen ihnen, differenziert nach Kernberichten und Schwerpunktthemen.<sup>80</sup> Inhaltlich verschoben

---

<sup>76</sup> Christa Thoben, „Strukturdiagnose in der Marktwirtschaft und strukturelle Hindernisse. Der Wochenbericht aus Bonn“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung: Blick durch die Wirtschaft vom 15.11.1977.

<sup>77</sup> Konzeptionen einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Entwicklungen (Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel), Kiel 1977 (als Manuskript vervielfältigt) sowie auch Manfred Porsch, „Spezialität: Strukturanalysen“, in: Kieler Nachrichten, Nr. 48 vom 25.2.1978, S. 3.

<sup>78</sup> Klaus-Dieter Schmidt, „Strukturanalysen, wozu? Eine Rechtfertigung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.1.1978.

<sup>79</sup> Die Vorstellung der Steuerung des sektoralen Strukturwandels basiert auf keynesianischen Vorstellungen und eher sozialdemokratischen politischen Überzeugungen. Beide Positionen befanden sich Mitte der 1970er Jahre bereits in der Defensive gegenüber angebotsorientierten und geldtheoretisch gestützten Konzepten.

<sup>80</sup> Bereits 1983 erschien die „Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft – Gesamtdarstellung“ als Band 1 der RWI Strukturberichterstattung, 1988 folgte „Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland und Veränderung der Standortfaktoren im sektoralen Strukturwandel“ als Schwerpunktthema zur Strukturberichterstattung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirt-

sich die Untersuchungen von Fragen der strukturellen Entwicklungen zu den Problemen des internationalen Standortwettbewerbs.<sup>81</sup> Inwieweit eine derartige Strukturberichterstattung tatsächlich erfolgreich war und zur Formulierung einer rationalen Strukturpolitik beigetragen hat, bleibt zu hinterfragen. Eine Betrachtung sektoraler Strukturen im Rahmen der Globalpolitik der 1960er Jahre drängte sich förmlich auf, weil die traditionellen Industrien nach dem Boom in die Krise gerieten und weil die neuen, zukunftssträftig erscheinenden Industrien in ihrer Existenz noch wenig gesichert waren.<sup>82</sup> Die Dringlichkeit einer sektoralen Strukturpolitik erschien überdies, angesichts der ausufernden Subventionen in Deutschland, unabweisbar.<sup>83</sup> Im Bereich der Industrie stand hier der Steinkohlenbergbau an erster Stelle, der neben sonstigen Maßnahmen (z. B. Einfuhrbegrenzungen) zwischen 1958 und 1967 bereits 16,7 Mrd. DM direkte Finanzhilfen erhalten hatte und zwischen 1978 und 1986 nochmals mit ca. 50 Mrd. DM subventioniert worden war, wobei die indirekte Unterstützung durch den „Kohlepfennig“ über den Strompreis der Verbraucher noch nicht einmal eingerechnet war. Der Schiffbau, der sich gegenüber der ostasiatischen Konkurrenz nur schwer behaupten konnte, hatte neben Zinsvergünstigungen und Kreditgarantien ebenfalls bereits ca. 10 Mrd. DM (1966–1990) an Subventionen erhalten. Auch die Eisen- und Stahlindustrie benötigte, trotz eines EU-Quotenkartells und einer im europäischen Vergleich äußerst zurückhaltenden Unterstützung durch die Bundesregierung, finanzielle Hilfe in Höhe von etwa 7 Mrd. DM (1975–1991).<sup>84</sup> Die Textilindustrie konnte hingegen auf keinerlei Hilfe rechnen und musste den Strukturwandel aus eigenen Kräften bewerkstelligen.

---

schaft und 2000 „Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit“, wiederum als Schwerpunktthema für denselben Auftraggeber.

**81** Klaus Löbbe, Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität aus der Sicht der sektoralen Strukturanalyse, in: RWI Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschaftsforschung, Jg. 51 (2000), H. 3/4, S. 185–204.

**82** Hier eröffnet sich ein weiteres großes Thema der Förderpolitik des Staates, nämlich die Unterstützung vermeintlicher „Zukunftsindustrien“. Zu zahlreich sind dabei die Misserfolge – man denke nur an den Transrapid und den Airbus im Verkehrswesen oder die Atom- oder Solarindustrie im Energiebereich –, als dass hier ein zukunftssträftiger Bereich der Wirtschaftspolitik zu vermuten wäre. Weitere Hinweise bei Radkau 2018.

**83** Allgemein dazu: Jákli 1990. Über den tatsächlichen Umfang der Subventionen in Deutschland sind nur schwer genaue Angaben zu machen, weil die Vorstellungen darüber, welche der zahlreichen Hilfen für die Wirtschaft in Deutschland tatsächlich als „Subventionen“ zu betrachten sind, weit auseinandergehen. So gibt die Bundesregierung die Höhe der im Jahr 2011 geflossenen Subventionen mit lediglich 49 Mrd. Euro an, während das Kieler Institut eine Zahl von 92 Mrd. Euro nennt. Vgl. zu den Zahlen: Ahrens 2017, S. 62.

**84** Ahrens 2017, S. 65–67. Die hier vorgelegten Zahlen wurden aus den Subventionsberichten der Bundesregierung ermittelt.

### Stahlkrise

Für das Land Nordrhein-Westfalen war es vor allem die starke Prägung durch die Montanindustrie, welche die Anpassung an eine veränderte Wirtschaftslage erschwerte. Zu den frühen Krisen im Steinkohlenbergbau und in der Textilindustrie trat in den 1980er Jahren eine ähnlich problematische Entwicklung im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr. Diese Entwicklung war von den Experten nicht vorausgesehen worden, denn auch das RWI prognostizierte noch 1964 lediglich einen „gegenüber dem gegenwärtigen Trend“ allenfalls leicht abnehmenden Roheisenverbrauch.<sup>85</sup>

Allerdings war im „Kohlegutachten“ des RWI aus dem Jahre 1985 darauf hingewiesen worden, dass im Unterschied zum Steinkohlenbergbau die Bewertung von Subventionen in der Eisen- und Stahlindustrie sehr unterschiedlich erfolge. Im Zusammenhang mit der öffentlichen Kritik gegenüber der internationalen Konkurrenz werde hier offenbar mit zweierlei Maß gemessen. Während die Gewährung von Subventionen an die deutschen Steinkohleunternehmen von der Bundesregierung scharf kritisiert werde, sei man gegenüber den Milliardenbeträgen, die von den Regierungen Englands, Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und Italiens für die Erhaltung ihrer Stahlindustrie bereitgestellt würden, weit zurückhaltender. Man könne seitens der Bundesregierung eben nicht in Sachen Stahl den Ankläger spielen, wenn man in Sachen Kohle eine ähnliche Subventionspolitik wie die übrigen europäischen Staaten verfolge.<sup>86</sup>

Ähnlich wie bereits eine Dekade zuvor in der Kohleindustrie deutete sich nämlich Anfang der 1970er Jahre auch beim Stahl weltweit ein Überangebot an.<sup>87</sup> Doch die wachsende Konkurrenz aus Übersee bedrohte zunächst vor allem die weniger effizient arbeitenden Stahlwerke Westeuropas und in Deutschland allenfalls die Saarwerke, weniger die hoch produktiven Eisenerzeuger an Rhein und Ruhr. Erst in einer zweiten Welle ab 1979 waren auch hier die Eisen- und Stahlwerke von den Folgen massiver Überkapazitäten betroffen<sup>88</sup> und das Ruhrrevier, als Haupterzeuger von Eisen und Stahl in Deutschland und Europa, entwickelte sich wegen der Absatzprobleme der Stahlunternehmen nunmehr zur ökonomischen Problemzone Nr. 1 in Deutschland und in NRW.<sup>89</sup> Ab 1980/81 schrieben alle großen Stahlerzeuger an der Ruhr (Krupp, Thyssen, Klöckner) rote Zahlen.<sup>90</sup>

---

**85** RWI 121/59: Untersuchung über den Roheisenverbrauch der Eisen-, Stahl- und Tempergießereien in der Bundesrepublik und seine voraussichtliche Entwicklung bis 1970 (Kurzfassung), Essen 1964, S. 8.

**86** „Hie Kohle – hie Stahl“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 3.5.1985.

**87** Warloutzet 2017.

**88** Mény/Wright 1987.

**89** Först 1986, S. 188. Die Zahl der Beschäftigten der Branche verminderte sich in Deutschland von 1974 bis 1984 von 232.000 auf 152.500 und der Output sank von 53,2 Mio. jährlich auf 39,2 Mio. Tonnen. Vgl. Warloutzet 2017, S. 141.

**90** Goch 2002, S. 166.

Diesem Umstand widmete auch das RWI nunmehr einen Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit.<sup>91</sup> Schon im Jahre 1973 hatte man dort die Lage der deutschen Stahlindustrie und ihre Zukunftschancen zum Gegenstand eines ausführlichen Gutachtens gemacht.<sup>92</sup> Die Wettbewerbslage der deutschen Stahlindustrie hatte sich damals nicht zuletzt auch wegen der Abnahmeverpflichtung für deutsche Steinkohlen deutlich verschlechtert, weil die ausländischen Konkurrenten von billigen Importkohlen profitieren konnten. Das Ergebnis dieser Konstellation schlug sich für die deutschen Stahlproduzenten in einem geringen Wachstum und dem „Verlust von Marktanteilen“ nieder.<sup>93</sup> Weil bei der Verhüttung Inlandserze kaum noch eine Rolle spielten, war der Standortvorteil der deutschen Stahlwerke, der in der räumlichen Nähe von Kohle und Erz gelegen hatte, verloren gegangen und Küstenhüttenwerke mit den geringsten Transportkosten verfügten nunmehr über den optimalen Standort.<sup>94</sup>

Ursachen für die Verschlechterung der Wettbewerbspositionen der deutschen Stahlindustrie lagen in der geringeren Kapazitätsauslastung der deutschen Werke, ihren suboptimalen Betriebsgrößen, den Investitionshilfen/Subventionen bei der Konkurrenz und den überhöhten Kohlepreisen im Rahmen des „Hüttenvertrages“ mit der Ruhrkohle AG. Die geringere Kapazitätsauslastung sei darauf zurückzuführen, dass deutsche Unternehmen sensibler auf Konjunkturen reagierten und in Schwächephasen der Konjunktur daher stärker von den Absatzeinbußen betroffen seien als ihre Konkurrenten. Die suboptimalen Betriebsgrößen hatten historische Gründe in der Gründungs- und Unternehmensgeschichte der einzelnen Werke.

Der Kohlenverbrauch der deutschen Stahlindustrie war in der Dekade 1963/73 deutlich gesunken, was zunächst vor allem die Auslandskohle betroffen hatte. Doch wegen der Anhebung des Kohlepreises im Inneren stieg der Kohlenimport sehr bald wieder an, sodass die Inlandskohle den Verbrauchsrückgang der Stahlindustrie in

---

**91** Allerdings hatte man auch schon früher dieser Branche seine Aufmerksamkeit zugewandt, vgl. RWI Schriften Nr. 004: G. Kiersch, Internationale Eisen- und Stahlkartelle, Essen 1954.

**92** RWI 121/90: Zur Lage der Stahlindustrie und ihre kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten auf Wettbewerbsnachteile bei den Energiekosten (Gutachten, im Auftrag des Bundesbeauftragten für den Steinkohlenbergbau und die Steinkohlenbergbauggebiete), Essen 1973.

**93** Zwischen 1962 und 1972 war die deutsche Stahlproduktion nur um jährlich 3,4 Prozent gewachsen, während das Bruttosozialprodukt in diesem Zeitraum um jährlich 4,5 Prozent angestiegen war. Bei den Walzwerkerzeugnissen hatten die deutschen Hersteller 1962 noch 82 Prozent des einheimischen Marktes versorgt, 1972 betrug dieser Anteil nur noch 69,4 Prozent und innerhalb der gesamten Montanunion war dieser Anteil im selben Zeitraum von 50,4 Prozent auf nur noch 33 Prozent gesunken. RWI 121/90: Zur Lage der Stahlindustrie und ihre kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten auf Wettbewerbsnachteile bei den Energiekosten, Essen 1973, S. 4.

**94** Bereits am Ende des 19. Jahrhunderts (Baubeginn 1898) war bei Stettin an der Ostsee ein erstes Küstenhüttenwerk entstanden, als sich Guido Henckel von Donnersmarck zu einer derartigen Investition zur Nutzung britischer Kohlen und schwedischer Erze entschloss. Vgl. dazu Rasch 2016, S. 113–128. Eine Modellrechnung auf Basis der Daten von 1971 kommt zu dem Schluss, dass nunmehr der optimale Standort eines europäischen Stahlwerks in Rotterdam zu finden sei. So Weisweiler/Oberhofer 1973.

vollem Umfang zu tragen hatte. Hinzu kam, dass auch der Verbrauch an Erdgas und Erdöl insgesamt deutlich stieg und die Kohle als Energieträger weiter an den Rand drückte. Für die deutsche Stahlindustrie ergaben sich als Anpassungsmöglichkeiten an die veränderte Wettbewerbssituation drei Möglichkeiten. Man konnte *erstens* versuchen, die Kosten durch einen verminderten Kohlenverbrauch weiter zu senken; doch hier stellten sich in den überkommenen Hochofenverfahren technologisch bedingte Grenzen, es sei denn man wechselte im Stahlgewinnungsverfahren zu Elektrostahlwerken oder zur Direktreduktion. *Zweitens* konnte man versuchen, Vormaterialien verstärkt aus dem Ausland zu beziehen, oder *drittens* die Produktion von Stahl unmittelbar ins Ausland zu verlagern<sup>95</sup> – alles keine glücklichen Aussichten für die deutschen Stahlarbeiter und für das Ruhrrevier. Um dieser misslichen Situation der europäischen Stahlindustrie Herr zu werden, machte die EWG-Kommission daraufhin den Vorschlag, die Mindestzollsätze auf die Einfuhr von Stahl in die EWG auf 9 Prozent zu erhöhen und darüber hinaus eine quantitative Begrenzung der Einfuhr durch Kontingentierung der Stahlimporte durchzusetzen.<sup>96</sup>

Eine langfristige Lösung der Krise der europäischen Stahlindustrie war von dieser Maßnahme nicht zu erwarten und eine Subventionierung der Stahlindustrie in der Bundesrepublik gab es im Unterschied zu zahlreichen anderen europäischen Staaten bis dahin noch nicht. Auch lagen die Kohlepreise für die deutsche Stahlindustrie aus strukturpolitischen Erwägungen sogar über den Wettbewerbspreisen.<sup>97</sup> Eine Lösung des Dilemmas wurde deshalb auf europäischer Ebene gefunden.<sup>98</sup> Nach langwierigen Verhandlungen gelang es der Europäischen Kommission, alle beteiligten Regierungen dazu zu bringen, einen einstimmigen Beschluss der Kommission zur Ausrufung einer „manifesten Krise“ auf der Basis von Art. 58 des EU-Vertrages herbeizuführen. Dieser Schritt versetzte die Mitgliedsstaaten dann in die Lage, ein Quoten-Kartell der europäischen Stahlindustrie mit festen Produktionsmengen und Preisen einzurichten. Eine Absicherung gegenüber den Exporten, insbesondere aus Japan und den USA, gelang durch eine „freiwillige“ Begrenzung der Exportmengen.<sup>99</sup> Eine langfristige Standortsicherung für die europäische Stahlindustrie war damit jedoch noch nicht

---

<sup>95</sup> Die deutschen Unternehmen experimentierten mit allen diesen Möglichkeiten: Hoesch fusionierte z. B. mit Hoogovens/NL, um Vormaterialien zu beziehen, und die August-Thyssen-Hütte kooperierte mit französischen Werken.

<sup>96</sup> Knipping 2004, S. 122.

<sup>97</sup> Wie groß diese Preisdifferenz war, blieb hingegen strittig. Die Ruhrkohle AG und die Wirtschaftsvereinigung Stahl kamen bei ihren Berechnungen zu unterschiedlichen Ergebnissen, die um bis zu 10 Prozent voneinander abwichen.

<sup>98</sup> Warloutzet 2017, S. 140 – 146.

<sup>99</sup> Dass eine derartige Lösung einer Absatzkrise auch ohne eine europäische Regelung allein durch private Absprachen möglich ist, veranschaulicht der Chemiefasermarkt im Jahr 1978. Dazu: Marx 2017 und Schröter 2002.

gelungen.<sup>100</sup> Die folgenden Jahrzehnte blieben in der Eisen- und Stahlindustrie geprägt von einer stetigen Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit und einem Rückgang der Produktion, der sich gelegentlich krisenhaft zuspitzte.<sup>101</sup>

### Energiekrise

Die deutsche Steinkohle bildete nach 1945 nicht nur das Rückgrat des deutschen Wiederaufbaus, sondern sie war zugleich im Verein mit der Braunkohle die Basis der Energiegewinnung insgesamt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit erfolgte zwischen 1948 und 1958, in einer ersten Phase der deutschen Energiepolitik, eine maßgebliche Förderung des Kohleabbaus durch Subventionen, Schutzzölle und Konzentration, weil eine Energielücke befürchtet wurde.<sup>102</sup> Erst mit der 1957/58 beginnenden Kohlenkrise, als ein verschärfter Wettbewerb mit dem Erdöl und der zuströmenden Auslandskohle sichtbar wurde, erfolgte hier eine Umsteuerung in der Energiepolitik.<sup>103</sup> Sie wurde nun in erster Linie zu einer Kohlesubventionspolitik. Der Steinkohlenabsatz sollte durch eine erhöhte Abnahme seitens der Stromerzeuger und der Eisen- und Stahlindustrie stabilisiert werden.<sup>104</sup> In der öffentlichen Diskussion spielte zunächst allerdings weiterhin die Gefahr einer Energielücke und der zu hohen Importabhängigkeit der deutschen Wirtschaft eine Rolle.

Im Siegeszug des Erdöls in Deutschland wurde die Hauptursache des Niedergangs des deutschen Steinkohlenbergbaus gesehen. Erdöl und Erdgas bildeten, nach den wenig erfolgreichen Bemühungen der Kohlenhydrierung in den vorausgehenden Dekaden, nunmehr nämlich die Basis für die Herstellung von Kraftstoffen für die sich in der Automobilisierungswelle in Westdeutschland stark verbreitenden Verbrennungsmotoren. Doch auch die Petrochemie mit ihrer Faser- und Kunststoffproduktion setzte anstelle der Kohle auf den neuen Rohstoff<sup>105</sup> und die privaten Haushalte bevorzugten inzwischen Heizöl als Brennmaterial gegenüber der überkommenen Kohlefeuerung.<sup>106</sup>

Neben das Erdöl, das vor allem dem Steinkohlenbergbau schwer zu schaffen machte und letztlich seine Existenz bedrohte, trat in den 1970er Jahren noch die Kernenergie als möglicher neuer Träger des Primärenergieverbrauchs in der Bun-

---

**100** RWI Schriften Nr. 045: o.V., Stahlkrise – Ist der Staat gefordert?, Essen 1984 und RWI Schriften Nr. 058: A. Gieseck, Krisenmanagement in der Stahlindustrie – Eine theoretische und empirische Analyse der europäischen Stahlpolitik 1975 bis 1988, Essen 1995.

**101** Von 1974 bis 1988 verminderte sich die europäische Stahlherstellung von 183,2 Mio. Jahrestonnen auf 162,3 Mio., wobei die jeweils für die nächsten drei Jahre vorgenommenen Schätzungen der Produktion niemals realisiert werden konnten. RWI Arbeitsbericht 1989, S. 29.

**102** Stier 1999, S. 493.

**103** Abelshauser 1985.

**104** Vgl. ausführlich zur Kohlenkrise weiter oben unter Punkt 5.2.2.

**105** Zu den Verfahren und Grundprodukten der organischen Chemie (Chemie der Kohlen-Wasserstoff-Verbindungen) knapp: Plumpe 1993, S. 161–183.

**106** Kaiser 1997, S. 326–331.

desrepublik.<sup>107</sup> Der Ausbau der Atomkraft wurde seinerzeit als bester oder gar einziger Ausweg aus einer scheinbar auch weiterhin drohenden „Energiekrise“ angesehen.<sup>108</sup> Mit der Gründung der Deutschen Atomkommission, mit einem Atomministerium und einem ersten deutschen Atomprogramm war hierfür der Weg bereitet. Trotz Uneinigkeit über die technische Ausgestaltung der zukünftigen Atomkraftwerke, ob auf Basis von Natururan oder importiertem angereichertem Uran, ob als Leicht- oder Schwerwasserreaktor oder als Schneller Brüter auf Plutonium-Basis, wurde 1957 von der Bundesregierung ein 500-Megawatt-Programm beschlossen, für dessen Finanzierung mehr als eine Mrd. DM bereitgestellt wurde. 1961 konnte in Kehl am Main ein erstes deutsches Atomkraftwerk ans Netz gehen.<sup>109</sup> Weitere Milliardenbeträge aus Steuergeldern flossen in den Ausbau der Atomkraft und zusätzliche Atomkraftwerke konnten ihren Betrieb aufnehmen.<sup>110</sup> Und auch beim Export von Atomkraftanlagen trat der Staat den jeweiligen Unternehmen finanziell hilfreich an die Seite. Um die noch zögernden Energieunternehmen mit ihren vornehmlich auf Kohlebasis konventionell betriebenen Kraftwerken für den Ausbau der Atomenergie zu gewinnen, begrenzte der Staat ihr Haftungsrisiko bei Atomunfällen auf lediglich 500 Mio. DM, eine viel zu geringe Summe.<sup>111</sup>

Die Verbilligung des Erdöls in den Sechzigerjahren, unerwartet hohe Kosten des Reaktorbaus, Probleme bei der Zwischen- und Endlagerung des Atom Mülls sowie erste Unfälle in den Atomkraftwerken in den USA und in der Sowjetunion stellten diese Alternative der Energiegewinnung allerdings sehr bald infrage. Auch die Ölkrisen der Siebzigerjahre konnten die Skepsis und den Widerstand gegenüber der Atomenergie nicht beheben, vielmehr rückte die sparsame Verwendung von Energien als Antwort auf die Energiemangel in diesem Zeitraum in den Vordergrund.<sup>112</sup> Angesichts der zunehmenden Kritik am Ausbau der Atomkraft in Deutschland wurde auch ein Verzicht auf die Kernenergie in Betracht gezogen. Ein sofortiger Verzicht im Jahre 1986 hätte wohl zu gravierenden Problemen in der Stromversorgung der Bundesrepublik geführt, weil der notwendige Zubau von konventionellen Kraftwerken erst in den 1990er Jahren mit Lieferungen an den Markt hätte treten können. Zudem sei mit langfristig ansteigenden Kohlenimporten zu rechnen, weil Kohle zum Betrieb der neuen Kraftwerke benötigt würde.<sup>113</sup> Nicht zuletzt auch unter dem Einfluss von Hans Karl Schneider als seinem Präsidenten entwickelte das RWI eine durchaus positive

---

**107** Radkau 1983.

**108** Fischer 1992, S. 28.

**109** Schindler 1999.

**110** 1966 folgte Grundremmingen, 1968 Lingen und Obrigheim, 1973 Stade, später Würgassen.

**111** Claudia Wesseling, Traum und Albtraum. Deutschlands Weg in die zivile Nutzung der Atomkraft, in: Das Parlament, Nr. 33–34 vom 15.8.2016, S. 8.

**112** Fischer 1992, S. 31f. Zur facettenreichen Diskussion über die Zukunftsträchtigkeit der Atomkraft vgl. auch Radkau, S. 131–170.

**113** RWI, Qualitative und quantitative Abschätzung der kurz- und langfristigen Wirkungen eines Verzichtes auf Kernenergie (Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft), Essen 1986, S. 113f.

Einstellung gegenüber einer stärkeren Nutzung der Kernenergie als Basis der west-deutschen Energieversorgung.

### 6.2.1 Neue Führungsstrukturen

Nicht nur die veränderte Weltwirtschaftslage und die Versuche der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik, darauf angemessene Antworten zu finden, stellten das RWI seit Anfang der 1970er Jahre in seiner wissenschaftlichen Arbeit vor neue Herausforderungen. Auch im Hause selbst kam es zu krisenhaften Zuspitzungen. Während dieser Zeit hatte sich im Inneren eine neue Führungsstruktur zu bewähren und darüber hinaus wurde auch von außen eine Reihe von Konflikten in das RWI getragen. Ein erster solcher Konflikt erwuchs aus der Begutachtung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des RWI durch den Wissenschaftsrat (WR), die dem Institut gravierende fachliche Mängel und eine inadäquate Führungsstruktur bescheinigten. Mit diesem Diktum war mittelfristig die Existenz des Hauses in Frage gestellt und rasche Abhilfe wurde nötig.<sup>114</sup> Ein weiterer Konflikt um die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit entwickelte sich aus den Schlussfolgerungen eines umstrittenen Gutachtens des RWI aus dem Jahre 1985.<sup>115</sup> Die Strukturabteilung des Hauses äußerte sich darin in einer Weise, die im Widerspruch zur Kohlenpolitik des Landes und des Bundes stand und die auch im RWI selbst keine Unterstützung fand. Der Streit um Zuständigkeit und Verantwortung für das Gutachten eskalierte und führte zu einer Rücktrittserklärung des zuständigen Abteilungsleiters, zu langwierigen arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen und schließlich zur Rückkehr des Hauses zu einer präsidentialen Führungsstruktur. Hinzu kamen Unklarheiten im Finanzgebaren des RWI bzw. seiner Fördergesellschaft, die zu Nachforderungen des Finanzamtes im Jahre 1992 führten. Zusätzliche Querelen erwuchsen aus Unachtsamkeiten des neuen Präsidenten, die zu einer Vertrauenskrise aufgebauscht wurden. Wie war es zu diesen Problemen gekommen?

Nach dem Tod Theodor Wessels und dem Ausscheiden Wilhelm Bauers zu Beginn der 1970er Jahre wurden die Leitungsstrukturen des Hauses folgenreich umgebaut. Eine derartige Neukonstruktion lag damals durchaus im Trend der Zeit, denn seit 1968 hatte es an den Hochschulen und innerhalb der Wissenschaft hitzige Diskussionen um eine Neuorientierung von Lehre und Forschung gegeben, mit dem Ergebnis einer Forderung nach verstärkter Einbeziehung der Mitarbeiter in die Arbeit und Organisation wissenschaftlicher Institutionen. Den „Muff von tausend Jahren“, den man unter den Talaren der Ordinarien vermutete, suchte man durch den frischen Wind der nachstrebenden Wissenschaftlergeneration auszulüften. Die „68er“ strebten auf ih-

---

<sup>114</sup> Wissenschaftsrat 1982, insb. S. 65–76.

<sup>115</sup> RWI, Zur volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus (Gutachten im Auftrag des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen), Essen 1985.

rem „Marsch durch die Institutionen“<sup>116</sup> nach Mitwirkung und Kontrolle, auch in den Forschungsinstitutionen; und das RWI kann in diesem Sinne als ein besonders erfolgreiches Beispiel dienen. Die übrigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute folgten dem Essener Beispiel übrigens nicht und verzichteten auf ein derartiges Experiment.

Dass dieses Unterfangen in Essen erfolgreich umgesetzt werden konnte, ist gewiss auch der besonderen Konstellation vor Ort zuzuschreiben. Zunächst einmal war der Wissenschaftliche Leiter des Hauses, Wilhelm Bauer, durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des neu geschaffenen Sachverständigenrates mit der Aufbauarbeit des Stabes und der Verfassung der jährlichen Gutachten derartig belastet, dass er sich 1968 von seinen Tätigkeiten im RWI beurlauben lassen musste. An seine Stelle, als stellvertretende Direktoren, wurden Dipl.-Volkswirt Bernhard Filusch und Dr. Willi Lamberts in „Anerkennung ihrer Leistungen für das Institut“ zum Leiter der Konjunkturabteilung bestellt bzw. mit der Leitung der Strukturabteilung betraut. Dr. Gregor Winkelmeyer blieb wie bisher als Geschäftsführender Direktor tätig. Damit war eine Konstellation geschaffen, die sich offenbar recht gut bewährte und man sah keinen Grund davon abzuweichen.<sup>117</sup> Im Institut selbst gab es offensichtlich auch eine starke gewerkschaftliche Vertretung der Mitarbeiter, die bei Personalentscheidungen auf der Leitungsebene Mitwirkungsrechte für sich beanspruchte und diese im Sinne einer kollegialen Führungsstruktur durchzusetzen in der Lage war. Und so kam es, dass nach dem Ausscheiden von Prof. Bauer zum 1. März 1971 die wissenschaftliche Leitung des Instituts zunächst kommissarisch gemeinsam zwei Mitarbeitern, Dipl.-Volkswirt Bernhard Filusch und Dr. Willi Lamberts, übertragen wurde. In der nächsten, für den 26. März 1971 vorgesehenen Sitzung des Verwaltungsrats sollte ein Antrag auf Bestellung der beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter zu Nachfolgern von Professor Bauer als Wissenschaftliche Direktoren gestellt werden.<sup>118</sup> Dies konnte jedoch erst nach einer Änderung der Satzung erfolgen, die dann in § 9 als Organe des Vereins neben der Mitgliederversammlung und dem Verwaltungsrat ein „Direktorium“ als Leitungsorgan und nicht länger lediglich einen Präsidenten wie in der bis dahin gültigen Satzung vorsah.<sup>119</sup> Das neue Direktorium wurde nunmehr von Willi Lamberts und Bernhard Filusch als den beiden Wissenschaftlichen Direktoren sowie von Gregor Winkelmeyer als Geschäftsführendem Direktor gebildet.

---

**116** Zur „Dekade des Aufbruchs“ vgl. knapp Schönhoven 1999.

**117** Nach Aussage von Bernhard Filusch im Gespräch am 9.12.2016 war aus dem Verwaltungsrat die Initiative gekommen, diese vorläufige Regelung nach dem Ausscheiden Wilhelm Bauers zum 28. 2.1971 als endgültige Konstellation zu belassen.

**118** Zum Ergebnis der Sitzung RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Protokoll der Sitzung der Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde und Förderer vom 5.4.1971.

**119** RWI Essen, Satzung. RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung. Über diese Neuerung wurden auch die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI in Kenntnis gesetzt: RWWA 66–30–1, Duisburger Kupferhütte.

**Gregor Winkelmeyer**, geb. am 22. Januar 1922 in Essen, war bereits seit September 1944 im Institut tätig und blieb über viele Jahrzehnte als Geschäftsführer und „graue Eminenz“ eine der tragenden Figuren.<sup>120</sup> Er diente bereits unmittelbar nach seinem Eintritt in das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung im September 1944 dem Geschäftsführenden Direktor Walther Däbritz als Personalreferent und wurde im Frühjahr 1955, nach dem Ausscheiden Däbritz', auch offiziell mit der Geschäftsführung des Instituts betraut, die er bis zu seiner Pensionierung ausübte.

Nach der Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife am 27. September 1941 am Humboldt-Gymnasium in Essen hatte Winkelmeyer im Wintersemester 1941/42 ein Wirtschaftsstudium an der Universität zu Köln begonnen.<sup>121</sup> Während dieses Studiums absolvierte er in den Jahren 1942 und 1943 bereits ein mehrmonatiges Volontariat im RWI. Seine Diplomprüfung legte er am 4. August 1944 ab<sup>122</sup> und am 22. Juli 1946 wurde er mit einer Arbeit über den Ruhrkohlenbergbau zum Dr. rer. pol. promoviert.<sup>123</sup> Nach seiner Promotion erfolgte sein Eintritt als wissenschaftlicher Referent in das RWI, der angesichts seiner Forschungen und Kontakte zu den tragenden Personen des Hauses nur folgerichtig erscheint.<sup>124</sup>

Nach der Währungsreform wurden ihm neben seinen Aufgaben als Personalreferent auch die allgemeine Verwaltung und die Finanzierungsaufgaben des Instituts übertragen. Hier konnte er sich insbesondere als Geschäftsführer der 1948 aus der Finanznot des Hauses geborenen Fördergesellschaft einen Namen machen. An der Errichtung und Erweiterung des Gebäudes in der Hohenzollernstraße hatte er bedeutenden Anteil, wie auch am Gedeihen der Fördergesellschaft des Instituts. Seine erfolgreiche Geschäftsführung brachte ihn nach der Reorganisation der Leitungsstruktur des Instituts im Jahre 1974 in den Kreis des dreiköpfigen Direktoriums, wo er als Geschäftsführender Direktor bis zu seinem Ausscheiden aus dem RWI zum 31. Dezember 1988 tätig war.<sup>125</sup> In den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungen des Instituts hat er sich nicht wesentlich hervorgetan, dazu gab die Geschäftsführung offenbar keinen Raum.

---

**120** In den späteren Jahren, nach Ausscheiden von Däbritz bis zur Reorganisation des Institutes Mitte der 1980er Jahre, galt er gar als der „ungekrönte König“ des Instituts. So Aussage von Bernhard Filusch im Gespräch am 9.12.2016.

**121** Über Studium und Studienverlauf gibt die Promotionsakte des Dekanats der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln Auskunft.

**122** Das Thema seiner Diplomarbeit lautete: „Die Verflechtung der luxemburgischen Industrie mit dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk“ und lässt sich in den Bereich der damals in Köln unter Beteiligung von Wessels und Kuske intensiv betriebenen „Westforschung“ einordnen.

**123** Das Thema der Dissertation lautete: „Beiträge zum Standortproblem des Ruhrkohlenbergbaus in Vergangenheit und Gegenwart“. Die Arbeit wurde von Prof. Wessels betreut, Zweitgutachter war Leopold von Wiese.

**124** Erstaunlich bleibt, dass Winkelmeyer niemals Wehrdienst zu leisten hatte.

**125** Normalerweise wäre die Amtszeit Winkelmeyers mit Vollendung des 65. Lebensjahres am 31.12.1987 abgelaufen. Da sich aber das Institut zu diesem Zeitpunkt in einer Phase grundlegender Umstrukturierung befand, hatte man ihn gebeten, seinen Dienstvertrag um ein Jahr zu verlängern, und dieser Bitte hatte er sich nicht verschlossen.

**Bernhard Filusch** wurde am 26. September 1925 in Cosel (Oberschlesien) als Sohn des Kaufmanns Max Filusch und seiner Ehefrau Hildegard geboren.<sup>126</sup> Dort wuchs er gemeinsam mit seinen vier Geschwistern auf. Nach vier Jahren Volksschule (1931 – 1935) wechselte er im April 1935 auf die General-Litzmann-Oberschule für Jungen in Cosel. Mit 16 Jahren wurde er aus der Obersekunda direkt von der Schulbank zur vormilitärischen Ausbildung und im Jahr darauf im Mai 1943 zum Reichsarbeitsdienst herangezogen. Im Oktober 1943 wurde der Schüler zur Wehrmacht eingezogen und geriet am Ende des Zweiten Weltkriegs an der Ostfront in russische Kriegsgefangenschaft.<sup>127</sup> Die Rückkehr in seine alte Heimat Schlesien wurde dem nunmehr „heimatlosen Heimkehrer“ verwehrt, weil Schlesien mittlerweile unter polnischer Verwaltung stand. Eine erste Tätigkeit fand er als Schreiber bei den sowjetischen Militärbehörden, musste aber wegen seiner angegriffenen Gesundheit bei einem kinderlosen Bauernpaar in Wörben bei Zerbst „aufgepäppelt“ werden.<sup>128</sup> Nach längerem Suchen stellte sich heraus, dass seine Mutter aus Schlesien vertrieben worden war und mittlerweile mit seinen jüngeren Geschwistern in Weinheim an der Bergstraße bei einer Tante Unterschlupf gefunden hatte. Sein Vater und sein älterer Bruder befanden sich noch in amerikanischer bzw. französischer Kriegsgefangenschaft und konnten erst später nach dort kommen. Bernhard Filusch stellte also einen Antrag auf Übersiedlung zur Familienzusammenführung aus der sowjetischen Zone nach Westdeutschland. Diesem Antrag wurde stattgegeben und so gelangte er schließlich nach Weinheim.

Am neuen Wohnort angekommen wollte er die unvollständige Schulausbildung nachholen. Und so wie bei zahlreichen mittlerweile erwachsenen Heimkehrern schien es auch für Filusch kaum sinnvoll, in die einstmals verlassene Klassenstufe wieder einzusteigen. Durch intensives Heimstudium gelang es ihm, ab März 1947 seinen Wissensrückstand gegenüber den Unterprimanern schnell wettzumachen und er wurde im laufenden Schuljahr in diese Stufe übernommen. Bereits im folgenden Jahr 1948 legte er dann im Juli am Realgymnasium Weinheim die Reifeprüfung ab. Bis zum Beginn seines Studiums war er vorübergehend von Juli 1948 bis April 1949 als „Werksschüler“ bei der Firma Carl Freudenberg in Weinheim tätig. Zum Studium bewarb sich der Abiturient zunächst an der Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg, wo er aber abgewiesen wurde. Filusch immatrikulierte sich schließlich an der Universität Heidelberg für das Fach Soziologie, wechselte aber sehr bald, angeregt durch die Vorlesungen von Erich Preiser (1900 – 1967), zur Volkswirtschaftslehre. Am 7. Mai 1953 legte er die Diplom-Prüfung für Volkswirte mit der Note „Ausgezeichnet“ (sehr gut) ab.<sup>129</sup> In seinem Lebenslauf, den er seinem Bewerbungsschreiben an das RWI im Frühjahr 1954 beilegte, bemerkte er am

**126** Am 9.12.2016 gewährte mir Bernhard Filusch, 91-jährig, im Haus des RWI ein umfassendes Gespräch, in dem er zum eigenen Leben und zur Arbeit des RWI ausführlich Stellung nahm. Für diese Freundlichkeit danke ich ihm sehr!

**127** Genauere Auskünfte aus dem Gespräch mit Bernhard Filusch am 9.12.2016.

**128** So seine Erinnerungen im Gespräch am 9.12.2016.

**129** Der Titel der Diplomarbeit lautete: „Die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf das ‚innere‘ und ‚äußere‘ Gleichgewicht“.

Schluss, dass er in diesem Jahr noch zu promovieren beabsichtige. Aus einem geplanten Promotionsvorhaben wurde aus finanziellen Gründen allerdings nichts, denn der in Aussicht genommene Betreuer, Prof. Helmut Meinhold (1914–1994), sah sich außerstande, ihm in Heidelberg eine Stelle anzubieten, dafür fehlten dort die Mittel. Und Filusch selbst hatte ebenfalls keine derartigen finanziellen Möglichkeiten, musste er doch während der Semesterferien seine „theoretischen Erkenntnisse durch praktische“ ergänzen, wie er seine Tätigkeit als Werkstudent später euphemistisch umschrieb.

Gleichwohl verwandte sich Prof. Meinhold für ihn und sprach Wilhelm Bauer vom RWI an, ob nicht dort eine Stelle für Filusch zu finden sei. Nach Vorstellung bei Theodor Wessels, der dem Preiser-Schüler mit einiger Skepsis begegnete, trat er zum 1. Juni 1954 in das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung ein und wurde dort wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Konjunkturabteilung. Darüber hinaus wurde er nebenamtlich als Dozent an der staatlichen Ingenieurschule für Bauwesen in Essen tätig, wo er eine Arbeitsgemeinschaft „Moderne Wirtschaftspolitik“ betreute. Von einer geplanten Kündigung am RWI im Jahre 1958 und von einem Wechsel in das Bundeswirtschaftsministerium sah Filusch auf Zuraten von Wilhelm Bauer ab.<sup>130</sup> Im Bereich der Konjunkturforschung des RWI konnte er sich sehr bald als Forscher profilieren und wurde folgerichtig im Jahr 1964 zum Leiter der Konjunkturabteilung bestellt. Bei der Umwandlung der Führungsstruktur des Instituts von einer Präsidialverfassung in ein Direktorium wurde er ebenso wie Willi Lamberts und Gregor Winkelmeyer 1974 Mitglied des dreiköpfigen Führungsgremiums und zuständig für die Konjunkturbeobachtung und -diagnose. Im Felde der Konjunkturforschung zeichnete sich Filusch vor allem durch seine prägende langjährige Mitarbeit an der Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute aus und im Institut oblag ihm die Herausgabe der Konjunkturbriefe des RWI, die zunächst, seit 1957 verfasst, nur für den internen Gebrauch gedacht waren, dann aber seit 1972 auf vielfachen Wunsch auch einem weiteren Publikum zugänglich gemacht wurden.<sup>131</sup> Zum 30. Juni 1986 trat Bernhard Filusch nach einer langjährigen und erfolgreichen Tätigkeit als Konjunkturforscher und gefragter Konjunkturprognostiker<sup>132</sup> und nicht zuletzt nach einer über 30-jährigen Tätigkeit im Institut in den verdienten Ruhestand.<sup>133</sup>

**Willi Lamberts** wurde am 13. November 1932 in Büsbach bei Stolberg im Rheinland geboren. Im Wintersemester 1953/54 begann er ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und schloss dieses im Juni 1956 erfolgreich ab.<sup>134</sup> Unmittelbar

<sup>130</sup> Mitteilung Bernhard Filuschs im Gespräch am 9.12.2016.

<sup>131</sup> Tomann 1986, S. 5, mit einem Verzeichnis der Konjunkturbriefe von 1972 bis 1985.

<sup>132</sup> Roland Döhm und Bernhard Filusch, Die Gemeinschaftsdiagnosen – Ursprung und Entwicklung, Probleme und Ergebnisse (Bernhard Filusch zum 90. Geburtstag), RWI Materialien, H. 107, Essen 2016, S. 5.

<sup>133</sup> RWI Arbeitsbericht 1986, S. 7.

<sup>134</sup> Das Thema seiner Diplomarbeit, gestellt von Prof. Wessels, lautete: „Das bilaterale Monopol in der Wirtschaftstheorie“ und ließ früh seine ausgeprägten Interessen auch im Bereich der Volkswirtschaftstheorie erkennen.

danach begann Willi Lamberts mit seiner Dissertation, deren Thema „The collective bargaining theory“ ihm von Prof. Wessels gestellt worden war und die er zwei Jahre später vollendete.

Als Diplom-Kaufmann und Doktor der Wirtschaftswissenschaften trat Willi Lamberts zum 2. Juni 1958 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das RWI ein.

Zum 1. Januar 1964 übernahm er die Redaktion der Mitteilungen des Hauses und wurde zugleich zum Leiter der Statistischen Abteilung und des Fachreferats Ökonometrie bestellt. Zum 1. Januar 1969, nach der Beurlaubung von Wilhelm Bauer, wurde er gemeinsam mit Bernhard Filusch zum stellvertretenden Wissenschaftlichen Direktor des RWI berufen. Als Wilhelm Bauer zum 28. Februar 1971 endgültig aus den Diensten des RWI ausschied, wurde Dr. Lamberts gemeinsam mit dem Kollegen Filusch mit der kommissarischen wissenschaftlichen Leitung des Instituts betraut. Lamberts wurde zudem zum Leiter der Strukturabteilung des Hauses berufen.

Später, im Zusammenhang mit den Querelen um das „Skandalgutachten“ über die weitere Subventionierung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr, erklärte Lamberts zunächst 1985 mündlich seinen Rücktritt von allen Ämtern im RWI. Wenige Tage später widerrief er seine voreilige Erklärung und es kam danach zu arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen um seinen Verbleib im Hause.<sup>135</sup> Letztlich schied Willi Lamberts zum 30. November 1992 mit 60 Jahren aus dem Dienst des RWI aus. Am 15. Mai 2009 starb er im Alter von 77 Jahren.

So arbeitete das Institut im Unterschied zu den wirtschaftswissenschaftlichen Schwesterinstituten, die an der Präsidialverfassung festhielten, seit Anfang der 1970er Jahre mit einem dreiköpfigen Direktorium als Führungsgremium. Die bis dahin in verschiedenen Arbeitsgruppen organisierte wissenschaftliche Arbeit des Instituts wurde nun derartig neugestaltet, dass eine Konjunkturabteilung<sup>136</sup> unter Leitung von Bernhard Filusch von der Strukturabteilung<sup>137</sup> unter Willi Lamberts geschieden wurde. Gregor Winkelmeyer widmete sich weiterhin der Geschäftsführung und den Service-Funktionen (Statistik, Archiv, Bibliothek), die allen Forschern zur Verfügung standen. Daneben bestand auch noch die Handwerksabteilung.<sup>138</sup> Es bildete sich also eine recht starre Arbeitsteilung in der wissenschaftlichen Tätigkeit des Hauses heraus, die

---

**135** Ausführlich dazu im folgenden Abschnitt 6.2.3.

**136** Mit einem Schwerpunkt der Arbeit zu Konjunkturen in den Sektoren Kohle, Eisen und Stahl sowie Energie. RWI: Arbeitsbericht 1970, S. 2. Hinsichtlich der Untersuchungen im Energiesektor bestand eine enge Zusammenarbeit mit dem Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln.

**137** Hier gab es wiederum drei Abteilungen: Sektorenstruktur, Regionalstruktur und öffentliche Finanzwirtschaft. RWI: Arbeitsbericht 1970, S. 3.

**138** Erstmals für das Jahr 1974 erfolgte auch im Arbeitsbericht des Institutes eine der neuen Organisationsstruktur entsprechende Untergliederung der Ausführungen, die dann im folgenden Jahr als „Konjunkturbeobachtung“, „Strukturbeobachtung“ und „Handwerk“ bzw. „Handwerksforschung“ besonders hervorgehoben wurde. RWI: Arbeitsbericht 1974 und 1975. Daneben findet sich noch die Abteilung „Energie und Stahl“, in die das vormalige „Stahlarchiv“ überführt wurde und die inhaltlich der Konjunkturabteilung zuzurechnen war.

dem Austausch von Informationen, Kenntnissen und Argumenten gewiss nicht förderlich war. Die neue Organisationsstruktur bekam dem Hause offenbar nicht gut, wie sich einige Jahre später nach kritischer Prüfung erweisen sollte.

### 6.2.2 Wissenschaft in der Bewährung

Nahezu zeitgleich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland schlossen die deutschen Länder im März 1949 das sog. „Königsteiner Abkommen“,<sup>139</sup> mit dem die wissenschaftliche Forschung in den Bundesländern gefördert werden sollte und das der Zusammenarbeit der Länder in dieser Frage eine gemeinsame Basis bot. Im Jahr 1969 schuf eine Änderung des Grundgesetzes mit der Einfügung von Art. 91 b GG<sup>140</sup> die gesetzlichen Voraussetzungen einer gemeinsamen Förderung der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durch den Bund und die Länder. In Folge dieser Neuregelung wurden zunächst 46 westdeutsche Forschungseinrichtungen auf einer „Blauen Liste“ angeführt, die einer gemeinsamen Förderung durch Bund und Länder unterlagen. 1990 schrieb Art. 38 des Einigungsvertrages die Eingliederung der DDR-Forschungsinstitute in die gemeinsame Förderung vor, wodurch sich die Anzahl der geförderten Institute nahezu verdoppelte, und zwar auf 81 im Jahr 1992. Eine kleinere Gruppe dieser Forschungsinstitute, 32 an der Zahl, separierte sich jedoch sehr bald<sup>141</sup> und organisierte in weitgehender wissenschaftlicher Unabhängigkeit die administrative Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instituten. Diese Maßnahme diente einem verstärkten inhaltlichen Austausch und der verbesserten Koordination der wissenschaftlichen Arbeit.

Seit 1979 wurden die verschiedenen öffentlich geförderten Forschungsinstitute in der Bundesrepublik auch durch den Wissenschaftsrat regelmäßig im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit evaluiert. Dieser Rat war am 5. September 1957 durch ein „Verwaltungsabkommen über die Errichtung eines Wissenschaftsrats“ zwischen dem Bund und den Ländern geschaffen worden.<sup>142</sup> Ursprünglich sollte dieses Expertengremium Bund und Ländern in Fragen der Wissenschaftspolitik lediglich beratend zur

---

**139** Der Name des Abkommens bezog sich auf den Ort der Unterzeichnung: Königstein im Taunus.

**140** Satz 1 des Art. 91 b lautet: Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen in Fällen von überregionaler Bedeutung bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenwirken.

**141** Doch bereits 1991 hatten sich zunächst 32 Einrichtungen zu einer Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste (AG-BL) enger zusammengeschlossen und 1995 benannte sich diese Gruppe in Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) um, die dann 1997 zur Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz wurde. Das RWI gehörte von Beginn an zu dieser Arbeitsgemeinschaft.

**142** Ausführlich dazu Bartz 2007. Träger des Gremiums waren die Regierungen des Bundes und der Länder, die ihre Vertreter in eine Vollversammlung entsandten. Die eigentliche Arbeit wurde von zwei Kommissionen koordiniert, einer Wissenschaftlichen Kommission mit 24 Wissenschaftlern und acht Repräsentanten des öffentlichen Lebens und einer Verwaltungskommission mit ausschließlich Vertretern des Bundes und der Länder.

Seite stehen. Doch im Laufe der Zeit veränderten sich seine Funktionen und seine Aufgaben wurden ausgeweitet. Zunächst standen in den 1960er Jahren die Fragen des Ausbaus der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik im Vordergrund, dann ging es um die Weiterentwicklung der Hochschulen und der wissenschaftlichen Institute und schließlich wurde der Wissenschaftsrat auch mit der Evaluation der Forschungsinstitutionen betraut.

### **Begutachtung durch den Wissenschaftsrat**

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)<sup>143</sup> hatte im März 1980 den Wissenschaftsrat gebeten, die fünf von Bund und Ländern geförderten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute daraufhin zu überprüfen, ob sie auch weiterhin die Voraussetzungen für eine Förderung erfüllten.<sup>144</sup> Ein Schreiben des Generalsekretärs des Wissenschaftsrats an den Geschäftsführenden Direktor des RWI unterrichtete das Institut über die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe beim Wissenschaftsrat und bat zugleich um Übersendung relevanter Unterlagen, möglichst in 15-facher Ausfertigung.<sup>145</sup> Die äußerst präzise und umfangreiche Anfrage umfasste nicht weniger als zehn Einzelpunkte.<sup>146</sup> Der Geschäftsführende Direktor des RWI nahm die Anfrage offenbar noch recht gelassen und begnügte sich mit der Übersendung einer für die Öffentlichkeit gedruckten Broschüre über das Institut nebst einigen Kopien. Inwieweit dem Informationsbegehren des Wissenschaftsrats damit entsprochen wurde, ist nicht nachzuvollziehen.<sup>147</sup>

Mit Schreiben vom 20. Mai 1981 bedankte sich der Wissenschaftsrat zwar artig für die Übersendung der Unterlagen, die „für die Beratung sehr hilfreich“ gewesen seien. Zugleich wurde aber angekündigt, dass die mit der Evaluation befasste Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats ein Gespräch mit dem RWI zu führen beabsichtige und dass Termin und Ablauf des Zusammentreffens noch zu besprechen seien. Zur Vorbereitung des Gesprächs wurde dem Schreiben nunmehr eine detaillierte vierseitige Liste mit 16 Einzelpunkten beigelegt, deren Beantwortung bis zum 12. Juni erbeten wurde. Die knappe Zeitsetzung von wenigen Wochen und die angekündigte Begehung des Instituts durch eine Gruppe von Experten rüttelte die Geschäftsführung offenbar wach

---

**143** Bericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur Förderung der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Oktober 1981, Bundestagsdrucksache 9/962.

**144** Wissenschaftsrat 1982, S. 7.

**145** RWI: Akte Wissenschaftsrat, Schreiben des WR an RWI vom 26.11.1980.

**146** Es ging um Informationen über die Aufgaben und Ziele des Instituts, Rechtsgrundlagen, Haushalts- und Wirtschaftsplan.

**147** Im Schreiben sind neun der zehn Punkte mit einem Kugelschreiber abgehakt, als Anlagen finden sich jedoch nur die Haushaltsansätze für 1980 und 1981, die Finanzplanungen für die Jahre 1977 bis 1984, eine Liste der Forschungsaufträge 1978 – 1980 sowie eine gedruckte Informationsbroschüre über das RWI. Im Antwortschreiben des RWI an den WR vom 17.12.1980 wird zudem handschriftlich vermerkt, dass auch die Arbeitsberichte 1978, 1979 und 1980 beigelegt wurden.

und machte ihr den Ernst der Lage klar. Ein erster sechsseitiger Entwurf mit den Antworten auf die einzelnen Fragen wurde von Gregor Winkelmeier verfasst und am 11. Juni an Bernhard Filusch weitergeleitet. Der überarbeitete Entwurf wurde dann mit Schreiben vom 15. Juni 1981 an den Wissenschaftsrat gesandt, wofür sich dieser am 24. Juni bedankte und zugleich den Besuch der Arbeitsgruppe in Essen für den 13. Oktober des Jahres ankündigte.<sup>148</sup>

Die „Stellungnahme des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, (RWI) zu den Fragen des Wissenschaftsrates“ gibt umfassende Auskunft über das Selbstverständnis des Hauses zu Beginn der 1980er Jahre und verdient es deshalb, ein wenig ausführlicher dargestellt zu werden. Hinsichtlich des thematischen Schwerpunkts des Instituts und seines Alleinstellungsmerkmals gegenüber den übrigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten liest sich in der Beantwortung der Frage 1: „Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung befasst sich mit der Diagnose und Prognose der kurzfristig-konjunkturellen und langfristig-strukturellen Entwicklung der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der kurzfristig-konjunkturellen Entwicklung in den Industrieländern der westlichen Welt.“ Und weiter heißt es: „Obwohl sich die Aufgabenstellung prinzipiell nicht von der der anderen vier wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute unterscheidet, haben seine Arbeiten durchweg ein eigenes Profil.“<sup>149</sup> Als Belege für diese Behauptung werden methodische Verfahren genannt,<sup>150</sup> bei denen sich keine nennenswerten Überschneidungen mit der Arbeit der übrigen Institute ergäben. Interessant und wichtig erscheint, dass auch „Doppelarbeit“ unter den Instituten durch das RWI als angemessen bewertet wird, weil sie der gegenseitigen Kontrolle und Anregung diene.

Dies sei vor allem auch deshalb vonnöten, weil „die Nationalökonomie als Gesellschaftswissenschaft keine exakte, sondern eine ‚politische‘ Disziplin ist, deren Aufgabe darin besteht, die politischen Implikationen und Konsequenzen insbesondere des politischen Handelns offen zu legen.“ Diese Ausführungen lassen sich gleichsam als ein Manifest des Hauses verstehen, das an die durch Walther Däbritz begründete Orientierung an einer *praktischen* Wirtschaftsforschung anknüpfte und das den damals in der Volkswirtschaftslehre um sich greifenden Vorstellungen einer mechanistischen keynesianischen Wirtschaftstheorie deutlich widersprach. Allerdings passte die Entwicklung eines auf mathematischen Gleichungen basierenden RWI-Prognosemodells nicht ganz zu dieser Auffassung einer sozialwissenschaftlich

---

**148** Alle Schreiben und Stellungnahmen in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

**149** Stellungnahme des RWI zu den Fragen des Wissenschaftsrates, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat, S. 1.

**150** Insbesondere die Input-Output-Analyse, die darauf aufbauenden Verflechtungsmodelle für den Staatssektor und die privaten Haushalte, wobei die Pflege und der Ausbau der genannten ökonomischen Systeme als Schwerpunkt der Forschungsarbeiten des Instituts bezeichnet werden.

orientierten Volkswirtschaftslehre, knüpften diese Arbeiten doch an die keynesianischen Totalmodelle an.<sup>151</sup>

Hinsichtlich des Adressatenkreises der Forschungen (Frage 2) wurden „Akteure der nationalen Wirtschaftspolitik, [...] wirtschaftlich gewichtige Gruppen sowie [...] die Fachwelt“ genannt; die einzelnen Forschungen würden bewusst außerhalb der Hochschulen betrieben (Frage 3), neue Wege brauchten in der wirtschaftspolitischen Beratung nicht beschränkt zu werden (Frage 4) und die Aufgaben im Einzelnen würden vom wissenschaftlichen Personal des Instituts autonom festgelegt (Frage 5). Entsprechend erfolge die Qualitätskontrolle der Arbeit auch lediglich intern, wobei den beiden Wissenschaftlichen Direktoren die letzte Verantwortung zufalle (Frage 6). „Nahezu sämtliche Arbeiten des Instituts werden in institutseigenen Publikationen veröffentlicht“ (Frage 7). Diese Antworten lassen erkennen, dass sich das RWI von der „scientific community“ in Westdeutschland wohl ziemlich separiert hatte und sich in dieser Situation offenbar auch noch recht wohl fühlte.

Die Hinweise auf die wenigen Kontakte zu anderen Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen (Frage 8) vermochten den Eindruck einer gewissen Isolation des RWI keinesfalls zu relativieren. Drittmittelprojekte außerhalb der institutionellen Förderung durch die öffentlichen Hände wurden kaum betrieben (Frage 9) und auch gemeinsame Forschungen mit den Hochschulen gab es nicht (Frage 10). Eher trotzig wird mitgeteilt: „Das Institut führt keine Forschungsprojekte mit Mitgliedern aus Hochschulen durch. Es ist hieran im allgemeinen [sic] auch nicht interessiert, da die Hochschulforschung häufig zu wenig Praxisbezug hat.“ Man war sich offenbar selbst genug und scheute auch nicht davor zurück, der Hochschulforschung pauschal ein schlechtes Urteil auszustellen. Dazu passte auch die Feststellung, dass die Anfertigung von Dissertationen als „Privatangelegenheit“ der Mitarbeiter angesehen wurde, weil „erfahrungsgemäß zwischen promovierten und nichtpromovierten (sic) Berufsanfängern keine qualitativen Unterschiede“ bestünden (Frage 11 und 12).<sup>152</sup>

Dass der Wissenschaftsrat mit diesen Auskünften und dem darin durchscheinenden Selbstverständnis des Hauses seine Schwierigkeiten haben würde, sollte den Verantwortlichen in der Ankündigung des Besuchs einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats unter Leitung von Prof. Dr. Olaf Siebke<sup>153</sup> klar geworden sein. Darin wurde auf Fragen Bezug genommen, die sich bei vergleichbaren Besuchen wirtschaftswis-

<sup>151</sup> Vgl. zu den frühen makroökonomischen Totalmodellen Nützenadel 2005, S. 116 – 121, sowie Krelle 1969 und ders. 1974.

<sup>152</sup> Der Rest der Fragen, 13 bis 16, bezog sich auf die Zahl der Beschäftigten, Vergütungsgruppen, Befristung der Arbeitsverträge, Verweildauer der Beschäftigten und Stellenplanung.

<sup>153</sup> Bei den übrigen drei Mitgliedern handelte es sich um die Professoren Ganzhorn (Honorarprofessor an der TU Karlsruhe, hauptberuflich bei IBM Deutschland tätig), Gahlen (Universität Augsburg) und Hübl (TU Hannover, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften). Die Herren Ganzhorn und Hübl waren in der Ökonomenzunft offenbar wenig bekannt, denn für Prof. Hans Karl Schneider, den Vorsitzenden des Verwaltungsrats des RWI, musste eigens eine Notiz darüber angefertigt werden, wer denn die beiden Herren seien. Seitens des Wissenschaftsrats nahmen der Generalsekretär Kreyenberg sowie die Herren Hocks und Tegelbäckers an den Beratungen teil.

senschaftlicher Forschungsinstitute als von besonderem Interesse erwiesen hatten. „Hierzu gehören nicht nur Informationen über Entwicklung und Aufgaben des Instituts und Berichte über die Arbeit der einzelnen Forschungsabteilungen, sondern auch die Zusammenarbeit des Instituts mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen, die Funktionen des Instituts für Wirtschaft und Politik, Haushalts-, Organisations- und Personalfragen sowie schließlich die Fragen der weiteren Institutsarbeit.“<sup>154</sup> Dazu gab es seitens des RWI wenig zu berichten, eine beachtliche Distanz zum Hochschulsystem war, gewollt oder ungewollt, kaum zu übersehen und hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung galt eher ein „weiter so!“. Ein Ratschlag des Wissenschaftsrats konnte dem RWI für das Treffen am 13. Oktober noch mit auf den Weg gegeben werden: „Nach den bisherigen Erfahrungen hat es sich aber als zweckmäßig erwiesen, zu diesen Stichworten [gemeint sind die 16 Punkte in Beantwortung der Fragen des WR vom Mai 1981] noch einmal mit kurzen einleitenden Statements in das Gespräch einzuführen.“

Dieser Ratschlag des Wissenschaftsrates wurde beherzigt und für den Besuch der Arbeitsgruppe in Essen wurden einige einführende Statements der Führungsspitze des RWI vorbereitet. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates Prof. Schneider bot eine kurze Einführung in die Gesprächsrunde und die drei Direktoren des Hauses hatten ebenfalls kurze Statements vorbereitet. Hans Karl Schneider hob dabei in seinen Eingangsbemerkungen nochmals in allgemeiner Weise die Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts hervor und verwies auf deren Verankerung „sowohl im theoretischen als auch im empirischen Bereich und zwar vor allem durch die wechselseitige Durchdringung“. Auch die „Arbeitskontakte zwischen dem Institut auf der einen Seite und Angehörigen der wissenschaftlichen Hochschulen bzw. Einrichtungen der wissenschaftlichen Hochschulen“ auf der anderen Seite wurden nochmals betont, obwohl es gerade an Belegen für derartige Kooperationen mangelte.<sup>155</sup>

Dem Geschäftsführenden Direktor Gregor Winkelmeyer fiel die Aufgabe der Begrüßung zu und er konzentrierte sich in seinem Statement auf eine knappe Skizze der Entstehungsgeschichte und der Entwicklung des Hauses im vergangenen halben Jahrhundert und bot einige quantitative Informationen (Zahl der Mitarbeiter, Etatsansatz) über den gegenwärtigen Stand des Instituts, die den Zuhörern gewiss vertraut waren. In seinem Kurzreferat über die „Bedeutung der Arbeiten des Instituts für Politik und Wirtschaft“<sup>156</sup> vermochte Bernhard Filusch lediglich auf die zugewiesenen Aufgaben der Wirtschaftsforschungsinstitute zu verweisen, an denen sich bis dahin nichts geändert habe. Sie dienten der Aufarbeitung statistischen Materials, um dem Staat und der Öffentlichkeit Fehlentwicklungen aufzeigen und Korrekturmaßnahmen anbieten zu können. Auch die Ausführungen von Willi Lamberts „Zum Verhältnis der

<sup>154</sup> RWI: Akte Wissenschaftsrat: Schreiben WR an RWI vom 16.9.1981.

<sup>155</sup> Prof. Schneider dachte in diesem Zusammenhang wohl an die Zusammenarbeit des RWI mit dem von ihm selbst geleiteten Energiewirtschaftlichen Institut (EWI) der Universität zu Köln.

<sup>156</sup> RWI: Akte Wissenschaftsrat: Bedeutung der Arbeiten des Instituts für Politik und Wirtschaft.

Forschungsarbeit des RWI zur Hochschulforschung“<sup>157</sup> bot wenig Neues. Er betonte hingegen nochmals den Standpunkt einer deutlichen Arbeitsteilung zwischen den Forschungsinstituten und den Hochschulen: „Es ist nach unserer Auffassung vorwiegende Aufgabe der Hochschulforschung, geeignete Hypothesen bereit zu stellen; es ist die Aufgabe der empirischen Wirtschaftsforschung, diese Hypothesen zu testen, prognosefähig zu machen und prognosefähig zu halten.“

Ob diese strikte Unterteilung der Arbeitsinhalte und Arbeitsformen von Forschungsinstituten und Hochschulen in den Ausführungen von Willi Lamberts bei den Kollegen im Institut auf ungeteilte Zustimmung traf, mag man nach den unterschiedlichen Stellungnahmen in den vorbereitenden Papieren bezweifeln. Lamberts sah das RWI in „seiner Aufgabenstellung gleichsam zwischen der Hochschulforschung und der praktischen Wirtschaftspolitik angesiedelt“, <sup>158</sup> in jedem Falle in seiner Arbeitsweise autonom und von den Hochschulen unabhängig gleichsam in einer „Mittlerrolle“ zwischen Hochschulen und Politik. Ihm lag es auch am Herzen, dass die „Mitarbeiter, die ihre Arbeitskraft voll in den Dienst des Instituts stellen, nicht benachteiligt werden. Viele der wissenschaftlich wenig glanzvollen, aber für die wissenschaftliche Forschung unerlässlichen Arbeiten der statistischen Dokumentation, der laufenden Diagnose und Berichterstattung sind in diesem Zusammenhang zu nennen.“ Auch vergaß er nicht darauf hinzuweisen, „dass erfahrungsgemäß die Promotion eines Mitarbeiters kein verlässliches Kriterium für seine fachliche Qualifikation ist. In dieser Hinsicht halten wir das Ergebnis der Diplomprüfung [...] im allgemeinen [sic] für aussagekräftiger.“

Insgesamt haben die Ausführungen des Direktoriums sowie die folgende Aussprache die Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats offenbar nicht von der Qualität der wissenschaftlichen Arbeit des RWI überzeugen können. Auf Anforderung des Wissenschaftsrats übersandte das RWI im Oktober und Dezember 1981 umfangreiches zusätzliches Material.<sup>159</sup> Neben Informationen über die Veröffentlichungen der Mitarbeiter in nicht institutseigenen Publikationsorganen, ihre Einladungen zu wissenschaftlichen Veranstaltungen und über nicht-öffentliche Forschungsaufträge wurde insbesondere eine umfängliche Darstellung des „Selbstverständnisses des RWI im Hinblick auf seine gesamtstaatliche wissenschaftspolitische Bedeutung“ erbeten.<sup>160</sup>

---

**157** Zum Verhältnis der Forschungsarbeit des RWI zur Hochschulforschung, Punkt 4. (S. 2), in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

**158** Zum Verhältnis der Forschungsarbeit des RWI zur Hochschulforschung, Punkt 8. (S. 3), in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

**159** Schreiben des RWI an WR vom 16.10.1981 und Antwort des RWI an WR vom 23.11. mit acht Anlagen und Schreiben des RWI an WR vom 2.12.1981, mit weiteren fünf Anlagen, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

**160** Das Papier umfasst vier Teile: I. Das Selbstverständnis des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im Hinblick auf seine gesamtstaatliche wissenschaftspolitische Bedeutung, II. Die forschungsorientierten Aktivitäten des Instituts. III. Die Eigenart der Strukturforschung des RWI und IV. Vergleichende Charakteristika der Transferuntersuchung des RWI, der TEK und des SFB 3, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

Dieses Papier war in vier Wochen erarbeitet worden. Es entstand ein Manifest, in dem in vier Punkten eine Selbstvergewisserung der Führung des Hauses angestrebt wurde – ein Unterfangen, das bis dahin wohl niemals versucht, dessen Notwendigkeit auch wohl nicht als ein Mangel empfunden worden war. Ein erster Entwurf von Bernhard Filusch zum Punkt I., dem Selbstverständnis des Hauses, wurde bezeichnenderweise verworfen. In diesem Entwurf wurde eine sehr pragmatische Sicht im Hinblick auf die Arbeit des Instituts eingenommen. Seine Aufgabe wurde vornehmlich darin gesehen, an der Beseitigung gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen mitzuwirken. Dazu sei es nötig, die wirtschaftliche Entwicklung systematisch zu ergründen und zu erklären. Zudem müsse nach neuen wissenschaftlichen Methoden und Techniken gesucht werden, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Als Beispiele wurden genannt, dass das Institut an der Entwicklung von Saisonbereinigungsverfahren für Zeitreihen führend beteiligt sei, ebenso an der Erstellung von Input-Output-Rechnungen und der Formulierung von Konjunkturmodellen. Diese Arbeiten, verbunden mit dem enormen Aufwand bei der Generierung statistischer Daten, hinderten das Institut daran, in einen engeren Kontakt mit den Hochschulen zu treten, vielmehr suche man über seine zahlreichen Veröffentlichungen den Kontakt mit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit herzustellen.

Diese sachliche und ziemlich realistische Beschreibung der Arbeit des Instituts zu Beginn der Achtzigerjahre fand aber auf der Leitungsebene des Hauses keine Unterstützung. Stattdessen wurde in der überarbeiteten Fassung zur „gesamtsstaatlich-wissenschaftlichen Bedeutung“ der Arbeiten des Instituts eine „präzisierende Erläuterung des Kriteriums“ vorausgeschickt. Darin wurde zunächst etwas hochtrabend auf die Funktion wissenschaftlichen Arbeitens und der wissenschaftlichen Forschung insgesamt hingewiesen, um dann auf die besondere Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften einzugehen. Die Nationalökonomie ist eine „Staatswissenschaft“ mit einem allgemeinen Erkenntnisziel, hieß es darin plötzlich – also nicht mehr Sozialwissenschaft, wie noch wenige Wochen zuvor in der Stellungnahme vom Juni 1981. Dort war, wie oben bereits erwähnt, noch explizit davon die Rede gewesen, dass „die Nationalökonomie als Gesellschaftswissenschaft keine exakte, sondern eine ‚politische‘ Disziplin ist, deren Aufgabe darin besteht, die politischen Implikationen und Konsequenzen insbesondere des politischen Handelns offen zu legen“.<sup>161</sup> Nunmehr wurde betont: „Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung sollte, und das gilt insbesondere für die Arbeiten des Instituts, in ihren Zielsetzungen anwendungsorientiert sein.“<sup>162</sup> In dieser Stellungnahme trat erneut das bereits durch Walther Däbritz hervorgehobene Motiv einer *praktischen* Wirtschaftsforschung im Hause des RWI hervor. Die theoretisch fundierte Analyse des Wirtschaftsgeschehens und die Betei-

<sup>161</sup> Stellungnahme des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen (RWI) zu den Fragen des Wissenschaftsrates, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat, S. 2.

<sup>162</sup> I. Das Selbstverständnis des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im Hinblick auf seine gesamtsstaatliche wissenschaftspolitische Bedeutung, S. 1, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

ligung am wissenschaftlichen Diskurs gerieten demgegenüber deutlich in den Hintergrund. Was zu dieser Akzentverlagerung in der Argumentation der RWI-Leitung gegenüber dem Wissenschaftsrat geführt haben mag, bleibt im Dunkeln. Zu vermuten ist, dass die Führung des Hauses in der Diskussion mit der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats nicht mit ihren Argumenten durchgedrungen war. Den Direktoren schwante offenbar angesichts der lapidaren Antworten auf die präzisen Anfragen des Wissenschaftsrats, dass die bis dahin vertretene Position trotziger Eigenständigkeit und Autonomie bei der Begehung des Hauses auf wenig Zustimmung gestoßen war.

In einem zweiten Teil des Positionspapiers, „II. Die forschungsorientierten Aktivitäten des Instituts“, erfolgten Selbstvergewisserungen über die wissenschaftliche Arbeit des Hauses. Zunächst wurden darin die Aktivitäten der Strukturabteilung im Zusammenhang mit einem Input-Output-Modell und den entsprechenden Verflechtungsmatrizen erläutert. Dann wurde auf das Konjunkturmodell verwiesen, das wesentlich der Arbeit der Konjunkturabteilung zugrunde liege. Augenfällig erscheint, dass nunmehr gerade die Zusammenarbeit mit den inländischen und ausländischen Hochschulen besonders betont wurde, welche das RWI-Konjunkturmodell angeblich seit Jahren intensiv nutzten. Die Ergebnisse der Modellrechnungen würden zudem jedes Jahr „einem ausgewählten Kreis von an den Modellergebnissen Interessierten in (und außerhalb) der Hochschulen zur Verfügung gestellt.“ In der vorausgehenden Stellungnahme des RWI war noch die freiwillig und bewusst gewählte Distanz zu den Hochschulen als Alleinstellungsmerkmal betont worden.<sup>163</sup> Zur Vervollständigung der Begutachtungsunterlagen bat der Wissenschaftsrat nochmals um die Zusendung einiger Informationen zum Haushalt und zum aktuellen Stellenplan<sup>164</sup> des RWI.

In einem Brief des Wissenschaftsrats an das RWI ein gutes halbes Jahr nach dem Besuch in Essen teilt der Generalsekretär dem Institut mit, dass ein Gutachten für die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung nunmehr fertiggestellt sei und kurz vor der Veröffentlichung stehe.<sup>165</sup> Vorab wurde dem Institut allerdings in Kürze mitgeteilt, „dass das RWI, wenn es weiterhin die Voraussetzungen für eine gemeinsame Bund-Länder-Förderung erfüllen will, neben Änderungen in der Organisation und der Personalpolitik eine grundsätzliche Neuorientierung seiner Arbeit in Angriff nehmen muss.“ Die Begutachtung des Hauses durch den Wissenschaftsrat hatte demnach zu einem negativen Ergebnis geführt. So konnte es also nicht weitergehen, die Existenz des Institutes stand auf dem Spiel. Dass dem gleichzeitig evaluierten Forschungsinstitut für Rationalisierung (FfR) in Aachen ein

---

**163** Im Rahmen der Arbeiten des RWI zur Einkommensverteilung und Umverteilung der Einkommen in der Bundesrepublik wird kurz auch auf zwei ähnliche Forschungsprojekte, den Sonderforschungsbereich 3 der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Mannheim/Frankfurt am Main und die Transfer-Enquête-Kommission des Bundes verwiesen: IV. Vergleichende Charakteristika der Transferuntersuchung des RWI, der TEK und des SFB 3, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

**164** Schreiben des WR an RWI vom 22.4.1981 und Antwort des RWI vom 27.4.1981, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

**165** Schreiben des WR an RWI vom 20.7.1982, in: RWI: Akte Wissenschaftsrat.

noch negativeres Votum zuzug und seine Förderung eingestellt werden sollte, blieb nur ein schwacher Trost, denn drei der übrigen vier wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute waren durch den Wissenschaftsrat positiv bewertet worden. Allein das ifo-Institut in München hatte mit ähnlichen Problemen wie das RWI zu kämpfen, konnte diese aber ebenfalls bewältigen.<sup>166</sup>

All dies und noch einiges mehr konnte das Direktorium des RWI im ausführlichen Gutachten des Wissenschaftsrates nachlesen, das dann im Juli 1982 verabschiedet und alsbald veröffentlicht wurde.<sup>167</sup> Darin wird die wissenschaftliche Arbeit des RWI durchaus gewürdigt, insbesondere sein Konjunkturmodell, das nicht nur von verschiedenen Hochschulen benutzt werde, sondern auch als methodische Basis für die Gemeinschaftsdiagnosen der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute diene. Die Input-Output-Tabellen des Instituts erscheinen dem Wissenschaftsrat als weniger originell, denn sie beruhten nur für das Jahr 1970 auf originär statistischem Material, ansonsten griffen sie auf vorhandene Statistiken zurück und füllten Datenlücken durch übliche Rechenalgorithmen. Die beabsichtigte Integration der verschiedenen Modellsysteme erscheine nur unvollkommen gelungen, Ähnliches gelte für die Transferuntersuchungen des RWI zur Darstellung der Verteilungswirkungen staatlicher Maßnahmen. Einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit des Instituts böten die Forschungen zu Kohle und Stahl für das Ruhrgebiet, deren Nutzen für die ansässigen Unternehmen sich gewiss noch steigern lasse.

Eine systematische Forschungsplanung des RWI vermochte die Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats bei ihrem Besuch in Essen nicht zu entdecken. Sowohl die Struktur- als auch die Konjunkturabteilung arbeiteten in einer thematischen Breite, die nicht zu einer Profilierung beiträgt. Eine Koordination der Forschungen mit den übrigen Wirtschaftsforschungsinstituten wäre hier hilfreich. Das Selbstverständnis des Institutes als Dienstleister für eine praktische Wirtschaftspolitik zeige eine deutliche Distanz zum Wissenschaftssystem und eine bewusst in Kauf genommene wissenschaftliche Isolation, die zur Folge habe, dass die Arbeiten des Instituts nur in geringem Maße theoretisch fundiert seien. Deshalb arbeite das Institut fast ohne Verbindung zur aktuellen wissenschaftlichen Diskussion und zur Forschung an den Hochschulen. Entsprechend einseitig seien die Publikationen der Mitarbeiter auf institutseigene Veröffentlichungen begrenzt.

Im Unterschied zu den vier übrigen Wirtschaftsforschungsinstituten werde das RWI von einem Kollegium gleichberechtigter Direktoren geführt. „Der Wissenschaftsrat hat den Eindruck, dass sich diese Form der kollegialen Leitung hier nicht bewährt hat.“<sup>168</sup> Die Organisationsstrukturen des Hauses, in eine Untergliederung als Strukturabteilung, Konjunkturabteilung und Geschäftsführung, waren historisch gewachsen, wurden bislang aber niemals den veränderten Aufgaben angepasst. Der

<sup>166</sup> Sinn 2018, S. 467–475 und S. 496–559.

<sup>167</sup> Wissenschaftsrat 1982. Zum RWI vgl. S. 65–76.

<sup>168</sup> Ebda., S. 74.

Wissenschaftsrat empfahl deshalb für die Neuorganisation des Instituts die Hinzuziehung eines Wissenschaftlichen Beirats.<sup>169</sup> Auch solle man verstärkt promovierte Wissenschaftler für die Mitarbeit im Institut zu gewinnen trachten, weil nach Auffassung des Wissenschaftsrats und im Widerspruch zu der Meinung des RWI in der Promotion die geeignete Zugangsqualifikation für ein wissenschaftliches Forschungsinstitut gesehen wurde. Für die Stellenbesetzung wurde ein förmliches Berufungsverfahren empfohlen, an dem auch benachbarte Hochschulen beteiligt werden könnten.

Insgesamt legte der Wissenschaftsrat dem RWI ein umfassendes Reformprogramm ans Herz, wenn das Institut die Voraussetzungen für die gemeinsame Bundes-Länder-Förderung nicht verlieren wolle. Und der Verlust dieser Förderwürdigkeit werde zweifellos auf eine Schließung des Hauses hinauslaufen. Neben Änderungen in der Organisation und der Personalpolitik müsse das Institut dafür eine grundsätzliche Neuorientierung seiner Arbeit in Angriff nehmen. Da sich die entsprechenden Auflagen nicht kurzfristig realisieren ließen, wurde dem Institut zur Umsetzung der Reformmaßnahmen eine mehrjährige Übergangsphase eingeräumt. Bis dahin wurde die vorläufige Weiterführung der Förderung empfohlen.

Das Gutachten des Wissenschaftsrates wurde in Essen als ein Schock erfahren. Unmittelbar nach dem vorläufigen Bescheid wandte sich die Geschäftsführung an den Wissenschaftsrat und teilte mit, dass das RWI zur vorgetragenen Kritik „derzeit noch nicht Stellung nehmen [könne], weil ihm der Bericht bislang weder in einer vorläufigen noch in der endgültigen Fassung vorliegt“.<sup>170</sup> Doch schon im Vorfeld der endgültigen Entscheidung des Wissenschaftsrats war offenbar negative Kunde nach Essen gedrungen, denn Prof. Schneider versuchte bereits in zwei Telefongesprächen gute Stimmung für das Haus im Bundeswirtschaftsministerium zu machen.<sup>171</sup> Schneider verwies in den Gesprächen darauf, dass Arbeiten des Instituts im Gutachterausschuss der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausdrücklich gelobt worden seien,<sup>172</sup> das RWI-Konjunkturmodell von Experten positiv gewürdigt werde<sup>173</sup> und auch die Mitar-

---

**169** Dass ein solcher ursprünglich bestanden hatte und Ende der Vierzigerjahre auf Initiative von Walther Däbritz abgeschafft worden war, weil dieser glaubte, für seine wissenschaftliche Arbeit ein solches Gremium entbehren zu können, war den Institutsangehörigen wohl bereits aus dem Bewusstsein geschwunden. Vgl. weiter oben, S. 216.

**170** RWI: Akte Wissenschaftsrat: Schreiben RWI an WR vom 22.7.1982.

**171** RWI: Akte Wissenschaftsrat, Notiz über zwei Telefongespräche am 13. und 14.7.1982 mit Dr. Solveen, BMWi.

**172** Diese Aussage wurde allerdings vom Wissenschaftsrat bezweifelt und war auch aus den Protokollen nicht zu verifizieren.

**173** Als Belege hierfür wurden lediglich persönliche Äußerungen des maßgeblichen Forschers in diesem Feld, Prof. Krelle aus Bonn, angeführt und ähnliche Bemerkungen des „Papst[es] der Ökonometrie“, Prof. Schneeweiß/Bonn. Auf einer Modelltagung in Bad Neuenahr im Jahr 1977 habe Prof. Schönfelder das Modell wegen seiner „Phasenreinheit“ ausdrücklich gelobt und Prof. Krelle habe sich dieser Einschätzung angeschlossen. 1981 habe Krelle erneut seine Wertschätzung gegenüber dem RWI-Modell zum Ausdruck gebracht. In dem Vermerk vom 14.7.1982 konnte sich Hans Karl Schneider al-

beiter einen engeren Kontakt zu den Hochschulen pflegten,<sup>174</sup> als das vom Wissenschaftsrat angenommen werde. Seine etwas bemüht erscheinenden Argumente für eine positivere Bewertung der Arbeit des RWI zeugen von der Not, in der das Institut angesichts der drohenden Aberkennung seiner Förderungswürdigkeit steckte. Selbst eine Bitte des niederländischen Sozialministeriums um die Zusendung einer Broschüre wurde als Beleg für die Reputation des Hauses angeführt.<sup>175</sup>

Insbesondere das RWI-Konjunkturmodell sollte dazu dienen, die Exzellenz der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts aufzuzeigen. In einer Zusammenstellung des RWI wurde dargelegt, wer mit diesem Modell arbeitete<sup>176</sup> oder es aus didaktischen Gründen verwendete. Auch wurde auf die Publikation eines Mitarbeiters zum Thema in einer wissenschaftlichen Zeitschrift verwiesen.<sup>177</sup> Anfragen anderer wissenschaftlicher Institute nach den im RWI vorhandenen Daten wurden ebenfalls als Belege einer produktiven Zusammenarbeit mit den Hochschulen angeführt. So habe die Wirtschaftstheoretische Abteilung der Universität Bonn um entsprechenden Zugang gebeten, weil im Rahmen einer Neufassung des „Bonner Modells“ im DFG SFB 21 „an strukturelle Verbesserungen im Modellaufbau selbst, insbesondere aber auch die Erprobung und Einführung bisher nur unzulänglich berücksichtigte[r] Schätz- und Prognosetechniken“ gedacht werde.<sup>178</sup>

Nicht nur das RWI war durch das Gutachten des Wissenschaftsrats in die Breddouille geraten. Viel schlimmer hatte es das Forschungsinstitut für Rationalisierung in Aachen getroffen, ihm drohte die Schließung. „Das Institut zur Erfassung der Rationalisierung wird geschlossen. Das nennt man Rationalisierung“ meldete, leicht ins Ironische gewendet, die *Neue Ruhr Zeitung*.<sup>179</sup> Unmittelbar darauf wandte sich das FfR empört an den Wissenschaftsrat und protestierte gegen dessen Vorgehen, der seinen Entschluss in einer Pressekonferenz kundgetan hatte, ohne den betroffenen Instituten die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Mit dieser Handlungsweise habe

---

lerdings nicht verkneifen, folgende Einschätzung anzufügen: „Im übrigen halte ich – wie viele aus der ‚praktischen‘ Arbeit – Prof. Krelle nicht für kompetent über praktische Fragen der Modellarbeit zu urteilen.“ RWI: Akte Wissenschaftsrat.

**174** Dazu diene der Hinweis, dass Mitarbeiter des RWI an Hauptseminaren von Prof. Schneider in Köln teilgenommen hätten, was zu der Frage führte, ob sich Prof. Schneider mit diesem Hinweis lächerlich machen wolle. Eine Liste von sieben Mitarbeitern, die zwischen 1973 und 1980 während ihrer Tätigkeit im Institut promoviert worden waren, sollte die Offenheit des Hauses unterstreichen, ebenso der Hinweis darauf, dass in der Regel die Stellenanzeigen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen waren.

**175** RWI: Akte Wissenschaftsrat: Schreiben des Ministerie van Sociale Zaken an RWI vom 13.5.1982.

**176** Genannt wurden hier Prof. Uebe (Bundeswehrhochschule Hamburg), Prof. Fahrion (Universität Heidelberg) und Prof. Gruber (FernUniversität Hagen), nicht gerade erste Adressen für die Wirtschaftswissenschaften. Auch habe das Modell Eingang in verschiedene Lehrbücher gefunden (z. B. Assenmacher und Bamberger-Schittko).

**177** Heilemann 1981.

**178** RWI: Akte Wissenschaftsrat: Schreiben des Instituts für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Bonn (Wirtschaftstheoretische Abteilung I) an RWI vom 28.6.1982.

**179** „Aufgespießt“, in: *Neue Ruhr Zeitung* vom 21.7.1982.

das Institut beachtlichen Schaden erlitten und eine Reihe telefonischer Anfragen habe diesen Sachverhalt überdeutlich gemacht.

Anders war die Wahrnehmung bei den vier übrigen, weiterhin – wenn z. T. auch zu einem Serviceinstitut herabgestuft – als förderungswürdig evaluierten, wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten, deren Position in einer Stellungnahme des ifo-Instituts deutlich wurde.<sup>180</sup> Insgesamt habe das Gutachten die Existenz unabhängiger Wirtschaftsforschungsinstitute bekräftigt und ihnen mit ihren anwendungsorientierten Forschungen ein wichtiges Arbeitsgebiet zugeschrieben. Verbesserungswürdig erschienen ihnen einvernehmlich die Stärkung der Grundlagenforschung des Faches und die Kooperationsformen zwischen den Instituten, für die der Wissenschaftsrat bereits Formen und Wege vorgeschlagen habe. Diese Bemühungen sollten insbesondere die Vermeidung von Doppelarbeiten im Auge haben, auch wenn sich derartiges z. B. auch hinsichtlich der erfolgreichen jährlichen Gemeinschaftsdiagnosen nicht immer vermeiden lasse. Notwendig sei darüber hinaus eine regelmäßige interne und externe Kontrolle der Arbeit. Die Einrichtung unabhängiger Beiräte mit Fachleuten aus den Hochschulen scheine dafür ein geeignetes Mittel zu sein und eine externe Kontrolle sei durch eine umfangreiche Publikation der Forschungsergebnisse zu gewährleisten. Die Empfehlung des Wissenschaftsrats, in den Forschungsinstituten grundsätzlich nur Mitarbeiter mit zeitlich befristeten Verträgen zu beschäftigen, beurteilten die Institute mit Verweis auf die bekannte Problematik von Zeitverträgen skeptisch. Dies führe zu hohen Kosten der Einarbeitung, ständig wechselnden Mitarbeitern und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung hervorragender Wissenschaftler. Eine flexible Handhabung dieses Instruments werde deshalb nahegelegt. Mit einer intensiveren Einwerbung von Drittmitteln insbesondere aus Wissenschaftsförderungsinstitutionen wie der DFG oder privaten Stiftungen könnten sich die Institute ebenfalls einverstanden erklären. Bei Aufträgen der privaten Wirtschaft, die „im allgemeinen geringere methodische Ansprüche“ stellten und stattdessen eher Deskriptionen und Kommentierungen erwarteten, solle man hingegen zurückhaltend bleiben. Auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft konnte mit der Beurteilung durch den Wissenschaftsrat zufrieden sein, während dem RWI lediglich „mit großen Bedenken soeben noch ein ausreichend“ zuerkannt worden war.<sup>181</sup> Die Kritik des Wissenschaftsrats habe sich vor allem auf das RWI konzentriert, dem gar der Entzug der staatlichen institutionellen Förderung drohe.<sup>182</sup>

Im Unterschied zu der nüchternen Bewertung der Stellungnahme des Wissenschaftsrats durch das ifo-Institut und das Institut für Weltwirtschaft herrschte im RWI allerdings Alarmstimmung und in einem als vertraulich eingestuften internen Vermerk des Direktoriums wurde nochmals das „Sündenregister“ des Hauses aufgelistet.

---

**180** Ifo-Institut 1983.

**181** Ebmeyer 1982.

**182** Deutscher Forschungsdienst (Wissenschaftszentrum), S. 2.

tet.<sup>183</sup> Der Wissenschaftsrat habe Zweifel an der positiven Selbsteinschätzung des Instituts aufkommen lassen und insbesondere moniert:

- Fehlende Forschungsstrategien auf den Gebieten Struktur und Konjunktur
- Fehlen eigener Forschungsansätze und einer mittelfristigen Forschungsstrategie
- Fehlende Verbindung zur aktuellen wissenschaftlichen Diskussion (Ausnahme Prof. Schneider)
- Wenige Ansatzpunkte für eine gemeinsame Arbeit mit Hochschulen
- Keine Unterstützung der Mitarbeiter bei Promotion und Habilitation
- Organisationsmängel, die unverzüglich behoben werden müssten
- Fehlender Wissenschaftlicher Beirat oder eines „visiting committee“ auswärtiger Wissenschaftler
- Zu wenige durch Promotion ausgewiesene wissenschaftliche Mitarbeiter
- Fehlen befristeter Arbeitsverträge für Mitarbeiter
- Intransparente Stellenbesetzung (sollte in förmlichen Berufungsverfahren erfolgen)
- Notwendige Neuorganisation der Leitungsstruktur

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats fasste nahezu wortgleich mit den Ausführungen des Wissenschaftsrats<sup>184</sup> die Monita folgendermaßen zusammen: „Das Institut muss, wenn es weiterhin die Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung der Bundesländer-Kommission erfüllen will, neben Änderungen in der Organisations- und Personalpolitik eine grundsätzliche Neuorientierung seiner Arbeit in Angriff nehmen.“ Nichts konnte also bleiben wie es war und für die folgenden Jahre standen gewaltige Anstrengungen bevor, um den Vorgaben des Wissenschaftsrats zu entsprechen und die Zukunft des Hauses zu sichern. Eine ausführliche Stellungnahme des RWI zu den Monita des Wissenschaftsrates, die in gedruckter Form dem Arbeitsbericht 1982 beigelegt wurde, konnte an dem verheerenden Eindruck, den die Öffentlichkeit durch das Gutachten des Wissenschaftsrats gewonnen hatte, nichts mehr ändern.<sup>185</sup>

Auch die Betriebs- und Personalräte der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute schalteten sich in die Diskussion ein und betonten in einer gemeinsamen Stellungnahme die institutionellen Unterschiede in Zielsetzung und Aufgabenstellung von Forschungsinstitutionen und Hochschulen.<sup>186</sup> Daraus folgerten die Personalvertretungen, dass man in den Instituten von anderen Grundsätzen ausgehen müsse, als das der Wissenschaftsrat getan habe. Insbesondere wandten sich die Räte gegen eine Ausweitung der befristeten Anstellungsverhältnisse, wie sie der Wissenschaftsrat gefordert hatte. Diese Argumentation stützte indirekt die Position des RWI, wo es

**183** RWI: Akte Wissenschaftsrat: Vermerk Prof. Schneider an Filusch und Dr. Lamberts vom 6.7.1982.

**184** Wissenschaftsrat 1982, S. 75.

**185** Stellungnahme des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zum Gutachten des Wissenschaftsrates zu den Wirtschaftsforschungsinstituten, in: RWI Arbeitsbericht 1982, Anlage. Sinn 2018, S. 502–506

**186** RWI: Akte Wissenschaftsrat: Stellungnahme der Betriebs- und Personalräte vom 23.9.1982.

befristete Verträge kaum gab. Für die Gewinnung qualifizierter Kollegen schien den Mitarbeitervertretern die langfristige Sicherheit des Arbeitsplatzes ein gewichtiges Argument. Interne Anreize und Weiterbildungsmöglichkeiten hielten sie für ausreichend, um den nötigen stetigen Austausch mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu gewährleisten. Zudem ständen arbeitsrechtliche Bestimmungen und die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts einer Ausweitung von befristeten Arbeitsverhältnissen entgegen. „Eine Erhöhung der Zahl befristeter Arbeitsverträge halten wir aus diesen Gründen für sehr bedenklich“ – so das Fazit der Ausführungen. Hinsichtlich der Leitungsstruktur der Institute plädierten die Betriebs- und Personalräte, entgegen den Forderungen des Wissenschaftsrats nach einer strafferen Leitung, für eine stärkere Selbständigkeit und eine erweiterte Mitbestimmung der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Einer Ausweitung der Grundlagenforschung in den Forschungsinstituten standen die Mitarbeiter hingegen positiv gegenüber.

In der Öffentlichkeit erregten die Stellungnahmen des Wissenschaftsrates ebenfalls erhebliches Aufsehen. Insbesondere die Kritik am RWI<sup>187</sup> fand weitgehend Beachtung in der überregionalen Presse und gab zu weitreichenden Spekulationen Anlass.<sup>188</sup> Nach Hintergrundinformationen sollte ursprünglich dem RWI gleichzeitig mit dem Aachener Forschungsinstitut für Rationalisierung die Bund-Länder-Förderung entzogen werden. Erst nach langem Tauziehen und auf Intervention des Bonner Wirtschaftsministeriums sei „das Todesurteil des Förderentzugs in eine Galgenfrist umgewandelt worden“. Offenbar halte das Wirtschaftsministerium, insbesondere auch Staatssekretär Otto Schlecht, seine schützende Hand über das Essener Institut. Erst nach drei bis maximal fünf Jahren solle nun endgültig entschieden werden. Das Haus selbst hielt sich mit Kommentaren zurück, doch Bernhard Filusch äußerte, dass so schlecht die Arbeiten seines Instituts nicht gewesen sein können, denn sonst würde „uns der Wirtschaftsminister sicher nicht zur Gemeinschaftsprognose und anderen Arbeiten heranziehen.“ Man könne auch darauf verweisen, dass der Wissenschaftliche Direktor des RWI, Wilhelm Bauer, lange Jahre Mitglied im Sachverständigenrat gewesen sei und der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Hans Karl Schneider, gerade in dieses Gremium gewählt worden sei.<sup>189</sup> Die Öffentlichkeit griff vor allem den Kritikpunkt auf, dass die beiden am schlechtesten bewerteten Institute von keinem „richtigen“ Hochschullehrer geleitet wurden. Man kann nun trefflich darüber spekulieren, ob dies die Ursache einer schlechteren Performanz gewesen ist,

---

**187** „Erhebliche Auflagen für Essener Forscher“, in: Neue Ruhr Zeitung vom 21.7.1982 sowie auch „Wissenschaftsrat/Wirtschaftsforschungsinstitute Essen und Aachen gerügt“, in: Die Welt vom 21.7.1982.

**188** Wolfgang Hoffmann, „Zu leicht befunden ... Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung wird vom Wissenschaftsrat hart kritisiert“, in: Die Zeit, Nr. 30 vom 23.7.1982. Vgl. auch „Institute kritisch unter die Lupe genommen. Wissenschaftsrat für Schwerpunkte“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 21.7.1982.

**189** „Wissenschaftsrat. Forschungsinstitute sind zu ‘unakademisch’“, in: Handelsblatt vom 21.7.1982.

oder ob sich darin ein Vorurteil der Gutachter spiegelt, die ja alle aus dem Hochschulbereich stammten.<sup>190</sup>

Nur wenige Jahre später schien sich die Skepsis der Gutachter hinsichtlich der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des RWI erneut zu bestätigen. Auf Veranlassung des Gesamtverbandes der deutschen Steinkohlenindustrie hatte die Strukturabteilung des Instituts ein Gutachten vorgelegt, das weites Aufsehen erregte, im Haus selbst zu schweren Auseinandersetzungen führte und zu einer erneuten Reorganisation der Führungsstruktur und der Arbeit des Hauses Anlass gab.

### Das „Skandalgutachten“

Die bis dahin häufig in der Selbstdarstellung des RWI als besonders zukunftssträftig angesehenen Arbeiten zur Input-Output-Analyse dienten im Jahr 1985 als methodische Basis für ein außerordentlich umstrittenes Gutachten des Instituts. Der Wissenschaftliche Leiter der Strukturabteilung, Willi Lamberts, hatte offenbar auf Anregung des Gesamtverbandes der deutschen Steinkohlenindustrie<sup>191</sup> ein Gutachten veranlasst, das die Beschäftigungswirkungen der reduzierten Förderleistung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr für das Ruhrgebiet und die bundesrepublikanische Wirtschaft insgesamt untersuchen sollte. Mit den im RWI entwickelten Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik und in Teilen auch für die Ruhrregion<sup>192</sup> glaubte man sich in der Lage, diesem Anliegen sachgerecht entsprechen zu können. Ein ähnliches Modell war bereits zehn Jahre zuvor, im Jahr 1976, vom RWI verwandt worden, um „die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft des Ruhrgebiets bei unterschiedlichen Annahmen über die Förderung von Steinkohlen abschätzen“ zu können.<sup>193</sup> Die Erläuterung dieses Modellansatzes und die Vorgehensweise bei der Generierung einer regionalen Input-Output-Tabelle wurden separat publiziert,<sup>194</sup> wobei ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, dass bei der empirischen Arbeit „Abstriche am theoretischen Modell gemacht werden“ müssten.<sup>195</sup> Obwohl das Datenmaterial noch

---

**190** Insbesondere wurde den Gutachtern Siebert und Gahlen eine besondere Nähe zum Bundeswirtschaftsministerium und zur CDU/CSU unterstellt. Ebda.

**191** Ein offizieller Forschungsauftrag ließ sich im Nachhinein nicht mehr auffinden und das Honorar für den Auftrag in Höhe von 20.000 DM wurde später auch zurückerstattet.

**192** M. Köppel, Die Aktualisierung der Input-Output-Tabelle des RWI für das Ruhrgebiet, in: Mitteilungen des RWI, Jg. 35 (1984), H. 1, S. 51–72.

**193** RWI 121/97: Strukturabteilung – Leitung Dr. Willi Lamberts, Die Auswirkungen alternativer Entwicklungen bei der Förderung von Steinkohlen auf die Ruhrwirtschaft (Gutachten, erstellt im Auftrag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen), Essen 1976, S. 2.

**194** H. Hennies-Rautenberg/R. Kruck/Klaus Löbke, Standorte und Verflechtungen der Industriebetriebe im Ruhrgebiet – Konzept eines Forschungsvorhabens, in: Mitteilungen des RWI, Jg. 24 (1973), S. 255–270.

**195** RWI 121/97: Strukturabteilung – Leitung Dr. Willi Lamberts, Die Auswirkungen alternativer Entwicklungen bei der Förderung von Steinkohlen auf die Ruhrwirtschaft (Gutachten, erstellt im Auftrag

lückenhaft blieb, glaubte man, dass „ein in Teilbereichen restriktives Input-Output-Modell bessere Ergebnisse zu liefern [in der Lage sei] als jede andere Methode“. Das mag als Begründung für einen Beitrag zur akademischen Diskussion von Prognosemodellen hinreichend sein, ob hingegen ein derart „reduziertes Modell“ auch eine Basis in der praktischen Wirtschaftspolitik bieten kann, war noch nicht erwiesen. Dies zeigte dann auch die heftige Kontroverse um das Gutachten des RWI zur Zukunftsträchtigkeit des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr aus dem Jahre 1985. Die Brisanz einer solchen Untersuchung im Auftrag der Bergbauunternehmen an der Ruhr mitten in der Kohlenkrise und im Angesicht der bevorstehenden Landtagswahlen in NRW musste dem Auftragnehmer allerdings klar gewesen sein. Wie sich im Nachhinein jedoch herausstellte, war die wissenschaftliche Leitung des RWI nicht weiter mit dem Projekt befasst gewesen.

Die Experten gingen also ans Werk und beschränkten sich in ihrer Analyse ausschließlich auf die formal-technische Seite, ohne die politischen Implikationen ihrer Ergebnisse hinreichend zu reflektieren. Sie wiesen zwar mehrfach auf die begrenzte Aussagekraft ihrer Arbeit hin, versäumten allerdings, dies in hinreichendem Maße zu explizieren.<sup>196</sup> In der politischen Diskussion blieben die Vorbehalte und die zugestandene Begrenztheit der Ergebnisse deshalb unbeachtet und die Aussagen erlangten so eine politische Bedeutung, die ihnen niemals hätte zukommen dürfen. Worum ging es aber in der Studie? Die Autoren umschreiben das Ziel ihrer Untersuchung damit, „die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Konsequenzen der Einschränkung der Förderkapazität“ des deutschen Steinkohlenbergbaus aufzuzeigen, genauer: die „mutmaßlich eintretenden Produktions-, Wertschöpfungs-, Beschäftigungs- und Haushaltseffekte.“<sup>197</sup> Entscheidend an dieser Zielsetzung ist der Hinweis auf **mutmaßliche** Effekte, denn hinter dieser Charakterisierung verbirgt sich, dass diese Effekte nur unter den Bedingungen wirksam werden, die durch die Art ihrer Analyse vorgegeben waren.<sup>198</sup> Die rein formale Beschreibung der Vorgehensweise der Gutachter im Abschnitt 6. des Gutachtens (S. 29–39) vermag die Begrenztheit und Vorläufigkeit der Ergebnisse einer erweiterten Input-Output-Analyse in keinem Fall deutlich zu machen.

Die Feststellung, dass die „indirekten Produktions- und Beschäftigungseffekte [einer Reduzierung der Förderkapazitäten des Steinkohlenbergbaus] ... sich mit Hilfe

---

des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen), Essen 1976, S. 34.

<sup>196</sup> RWI, Zur volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus. Gutachten im Auftrag des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen, Essen 1985, S. 4: „Auf die damit verbundenen Einschränkungen der Analyseergebnisse sei ausdrücklich hingewiesen“ und S. 25 erneut: „Auf die methodisch bedingten Einschränkungen (vgl. S. 3f.) sei hier nochmals hingewiesen“.

<sup>197</sup> Ebda., S. 1.

<sup>198</sup> Zur Methode allgemein Stäglin 2002. Der im Gutachten ebenfalls vorgebrachte Hinweis auf die Begrenztheit der statistischen Unterlagen der regionalen Analyse spielte in der folgenden Kontroverse kaum eine Rolle.

der um einen Einkommensmultiplikator erweiterten statischen Input-Output-Analyse berechnen“ lassen, galt natürlich nur unter den eingeschränkten Annahmen des Modells. Damit war die Struktur des Modells zwar zutreffend beschrieben und auf S. 30 wird diese zudem noch in einer Grafik anschaulich dargestellt. Entscheidend war aber der damit verbundene implizite Hinweis auf den **statischen** Charakter des Modells. Eine Input-Output-Tabelle repräsentiert eben nicht viel mehr als ein Buchhaltungssystem von Lieferverflechtungen zwischen den verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft und bietet in ihrer „Grundidee nur einen geringen theoretischen Gehalt“. <sup>199</sup> Eine solche Tabelle diene auch im vorliegenden Fall als Basis der Berechnungen und grenzte im Produktionsbereich 52 unterschiedliche Sektoren als „Zwischennachfrage“ voneinander ab. Diese für den Produktionsbereich vorgenommene Differenzierung wurde auch für einen Teil des Verbrauchs der Produktion, in einer Erweiterung der ursprünglich zur Beschreibung der Lieferverflechtungen im Produktionssektor entwickelten Methode, weiter aufgefächert, nämlich für 72 „Ausgabearten“ des privaten Verbrauchs. <sup>200</sup> Bei diesen Berechnungen konnten die Autoren der Studie auf umfangreiche Vorarbeiten des RWI zurückgreifen, die sie in die Lage versetzten, ihre Untersuchung in einer regionalen Analyse auf das Ruhrgebiet zu begrenzen.

Alle diese z.T. äußerst komplexen Operationen ändern nichts an der Grundtatsache, dass das so entwickelte Rechenwerk nichts mehr als die Beschreibung eines gegebenen Zustandes darstellt. Alle Daten beziehen sich auf einen Zeitpunkt und die quantitativen Beziehungen zwischen den einzelnen Sektoren, seien es nun die Koeffizienten der Produktionsmatrix oder die Multiplikatoren in der Matrix des privaten Verbrauchs, bleiben unverändert und gelten nur *ceteris paribus*, d.h. unter den **gegebenen** Bedingungen, also nur dann, wenn sich ansonsten nichts ändert. Genau diese Einschränkung des Modells wird aber in den folgenden Ausführungen im Gutachten selbst gänzlich ignoriert, wenn auf der Basis der **statischen** Beschreibung eines Nachfrage- und Lieferzusammenhanges auf die **dynamischen** Effekte in der Veränderung dieser Liefer- und Nachfragebeziehungen geschlossen wird. Eine solche Vorgehensweise wäre allenfalls gerechtfertigt, wenn für unterschiedliche Zeitpunkte ähnliche Berechnungen vorlägen und diese im Hinblick auf die Veränderungen von Koeffizienten und Multiplikatoren einer **komparativ-statischen** Analyse unterzogen werden könnten. <sup>201</sup> Doch genau die Begrenzungen ihrer rein formalen ökonometrischen Analyse verlieren die Autoren des Gutachtens vollständig aus den Augen, wenn sie zu vollmundigen allgemeinen Schlussfolgerungen über die arbeitsmarktpoliti-

---

<sup>199</sup> Lancaster 1983, S. 313f.

<sup>200</sup> Nicht jedoch für die weiteren Hauptsektoren der Endnachfrage, nämlich Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderungen und Exporte/Importe.

<sup>201</sup> Fremdling (1986, S. 336) versucht auf der Basis einer rudimentären sektoralen Input-Output-Tabelle für drei Dekaden in einer komparativ-statisch angelegten Analyse das Wachstum des schwerindustriellen Sektors in Deutschland zu plausibilisieren. Eine elaboriertere Version dieses Ansatzes zur Bestimmung der Beschäftigungswirkungen der NS-Arbeitsbeschaffungsprogramme bei Fremdling/Stäglin 2015.

schen Konsequenzen einer reduzierten Kohlenförderung an der Ruhr kommen. Eine **dynamische** Analyse des mutmaßlichen Entwicklungsprozesses wäre also der Fragestellung angemessen gewesen. Sie wurde hingegen nicht durchgeführt, denn dafür bietet die Input-Output-Analyse keinen geeigneten theoretischen Rahmen.

Mit Erstaunen kann man deshalb – quasi wissenschaftlich belegt – im Gutachten lesen: „Von einer nachhaltigen Einschränkung der Steinkohlenförderung um 10 Mill. Tonnen SKE wären insgesamt auf Dauer 49.000 Arbeitsplätze betroffen.“<sup>202</sup> Darüber hinaus würde auch die Endnachfrage und damit das Wohlstandsniveau im Lande um 2,72 Mrd. DM sinken. Hinzu kämen Einnahmeausfälle des Staates und Finanzierungskosten der öffentlichen Haushalte zur Unterstützung der Arbeitslosen, sodass als Ergebnis dieser Zahlenspielerlei schließlich die Schlussfolgerung naheliegt, dass „Subventionen zur Aufrechterhaltung von Grenzbetrieben nicht nur aus sozial- oder regionalpolitischen Zielen, sondern auch unter ökonomischen Kriterien vertretbar“<sup>203</sup> erscheinen.

Zur Begründung dieser Schlussfolgerung wird zwar darauf verwiesen, dass die wirtschaftspolitische Bewertung der Rechenergebnisse nicht ganz unproblematisch sei und *im Prinzip* Subventionen abzulehnen seien. Doch angesichts der gegenwärtigen (1985) „abnormalen, durch chronische Massenarbeitslosigkeit charakterisierten Situation“, in der auch die Erfahrungen der Fünfziger- und Sechzigerjahre nicht mehr gültig wären, lassen sich die Erhaltungssubventionen für den Steinkohlenbergbau rechtfertigen. In gut keynesianischer Sichtweise argumentierten die Gutachter, die Geld-, Lohn- und Beschäftigungspolitik müsse erst die notwendigen allgemeinen Wachstumsbedingungen schaffen, um einen reibungslosen und ökonomisch sinnvollen Umsetzungsprozess der Arbeitskräfte möglich zu machen. Auf die Idee, dass vielleicht der Abbau von hoch subventionierten Arbeitsplätzen zur Schaffung derartiger Wachstumsbedingungen beitragen könnte, waren die Autoren des Gutachtens offenbar nicht gekommen. Eine **dynamische** Analyse dieses Sachverhaltes war auf der Basis einer Input-Output-Analyse auch gar nicht möglich und hätte einen gänzlich anderen methodischen Zugang zum Thema nötig gemacht.<sup>204</sup>

Doch das Gutachten war nun in der Welt und z.T. gewiss nicht unwillkommen, stützte es doch die Forderungen der Bergbaulobby nach weiteren Subventionen zur Aufrechterhaltung einer rentablen Steinkohlenförderung an der Ruhr. In den Chor der Subventionsbefürworter stimmten auch die kommunalen Vertreter ein, die sich um das Wohlergehen ihrer lokalen Klientel sorgten, sowie die Gewerkschaftsfunktionäre. Diese hatten neben den Befürchtungen ihrer Mitglieder auch die Existenz

---

**202** RWI, Zur volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus. Gutachten im Auftrag des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen, Essen 1985, S. 9.

**203** Ebda., S. 27.

**204** Eine derartige Vorgehensweise erweist sich als außerordentlich schwierig und kann bis heute noch nicht auf einer gesicherten theoretischen Basis aufbauen. Zu den Problemen einer dynamischen Theorie wirtschaftlicher Entwicklung vgl. Andersen 2015.

ihrer Gewerkschaft selbst im Auge. Die Landesregierung NRW und die sie tragende Partei waren ebenfalls um die Funktionsfähigkeit der „Herzkammer der SPD“, wie das Ruhrgebiet gelegentlich bezeichnet wurde, besorgt. Alle diese Interessengruppen waren in die Kohlepolitik involviert und fanden sich zum Abschluss einer Vereinbarung auf Kosten Dritter, nämlich der bundesdeutschen Steuerzahler, bereit.

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Gutachtens griff die Presse das Thema „Kohlesubventionen“ in großem Umfang auf. In den überregionalen Tageszeitungen erschienen bereits am 14. März 1985 zahlreiche groß aufgemachte Beiträge unter den Titeln „Kohlesubventionen ökonomisch sinnvoll“,<sup>205</sup> „Abbau der Bergbau-Hilfen würde dem Staat keine Ersparnis bringen“<sup>206</sup> oder gar „Weniger Kohle würde den Staat mehr kosten“<sup>207</sup> und auch weniger reißerische Titel kündeten vom selben Ergebnis.<sup>208</sup> Die verschiedenen Beiträge referierten im Wesentlichen die Schlussfolgerungen der Gutachter im Hinblick auf Wohlstandsentwicklung und Beschäftigung, sprachen die methodische Basis dieser Schlussfolgerungen aber überhaupt nicht an. Allein die *WirtschaftsWoche* ging in einem Beitrag ein wenig auf die methodische Problematik des „RWI-Planspiel[s]“ ein, ohne diese allerdings zu vertiefen, denn wenige Sätze später stand unkritisch: „Die Wissenschaftler weisen nach [kursiv, T. P.], dass eine Fördereinschränkung für den Staat eher teurer als billiger käme.“<sup>209</sup> Ein zusätzliches methodisches Argument gegenüber dem Kohlegutachten wurde auch von Otto Schlecht, dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium vorgebracht, der darauf verwies, dass „aus einer Partialanalyse in methodisch unzulässiger Weise eine globale Schlussfolgerung gezogen“ wurde.<sup>210</sup> Es waren aber eben *scheinbar objektive* „Berechnungen des RWI“,<sup>211</sup> auf die man sich in der politischen Diskussion immer wieder bezog und deren politische Botschaft klar schien: Kohlesubventionen sind gut!

Entsprechend vielfältig waren die politischen Reaktionen. Der NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen konnte, wie zufällig am selben Tage im Kreise der Revier-Oberbürgermeister, die sich auf der Schachtanlage Prosper in Bottrop-Kirchhellen zu-

---

**205** „Kohlesubventionen ökonomisch sinnvoll“, in: Handelsblatt vom 14. 3. 1985.

**206** „Abbau der Bergbau-Hilfen würde dem Staat keine Ersparnis bringen“, in: Die Welt vom 14. 3. 1985.

**207** „Weniger Kohle würde den Staat mehr kosten“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. 3. 1985.

**208** So die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 3. 1985 mit „Zechen-Subventionen ökonomisch vertretbar“ und erneut: Die Welt vom 14. 3. 1985: „Krücken für die Kohle“.

**209** „Sparen wäre teurer“, in: WirtschaftsWoche, Nr. 13 vom 22. 3. 1985, S. 28–30.

**210** RWI: Schreiben Dr. Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft an Chefredakteur der Zeitschrift Capital vom 13. 3. 1986 (Kopie).

**211** So die Zeitung für kommunale Wirtschaft, Nr. 4/85 vom 12. 4. 1985, die den Befürwortern weiterer Kohlesubventionen gern an die Seite trat und im Gutachten eine „Rückendeckung für den Bergbau“ erkannte.

sammengefunden hatten, vor „Spielereien“ mit den Subventionen warnen.<sup>212</sup> Diese Auffassung bekräftigte Jochimsen an anderer Stelle erneut und der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, schloss sich dieser Einschätzung an. Beide bezogen sich ausdrücklich auf die Ergebnisse der RWI-Studie.<sup>213</sup> Ähnlich verfuhr auch die SPD, die gegenüber den Plänen, die die Brüsseler EG-Generaldirektion hinsichtlich einer drastischen Reduktion der europäischen Kohlesubventionen vorgelegt hatte, deutliche Vorbehalte zum Ausdruck brachte. Allerdings fanden sich auch andere Stimmen, die das Gutachten als vom Steinkohlenbergbau „bestellt“<sup>214</sup> charakterisierten oder wie beispielsweise der Vorsitzende der Stinnes AG, Günter Winkelmann, als „Gefälligkeitsgutachten“<sup>215</sup> bezeichneten.

Auch die Bundesregierung wurde involviert, denn der Staatssekretär Otto Schlecht hatte in einem geharnischten Schreiben an das RWI gegen die Schlussfolgerungen des Kohlegutachtens Stellung genommen.<sup>216</sup> Mit den im Gutachten angeführten Argumenten könnten seiner Meinung nach praktisch alle Subventionen gerechtfertigt werden. Er verweist aber darauf, dass Subventionen immer struktur- und wettbewerbsverzerrend wirkten und notwendige Anpassungen verhinderten. Zudem machten sie eine optimale Allokation knapper Ressourcen unmöglich und die entsprechenden Mittel würden besser zur Schaffung dauerhaft wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze eingesetzt. Es könne doch nicht sein, dass an der Ruhr die negativen Auswirkungen einer falschen Tarifpolitik auf die Arbeitsplätze durch die Staatskasse ausgeglichen werden sollten. Selbst im Bundestag kam es zu einer Anfrage des Abgeordneten Wolfram (SPD) aus Recklinghausen zur Kritik am Gutachten, die Dr. Sprung vom Ministerium im Parlament beantwortete.<sup>217</sup> Dort wurden die Haupt Einwände Otto Schlechts (methodische Mängel, Inkonsistenz mit früheren Stellungnahmen) noch einmal wiederholt. Später führte Schlecht seine Position in einem Leserbrief an die Zeitschrift *Capital* weiter aus.<sup>218</sup> Schlecht bezog sich dabei auf den Artikel „Hintermänner“ von Rainer Hübner<sup>219</sup> und verwahrte sich in erster Linie dagegen, mit seiner Intervention in die Freiheit der Wissenschaft eingegriffen zu haben. Vielmehr gehe es ihm darum, in einem intensiven fachlichen Gedankenaustausch auf

---

**212** Wilfried Beiersdorf, „Keine Spielereien mit Subventionen für die Steinkohlen“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. 3. 1985. Ganz im Gegenteil, es wurde sogar über den Ausbau der Kohleförderung für eine „Kohleöl-Großanlage“ an der Ruhr oder an der Saar spekuliert.

**213** Hans Baumann, „Gegen Subventionskürzungen“, in: Die Welt vom 15. 3. 1985.

**214** So als „unanfechtbare Untermauerung der vom Verband [der Steinkohlenindustrie] gepflegten Subventionsmentalität“, vgl. „Ungewöhnlich“, in: Die Welt vom 19. 3. 1985.

**215** Die Zeit, Nr. 15 vom 5. 4. 1985.

**216** „Gegen den Subventionsrotstift“, in: Handelsblatt vom 19. 3. 1985 und ausführlich: „Erwerbslosigkeit ist kein Argument für Subventionen“, in: Die Welt vom 19. 3. 1985.

**217** Bundestagsdrucksache 10/3276, vom 25. 4. 1985, S. 2.

**218** RWI: Schreiben Dr. Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft an Chefredakteur der Zeitschrift *Capital* vom 13. 3. 1986 (Kopie).

**219** Rainer Hübner, „Hintermänner. Parteigerangel um Wirtschaftsforschungsinstitute“, in: *Capital*, Nr. 3/86, S. 130 – 136.

widersprüchliche Aussagen, methodische Probleme und Fehler des Gutachtens hinzuweisen. Er sei bereits mehrfach in den Sitzungen des Verwaltungsrates des RWI mit „diametral entgegengesetzter Beurteilung gleicher ökonomischer Sachverhalte“ konfrontiert gewesen, die der Reputation des Instituts abträglich seien. Was das in Frage stehende Gutachten anbelange, so bemängelte er „wissenschaftskritisch, dass aus einer Partialanalyse in methodisch unzulässiger Weise eine globale Schlussfolgerung gezogen ist.“ Im Arbeitsbericht des Instituts wird das Gutachten hingegen nur knapp erwähnt.<sup>220</sup>

Dem Auftraggeber kam das Gutachten aber offensichtlich gelegen, stärkte es doch seine Forderung nach der Aufrechterhaltung einer für die Bergbauunternehmen rentablen Steinkohlenförderung in Deutschland, denn ihnen schienen die „Rechnungen des Gutachtens [...] unangefochten“.<sup>221</sup> Die Einwände gegen das Gutachten stellten sich dem Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Ruhrkohlenbergbau so dar: Sie seien einem „bedenklichen wissenschaftlichen Konformismus“ entsprungen, der u. a. dazu führe, dass „ein unorthodoxes Gutachten“ zum zwangsweisen Ausscheiden des Verantwortlichen aus dem Leitungsgremium des RWI geführt habe: ein wahres Zeichen von Konformismus und Intoleranz.<sup>222</sup>

An den personellen Konsequenzen aus dieser Affäre sah sich der Staatssekretär gänzlich unbeteiligt, denn er habe von der Rücktrittserklärung Dr. Lamberts' erst nachträglich erfahren und sehe in der Übernahme von Verantwortung durch Prof. Schneider einen geeigneten Schritt, zu stabilen Verhältnissen im Institut zurückzukehren. Doch Veränderungen in der Struktur des RWI und in der Organisation der wissenschaftlichen Arbeit schienen nun unaufschiebbar.<sup>223</sup> In Reaktion auf den Wirbel, den das Kohlegutachten in der Öffentlichkeit verursacht hatte, kam es auch innerhalb des RWI zu heftigen Auseinandersetzungen. Zunächst einmal distanzierte sich ein Teil der Forscher vom Gutachten, von dessen Existenz sie keine Kunde erhalten hätten und dessen Schlussfolgerungen sie keinesfalls mittragen wollten. Der *Kölner Stadtanzeiger* brachte es mit folgender Schlagzeile auf den Punkt: „Institut

---

**220** RWI Arbeitsbericht 1985, S. 16. Dort ist nur von „Berechnungen des Instituts“ und von „realistisch erscheinenden Annahmen“ die Rede, die gleichwohl zu einem „gewiss befremdlichen Ergebnis“ geführt hätten. Der Leiter der Konjunkturabteilung, Bernhard Filusch, versicherte im Gespräch am 9.12. 2016, dass er von dem Gutachten erst im Nachhinein erfahren habe. Seine Unterschrift unter den Jahresbericht 1984 habe er geleistet, ohne den Beitrag der Strukturabteilung gesehen zu haben, weil er aus persönlichen Gründen eine Reise unternommen hatte und der Beitrag der Strukturabteilung verspätet fertiggestellt worden war.

**221** So Reintges 1989, FN 45, S. 372.

**222** Ebda., FN 45, S. 372 und FN 50, S. 373.

**223** In der Presse wurde auch daran erinnert, dass nur wenige Jahre zuvor der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten der Arbeit des Instituts ein schlechtes Zeugnis ausgestellt hatte und es nur mit Auflagen seine Förderungswürdigkeit hatte vorläufig erhalten können. Vgl. dazu: „Bonner Kulisse“, in: *Die Zeit*, Nr. 16 vom 12.4.1985.

lässt eigenes Gutachten wie eine heiße Kartoffel fallen“.<sup>224</sup> In einer Aussprache, die Willi Lamberts, der verantwortliche Mitarbeiter für das Gutachten, mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Prof. Hans K. Schneider, seinerzeit Ordinarius in Köln und Direktor des dortigen Energiewirtschaftlichen Instituts sowie Vorsitzender des Sachverständigenrates, führte, kam es offenbar zu einem heftigen Streit, der den Wissenschaftlichen Direktor und Leiter der Strukturabteilung des RWI zu einem spontanen Verzicht auf seine Ämter veranlasste.<sup>225</sup> Schon wenige Tage später vermeldete die Presse: „RWI-Direktor verlässt Essener Institut“.<sup>226</sup>

Bei Willi Lamberts, der für das Gutachten die Verantwortung trug, handelte es sich ganz offenbar um einen selbstsicheren und eigenwilligen Wissenschaftler, der sich wenige Jahre zuvor bei der Evaluation des RWI durch den Wissenschaftsrat selbstbewusst als Vertreter einer eigenständigen Linie des Instituts gegenüber den Anforderungen der Hochschulen und ihrer Vertreter hervorgetan hatte.<sup>227</sup> Seine eigentümliche Sicht auf die deutsche Wirtschaftspolitik wird in einem anderen Beitrag offenbar, den er kurz zuvor in der *Rheinischen Post* publiziert hatte.<sup>228</sup> Er wendete sich darin gegen die „in der populärwissenschaftlichen Diskussion“ weit verbreitete Ansicht, dass die „angeblich alten Branchen und Industrieregionen“ langfristig an Wettbewerbsfähigkeit verlore. Gegenwärtig (1985) erwiesen sie sich wegen des hohen Wechselkurses des Dollars hingegen als „äußerst wettbewerbsstark und dynamisch“. Daraus folgerte er, dass vor allem der Wechselkurs über die Konkurrenzfähigkeit von Branchen und Regionen entscheide und dies gelte sowohl für die alten Industrien an Rhein und Ruhr wie auch für die neuen Industrien in Baden-Württemberg und Bayern. Diese aus heutiger Sicht geradezu archaisch anmutende, an die merkantilistischen Ideen des 18. Jahrhunderts erinnernde theoretische Position ignoriert sämtliche historischen Erfahrungen des desaströsen Abwertungswettlaufs der Zwischenkriegszeit.<sup>229</sup> Sie gipfelt in der Forderung, den Wechselkurs der DM auf einem für die deutsche Industrie günstigen Niveau zu stabilisieren und jeder Aufwertung der deutschen Währung entgegenzutreten, um so die hiesigen Arbeitsplätze zu sichern.<sup>230</sup> Die Geschichte Westdeutschlands hat dann ja auch gelehrt, wie gut die „neuen“ Industrien in Bayern und Baden-Württemberg in einem dynamischen Anpassungsprozess mit einer Aufwertung der deutschen Währung zurechtkamen und als wie wenig

---

**224** „Institut lässt eigenes Gutachten wie eine heiße Kartoffel fallen“, in: Kölner Stadtanzeiger vom 25.5.1985.

**225** „RWI-Krach um Kohle-Gutachten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.3.1985. Ähnlich auch die Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 28.3.1985: „Lamberts scheidet aus Direktorium des RWI aus“.

**226** „RWI-Direktor verlässt Essener Institut“, in: Westfälische Rundschau vom 28.3.1985.

**227** Vgl. den vorausgehenden Abschnitt 6.2.2.

**228** Willi Lamberts, „Ist die NRW-Wirtschaft schwach?“, in: Rheinische Post vom 12.1.1985.

**229** Eichengreen 1995.

**230** Als Diktum galt ihm, dass es „praktisch keine Industriebranche in Nordrhein-Westfalen, aber auch nicht in den anderen Bundesländern [gibt], die bei einem Wechselkurs von 2 DM pro Dollar wirtschaftlich arbeiten kann.“

erfolgreich sich die Struktur erhaltenden Subventionen der „alten“ Industrien in Nordrhein-Westfalen langfristig erwiesen.<sup>231</sup> Lamberts' Beitrag spiegelt in aller Deutlichkeit die ja auch vom Wissenschaftsrat zuvor kritisierte, selbst gewählte Isolation des RWI von der theoretischen Volkswirtschaftslehre, wie sie an den bundesdeutschen Hochschulen der Zeit gepflegt wurde. Sein ökonomisches Denken wurde stark durch Vorstellungen von Stabilität und Statik der Wirtschaftsstrukturen geprägt und Willi Lamberts fehlte offensichtlich jegliches Empfinden für die Kraft dynamischer Anpassungsprozesse an veränderte ökonomische Konstellationen. Und genau das spiegelte sich auch in den wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen, die im Kohlegutachten gezogen wurden.

### 6.2.3 Neuordnung des Hauses

Mit einem „Bauernopfer“, wie es etwa das Ausscheiden von Willi Lamberts aus dem RWI gewesen wäre, war es aber nicht mehr getan. Zu groß waren die Probleme des Instituts, die sich aus der Sicht des Wissenschaftsrates und der kritischen Öffentlichkeit angehäuft hatten. Es ging längst nicht mehr nur um die Korrektur eines missverständlich formulierten Gutachtens, sondern um eine Reform an Kopf und Gliedern, genauer um die Reorganisation der Führungsstruktur des Instituts und eine Neuausrichtung der wissenschaftlichen Arbeit, wie sie weiter oben beschrieben wurde.<sup>232</sup>

In Folge der Turbulenzen um das „Skandalgutachten“<sup>233</sup> kam es im RWI Mitte der 1980er Jahre zu tief greifenden Umgestaltungen. Bereits nach der Evaluation durch den Wissenschaftsrat war dem Vorstand des Instituts 1983 ein Forschungsbeirat an die Seite gestellt worden.<sup>234</sup> Damit schien eine erste Fehlentwicklung korrigiert, die durch Walther Däbritz in offensichtlicher Überschätzung des wissenschaftlichen Potentials des Instituts seinerzeit initiiert worden war.<sup>235</sup> Aber damit hatte es angesichts des neuen Skandals noch längst nicht sein Bewenden. In der Presse tauchten sehr bald Schlagzeilen auf wie „Präsident für Essener Forschungsinstitut“<sup>236</sup> oder „Ein Präsi-

---

**231** Zum europäischen Kontext vgl. Pierenkemper et al. 2016.

**232** Vgl. oben Punkt 6.2.1.

**233** Umfassend dazu weiter unten unter Punkt 6.2.3.

**234** Bei den ersten Mitgliedern dieses Gremiums handelte es sich um die Professoren Hans K. Schneider, der zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrates des RWI war, Ernst Helmstädter und Horst Albach sowie um Dr. Siegfried C. Cassier aus Düsseldorf. 1987 musste der Forschungsbeirat neu gebildet werden, weil zwei Mitglieder (Helmstädter und Albach) das Gremium auf eigenen Wunsch verlassen hatten und Hans K. Schneider wegen seiner Ernennung zum Präsidenten ebenfalls auschied. Es wurden neu hinzugewählt die Professoren Jünemann, Pohl und von Weizsäcker. RWI Arbeitsbericht 1987, S. 7.

**235** Vgl. weiter oben S. 216, S. 342.

**236** „Präsident für Essener Forschungsinstitut“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.7.1985.

dent wird verordnet“<sup>237</sup>. Das RWI wollte oder sollte also nach gut zehn Jahren unter der Leitung eines Dreierdirektoriums zu einer Präsidialverfassung zurückkehren. Darauf hatten vor allen Dingen die Zuwendungsgeber aus Bund und Ländern gedrungen, die in Sorge um die wissenschaftliche Reputation des Instituts waren, weil kaum zwei Jahre zuvor der Wissenschaftsrat ja bereits derartige Vorbehalte geäußert hatte.

Am 3. Juli 1985 kam es deshalb zu einer außerordentlichen Sitzung des Trägervereins des Instituts, an der 14 der 22 Mitglieder teilnahmen.<sup>238</sup> Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Prof. Schneider, führte einleitend aus, „dass sich das Institut seit 1979 in einer Übergangsphase seiner Verfassung befinde. Bund und Land hätten schon damals beschlossen, die kollegiale Leitung des Instituts durch eine Präsidialverfassung, ähnlich der in anderen Forschungsinstituten, abzulösen.“ Der Plan, dieses beim Ausscheiden des ersten der drei Direktoren<sup>239</sup> vorzunehmen, habe sich als undurchführbar erwiesen. Vor allem sei es nicht gelungen, „trotz mehrfacher Ermahnungen aus dem Kreis der Förderer und Verwaltungsratsmitglieder [...], die in widersprüchlichen Äußerungen zu wirtschaftspolitischen Themen sich manifestierende Führungskrise im Institut zu beseitigen. Im Gegenteil, in jüngster Zeit haben sich die kontroversen Stellungnahmen aus dem Institut noch verschärft.“ Dies habe dem Ansehen des Instituts in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit geschadet. Deshalb seien Verwaltungsrat und Forschungsbeirat übereingekommen, „die geplante Änderung von Institutsverfassung und Leitungsstruktur vorzuziehen und sobald wie möglich einen Präsidenten zu wählen“. Zudem habe Dr. Lamberts erklärt, aus seiner Position im Direktorium auszusteigen, habe inzwischen diese Entscheidung aber widerrufen, gleichwohl könne man davon ausgehen, mit ihm einen gütlichen Ausgleich zu finden, sodass von dieser Seite keine Einwendungen gegen eine entsprechende Änderung des § 9 der Satzung zu erwarten seien. Lamberts sollte in seiner neuen Funktion nunmehr dem zukünftigen Präsidenten direkt unterstellt werden. Prof. Schneider warb um Zustimmung zum vorgeschlagenen Kompromiss, der aber mit der Mehrheit der Anwesenden abgelehnt wurde.<sup>240</sup> Erst der Vorschlag, Lamberts dem neuen Vorstand und nicht allein dem Präsidenten zu unterstellen, fand in der Mitgliederversammlung eine Mehrheit<sup>241</sup> und der Verwaltungsratsvorsitzende sah in diesem Votum den Auftrag zu weiteren Verhandlungen.

Weitere Einwendungen kamen von anderer Seite. Der Vertreter des Wissenschaftsministeriums NRW wies darauf hin, dass sein Haus bislang noch keine Gelegenheit gehabt habe, sich in angemessener Weise mit der Sache zu beschäftigen und bat deshalb um Aufschub der Entscheidung. Seitens des Bundes wurden keine Ein-

<sup>237</sup> „Ein Präsident wird verordnet“, in: Die Zeit vom 23.8.1985.

<sup>238</sup> RWWA 20 – 4704 – 1, IHK Duisburg: Ergebnisprotokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, am 3.7.1985.

<sup>239</sup> Turnusgemäß hätte Gregor Winkelmeyer, Jahrgang 1922, als erster 1987 das Pensionsalter von 65 Jahren erreicht.

<sup>240</sup> Es gab sechs Ja-Stimmen, sechs Enthaltungen und zwei Nein-Stimmen.

<sup>241</sup> Zwölf Ja-Stimmen, eine Enthaltung, eine Nein-Stimme.

wendungen erhoben. Die Vertreter des Betriebsrates machten sich Sorgen um die künftige Stellung von Dr. Lamberts im RWI, plädierten aber für eine rasche Entscheidung, um „die Effizienz der Arbeiten wieder herzustellen.“ Doch nunmehr gierten die Reorganisation des Instituts und die Bestellung eines neuen Präsidenten in das Räderwerk der Politik und wurden quasi zu einem „Machtkampf zwischen Düsseldorf und Bonn“ bzw. zu einem „Machtkampf der Roten und Schwarzen“<sup>242</sup> stilisiert. Auf der einen Seite glaubte man, das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn, vertreten durch den Staatssekretär Otto Schlecht, als Unterstützer von Prof. Schneider und im Institut durch Bernhard Filusch vertreten, verorten zu können. Diese Gruppe wurde eher der CDU zugerechnet und erwies sich als kritisch gegenüber der Kohlesubventionspolitik. Auf der anderen Seite sah man den NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen, der die Position von Willi Lamberts im Institut teilte und die Forderung nach weiteren Kohlesubventionen aus naheliegenden Gründen unterstützte.<sup>243</sup> Hinzu kam eine öffentlich geführte Diskussion darüber, ob die Umstände des Ausscheidens von Willi Lamberts aus dem Direktorium des RWI nicht ein Eingriff in die wissenschaftliche Unabhängigkeit eines Forschungsinstituts gewesen seien.<sup>244</sup> Auch gab es bereits öffentliche Spekulationen über die Person des möglichen nächsten Präsidenten des RWI.<sup>245</sup> Die Lage des RWI erschien also hoch brisant und eher verfahren.

In einer zweiten außerordentlichen Mitgliederversammlung des RWI am 30. September 1985 in Essen sollte daher Klarheit geschaffen werden. Über das Ausscheiden von Dr. Lamberts aus dem Direktorium des RWI war es inzwischen zu einer einvernehmlichen Regelung gekommen und auch das Wissenschaftsministerium NRW erhob hinsichtlich einer Satzungsänderung keine Einwendungen mehr. Nun konnte unter den Mitgliedern sehr rasch eine Einigung erzielt werden und alle anwesenden 17 stimmberechtigten Mitglieder stimmten den entsprechenden Änderungen der §§ 9 und 10 der Satzung zu.<sup>246</sup> Zugleich wurde der Entwurf einer Verfahrensordnung zur Wahl eines neuen Präsidenten vorgelegt, der in einem formellen Berufungsverfahren gefunden werden sollte.<sup>247</sup> Die Krise schien überwunden, doch ganz so rasch und einfach ging die Erholung nicht.

**242** So eine Formulierung bei Rainer Hübner, „Hintermänner. Parteigerangel um Wirtschaftsforschungsinstitute“, in: Capital, Nr. 3/86, S. 131–136, hier S. 136.

**243** „Streit um RWI-Institut: Jochimsen und Gerstein protestieren in Bonn“, in: Westfälische Rundschau vom 16.5.1985.

**244** „Streit um das RWI. Wie frei ist Wissenschaft?“, in: Frankfurter Rundschau vom 17.5.1985.

**245** Hier tauchte der Name Ernst Helmstädter, seinerzeit Ökonomieprofessor in Münster und Mitglied des Sachverständigenrats, auf. Vgl. „Führungskrise beim RWI dauert an“, in: Stuttgarter Zeitung vom 5.7.1985 und „Institut steuert ohne Führung“, in: Frankfurter Rundschau vom 5.7.1985.

**246** RWWA 20–4704–1, IHK Duisburg: Protokoll über die außerordentliche Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, am 30.9.1985.

**247** Ebda. Am Ende der Sitzung dankte der Vorsitzende des Verwaltungsrates des RWI, Dr. Keunecke, „im Namen des Verwaltungsrates und der anwesenden Mitglieder Herrn Prof. Schneider, dass er das Institut aus einer schweren Krise herausgeführt“ habe. Er hoffe, dass es auch gelingen werde, einen

Hinsichtlich der Bildung eines Vorstandes sprang zunächst provisorisch Hans K. Schneider in die Bresche. Eine eilig zusammengestellte Berufungskommission hatte sich auf einer Sitzung am 19. Dezember 1985 auf drei Vorschläge für das Amt des Präsidenten geeinigt.<sup>248</sup> Nachdem Schneider sein Amt als Vorsitzender des Verwaltungsrates niedergelegt hatte, wurde er am 5. März 1986 auf Vorschlag der Berufungskommission durch den Verwaltungsrat einstimmig für fünf Jahre zum Präsidenten des RWI gewählt.<sup>249</sup> Er hatte jedoch bei seiner Wahl zugleich die Absicht geäußert, die volle Amtszeit von fünf Jahren keinesfalls ausschöpfen zu wollen und beteuerte nach seiner Wahl, dass er sich nicht nach diesem Amt gedrängt habe, angesichts der Führungskrise des RWI sich dieser Aufgabe aber nicht habe entziehen können.

Zugleich wurde eine weitere Vorstandsstelle ausgeschrieben, weil Bernhard Filusch zum 30. Juni aus dem Institut ausscheiden wollte. Durch die Wahl von Dr. Ullrich Heilemann aus dem Hause des RWI in den Vorstand wurde dem Präsidenten zum 1. Oktober 1986 ein weiteres Vorstandsmitglied an die Seite gestellt.<sup>250</sup> Ein Vizepräsident sollte hingegen nicht berufen werden.<sup>251</sup> Auch Gregor Winkelmeyer blieb nach Verlängerung seines Vertrages um ein Jahr zunächst ebenfalls Mitglied des dreiköpfigen Vorstandes.

***Hans Karl Schneider** wurde am 26. Mai 1920 in Remscheid als Sohn des Kaufmanns Paul Schneider (verstorben 18. Februar 1960) und seiner Ehefrau Elfriede, geb. Köhndahl (verstorben 2. August 1972), in einem protestantischen Elternhaus geboren. Der Vater war, nachdem dessen Vater seinen Bauernhof bereits vor dem Ersten Weltkrieg in der Hoffnung veräußert hatte, mit dem Verkaufserlös ein auskömmliches Leben führen zu können, als einfacher „Bauernjunge“ nach Remscheid gelangt. Als Soldat im Ersten Weltkrieg verlor Paul Schneider einen Arm. Nach dem Kriege war er als Kriegsversehrter gezwungen, einen angemessenen Beruf zu finden, zumal das väterliche Vermögen der Inflation zum Opfer gefallen war. Er besuchte mit eigenem finanziellen Einsatz eine*

---

guten Präsidenten zu finden. Er dankte ebenfalls Herrn Dr. Lamberts, der Einsicht bewiesen und mitgeholfen habe, die Krise zu überwinden.

**248** Auf Vorschlag des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung NRW standen daraufhin Prof. König (Mannheim), Prof. Helmstädter (Münster), vorgeschlagen durch Prof. Schneider, sowie Prof. Schneider selbst (auf Vorschlag Dr. Keuneckes aus dem Verwaltungsrat) zur Wahl. Prof. König war den meisten Mitgliedern der Sitzung nicht bekannt, Prof. Helmstädter verzichtete auf eine Kandidatur, sodass Prof. Schneider, nachdem er die Sitzung verlassen hatte, einstimmig durch die Berufungskommission zur Wahl des Präsidenten des RWI vorgeschlagen wurde.

**249** Das Bundeswirtschaftsministerium stimmte dieser Wahl ohne Zögern zu und auch die Wissenschaftsministerin NRW ließ sich von dem Vorschlag überzeugen.

**250** Auf die Berufung eines weiteren Vorstandsmitglieds hatte vor allem die Wissenschaftsministerin NRW, Anke Brunn, gedrungen. Die Verschiebung einer solchen Wahl in das Jahr 1989, also nicht zeitgleich mit der Wahl des Präsidenten, hatte vor allem haushaltstechnische Gründe. Vgl. dazu „RWI-Führungsstruktur umstritten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.1.1988.

**251** Entsprechende Gerüchte, die bereits Rüdiger Pohl aus Hagen für diese Position benannt hatten, wurden vom RWI dementiert. „Kein Vizepräsident im RWI“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.1.1988. Rüdiger Pohl war aber 1986 dem Forschungsbeirat des RWI beigetreten.

*private Handelsschule und wurde als kaufmännischer Angestellter in einem größeren Industriebetrieb tätig.<sup>252</sup> Während dieser Zeit lernte er seine spätere Frau, Elfriede Köhndahl, kennen, die als Kontoristin in einem Exportunternehmen beschäftigt war. Elfriede Köhndahl hatte durch einen Unfall bei der Erntehilfe mit 16 Jahren ebenfalls einen Arm verloren und musste zudem als Vollwaise für drei unmündige Geschwister sorgen. Trotz dieser schwierigen Ausgangsbedingungen heiratete das junge Paar. Beide waren weiter berufstätig, als damals wenig geschätzte „Doppelverdiener“, und blieben während ihres gesamten Arbeitslebens auch später von der grassierenden Arbeitslosigkeit verschont.*

*1920 wurde der Sohn Hans Karl geboren. Am Ende seines Lebens erinnerte er sich daran, dass das Geld in dieser Zeit immer knapp war, trotz zweier regelmäßiger Einkommen, einer Kriegsbeschädigtenrente des Vaters und der Unfallrente der Mutter. Erst als die Geschwister der Mutter „flügge“ geworden waren, besserte sich die Lage. Dazu hatte gewiss auch die Findigkeit der Eltern beigetragen, denn diese entwickelten in diesen schweren Zeiten ein Inkassounternehmen, das Ratenkredite von lokalen Kaufleuten gegen eine Gebühr von 10 bis 15 Prozent übernahm und diese dann in eigener Rechnung eintrieb. In den besten Zeiten standen etwa 800 Kunden in den Büchern; eine eigene Bürokraft, einige Vertreter und auch die Mithilfe des Sohnes, Hans Karl Schneider, wurden nötig, wobei der Erfolg schließlich in einem beachtlichen Immobilienerwerb sichtbar wurde. Doch Mitte der Dreißigerjahre kam das Geschäft, das häufig auch mit jüdischen Partnern betrieben worden war, zum Erliegen und wurde durch einen bescheidenen Warenhandel ersetzt.<sup>253</sup> Die Eltern verfügten in allen diesen Jahren über ein „gutes Einkommen“ und galten deshalb als „gut situiert“.*

*Nach dem Besuch der Grundschule, in einer „baufälligen Baracke“ untergebracht, wechselte der zehnjährige Hans Karl Schneider zu Ostern 1930 auf das staatliche Realgymnasium zu Remscheid. Dort geriet er in eine offenbar sehr leistungsstarke Klasse und erlangte so eine gute Schulbildung, die nur wenig durch die NS-Ideologie geprägt war. Zwar wurde die gesamte Klasse im Jahr 1934 in die Hitlerjugend überführt, doch als „Hitlerjunge“ brachte es Hans Karl Schneider lediglich bis zum Kassenwart der Singschar. Im Frühjahr 1938 legte er die Reifeprüfung ab und wurde unmittelbar danach zum 1. März 1938 zum Reichsarbeitsdienst einberufen und zum Deichbau an die Nordsee abkommandiert, wo er unter elendigen Bedingungen mehrere Monate schuftete. Er hatte sich*

---

**252** Die persönlichen Details entnehme ich den Lebenserinnerungen von Hans Karl Schneider, die dieser als Achtzigjähriger mit dem Titel „Rück-Blick des HKS“ [HKS als Kürzel für ihn, das unter Mitarbeitern gängig war] für seine Familie verfasst hat und die mir freundlicherweise durch seinen jüngsten Sohn, Prof. Dr. Dominik Schneider, Köln, verfügbar gemacht wurden. Mit ihm habe ich auch mehrere Gespräche über seinen Vater geführt.

**253** Die Mutter blieb hier offenbar die treibende Kraft, denn sie eröffnete bald nach der Währungsreform ein zunächst recht erfolgreiches Modegeschäft, das aber bald darauf in den 1950er Jahren liquidiert wurde.

1938, wie seine gesamte Abiturientia, freiwillig zum Wehrdienst gemeldet,<sup>254</sup> konnte deshalb die Waffengattung wählen und gelangte so zur Ausbildung als Gebirgsartillerist nach Sonthofen in Bayern.

Im Zweiten Weltkrieg war Schneider von Anfang an im Einsatz. Im September 1939 kämpfte seine Einheit in den polnischen Beskiden, im Mai und Juni 1940 stand sie in Frankreich und hatte dann einen kurzen Einsatz in den jugoslawischen Karawanken. Am Russlandfeldzug 1941 nahm Schneider ebenfalls von Beginn an teil. Wegen Tapferkeit wurde er mehrfach ausgezeichnet und zum Offizier befördert. Er wurde zweimal schwer verwundet. Das erste Mal drohte eine Beinamputation. Nach seiner Genesung musste er im Juli 1942 wieder an die Front, wo ihn eine Granate verwundete. Er wurde aufgrund seines Gesundheitszustandes im Januar 1944 als Leutnant der Reserve vorerst aus dem aktiven Wehrdienst entlassen.

Als Studienurlauber hatte Schneider bereits im Wintersemester 1942/43, genauer ab Januar 1943, an der Universität zu Köln mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre begonnen. Gleichzeitig setzte er in Remscheid das elterliche Haus instand, das schwere Kriegszerstörungen aufwies. Das Sommersemester 1943 verbrachte er, ebenfalls noch als Studienurlauber, an der Universität München, weil er dorthin in ein Lazarett verlegt worden war. Zurück in Remscheid bestand er am 27. März 1945 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, die zwischenzeitlich nach Marburg ausgelagert worden war, dort die Diplomprüfung für Volkswirte.<sup>255</sup> Das gesamte Studium hatte nur zwei Jahre und zwei Monate in Anspruch genommen, zudem noch belastet durch den Hausbau in Remscheid, einen Wechsel nach München, seinen dauerhaften Remscheider Wohnort außerhalb seines Studienortes, und durch fünf kleinere Operationen am Arm. Da der Student während dieses Zeitraums noch Praktika, u. a. bei der Deutschen Bank absolvierte, fragte er sich später selbst, wie das überhaupt möglich gewesen war.<sup>256</sup> Die Sorge, dass die Siegermächte nach dem Ende des Krieges den NS-Offizieren die Ablegung von Universitätsexamen verweigern könnten, war ein wesentlicher Antrieb für seine Eile.

Nach dem Studium fand Hans Karl Schneider alsbald eine Anstellung bei der Bergischen Industrie- und Handelskammer in Remscheid.<sup>257</sup> Dort wurde er mit der Kontrolle der Energieversorgung bergischer Unternehmer betraut und erhielt sogar ein ordentliches Entgelt dafür. Während seiner Zeit bei der IHK Remscheid unternahm er mit einem

---

<sup>254</sup> Diese Entscheidung schien ihm aus der Rückschau erklärungsbedürftig, weil sie mit dem Denken im Elternhaus eher im Widerspruch stand. Er fühlte sich damals als „Patriot“ zu diesem Schritt verpflichtet, stand im Eindruck der Klassenmeinung und war auch durch die soldatische Tradition von Vater und Großvater geprägt.

<sup>255</sup> Seine Diplomarbeit befasste sich mit dem Thema „Wirtschaftsleitung“.

<sup>256</sup> Die Tatsache, dass sein Studium nicht einmal die vorgeschriebene Mindeststudiendauer von sechs Semestern umfasste, erklärte er damit, dass für Kriegsteilnehmer hier eine Sonderregelung gegolten habe.

<sup>257</sup> Dort hatte er sich unmittelbar nach der Besetzung der Stadt beworben, schlicht um einer vernünftigen Arbeit nachgehen zu können, und er war sogar bereit, dieses ohne Vergütung zu tun. Vermutlich spielte auch der damit verbundene Anspruch auf eine Lebensmittelkarte eine Rolle.

*Freund eine Reise zum Bergwandern nach Oberstdorf. Auf der Anreise lernte er unter abenteuerlichen Umständen Gerda Pirlet, Tochter des Statikers und Bauingenieurs Josef Pirlet aus Köln, kennen, seine spätere Frau. Josef Pirlet hatte im Krieg seine Frau mit den neun Kindern nach Oberstdorf gebracht, um sie vor den Bombenangriffen in Köln zu schützen. Die Tochter, Gerda Pirlet, studierte Medizin in Bonn und traf in Köln Hans Karl Schneider wieder, der 1946 die Stelle an der IHK Remscheid aufgegeben hatte und in Köln an seiner Dissertation arbeitete. Nachdem er die Promotion abgeschlossen und Gerda Pirlet ihr Physikum absolviert hatte, heirateten die beiden im Juli 1948. Sie bekamen fünf Kinder.<sup>258</sup>*

*Bereits während seiner Tätigkeit in Remscheid war Schneider vom Wintersemester 1946/47 bis zum Wintersemester 1947/48 in Köln als Gasthörer immatrikuliert und zum 1. November 1946 konnte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln gewonnen werden.<sup>259</sup> Eine von Theodor Wessels betreute Dissertation mit dem Thema „Preisbildung bei Ferngas“ wurde in gut einem Jahr fertiggestellt und die mündliche Prüfung erfolgte am 20. Januar 1948 in Köln.<sup>260</sup> Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln war eine durch Theodor Wessels angeregte Neugründung und bestand beim Eintritt von Hans Karl Schneider nur „de jure“ auf dem Papier. Das bedeutete sehr viel Arbeit für den Assistenten und schloss die Entwicklung eines eigenständigen Lehrprogramms zur „Energiewirtschaft“ mit ein, für das Schneider allerdings „freie Hand“ gelassen wurde. Diese Zeit sah Schneider in der Rückschau als „Umweg“ zum eigentlich angestrebten Professorenamt an, der ihn etwa vier bis fünf Jahre seiner Zeit gekostet habe. Dazu schien ihm auch ein Wechsel an das Staatswissenschaftliche Seminar der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät nötig, der dann mit der Übernahme einer planmäßigen Assistentenstelle erfolgte. Dort bereitete er sich auch auf seine Habilitation vor, für die er sich das notwendige Wissen, z.B. in der Mathematik, recht mühsam autodidaktisch aneignen musste. Die Arbeit wurde bereits 1957 fertig, doch das Habilitationskolloquium konnte erst 1958 erfolgen.<sup>261</sup>*

*Als bald wechselte er an das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn und war dort am Aufbau einer energiepolitischen Unterabteilung beteiligt.<sup>262</sup> Doch die Arbeit im Mi-*

---

**258** Informationen zur Schul- und Studienzeit von Hans Karl Schneider sind auch in seinem Lebenslauf enthalten, der seiner Dissertation angefügt ist. Ein Exemplar findet sich im Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln.

**259** An dessen Wiederbegründung nach 1945 war er wesentlich beteiligt. Zur Geschichte des EWI seit seiner Gründung 1942/43 und den vorausgegangenen Bemühungen vgl. ausführlich: Lennart Henny, Die Gründung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln, Dipl.-Arbeit, spez. VWL, Köln 2008, insb. S. 35–40.

**260** Neben Theodor Wessels als Betreuer der Arbeit fungierte Prof. Berkenkopf als Zweitgutachter.

**261** Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Prinzipien der Energiepreisbildung in volkswirtschaftlicher Betrachtung. Ein Beitrag zur Theorie und Anwendung der Grenzkostenpreisbildung“, Köln 1958. Die Arbeit blieb unveröffentlicht. Ein Exemplar befindet sich in der Bibliothek des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln.

**262** Einige Informationen zur beruflichen Karriere bei: Schneider 1990 (Buchdeckel).

nisterium schien dem Wissenschaftler nicht angemessen und er kehrte bereits 1959 wieder an seine Universität zurück, wo er als Privatdozent lehrte. 1962 erhielt er als Nachfolger von Hans-Jürgen Seraphim den Ruf als Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an die Universität Münster und übernahm dort zugleich auch die Leitung des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen. Das brachte ihm endlich die „langersehnte Freiheit“ für Forschung und Lehre. Trotz der Studentenunruhen verlebte er an der Westfälischen Wilhelms-Universität erfüllte und erfolgreiche Jahre. 1969/70 verbrachte er ein Forschungssemester an der Universität Berkeley. Während seiner Zeit in Münster erreichte ihn eine Reihe ehrenvoller Rufe (1962, 1966, 1970, 1973) und 1968 erfolgte die Ernennung zum Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft, dessen Leitung er von 1970 bis 1980 übernahm.

1970 ging er dann an seine alte Universität zu Köln zurück, vornehmlich weil ihm die administrative Arbeit des Sprechers eines Sonderforschungsbereichs der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Münster über den Kopf wuchs. In Köln wurde er neben seiner Tätigkeit als Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften zugleich mit der Leitung des von ihm mit aufgebauten Energiewirtschaftlichen Instituts betraut, das er bis 1986 führte.<sup>263</sup> 1971 bis 1974 war Hans Karl Schneider zudem Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik, seit 1982 bis 1992 Mitglied des Sachverständigenrats (Vorsitz 1985 – 1992). Darüber hinaus wurde er beim RWI in Essen zunächst als Vorsitzender des Verwaltungsrates tätig, später zugleich zeitweise auch Mitglied des Forschungsrates, und trat schließlich 1986, nach seiner Emeritierung in Köln, als Präsident in Essen in einer schwierigen Situation an die Spitze des Hauses. Während seiner Hochschullehrerkarriere bekleidete Hans Karl Schneider zahlreiche weitere bedeutende wissenschaftliche Ämter. So war er Mitglied der Bundestags-Enquete-Kommission, Berater der OECD und verschiedener Regierungen in Energiefragen und seit 1975 Mitglied der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Am 27. August 2011 starb Hans Karl Schneider in Köln.

Gut ein Jahr nach der entscheidenden Mitgliederversammlung des RWI vom 3. Juli 1985, nämlich am 15. September 1986, traf sich der Verwaltungsrat des RWI erneut zu einer außerordentlichen Sitzung, um neben einer Neubesetzung der Spitze des Hauses auch Beschlüsse über eine grundlegende Neuordnung des Instituts zu fassen.<sup>264</sup> Hinsichtlich der zukünftigen Struktur des Instituts wurde entschieden, die strikte Trennung des Hauses in eine Konjunktur- und eine Strukturabteilung aufzugeben und zukünftig weitgehend unabhängige flexible Forschungsbereiche zu schaffen, um der Bildung von „Erbhöfen“ vorzubeugen. Man folgte damit dem Beispiel der anderen Wirtschaftsforschungsinstitute (ifo, DIW) und führte in dem Entwurf eines Organi-

<sup>263</sup> Zur Geschichte des EWI: Lennart Henny, Die Gründung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln, Dipl.-Arbeit, spez. VWL, Köln 2008.

<sup>264</sup> RWWA 20 – 4704 – 1, IHK Duisburg: Protokoll über die außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrates des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, am 15.9.1986.



**Abb. 9:** Hans Karl Schneider

sationsplanes nunmehr acht Forschungsbereiche<sup>265</sup> und sechs Zentralbereiche<sup>266</sup> an.<sup>267</sup> Alle bestehenden und auch alle zukünftig neu zu bildenden Forschungsbe-

---

**265** Es handelte sich im Einzelnen um die Bereiche Konjunktur (Binnen- und Weltwirtschaft), Eisen und Stahl, Energiewirtschaft, Sektorstruktur, Regionalwirtschaft, Öffentliche Finanzwirtschaft, Arbeitsmarkt sowie Handel, Verkehr und Mittelstand.

**266** Hier wurden folgende Arbeitsbereiche unterschieden: Personal und Finanzen, Publizistik, Statistik, EDV, Grafik sowie Bibliothek und Archiv.

che wurden unmittelbar dem Vorstand des Institutes unterstellt. Die Umstrukturierung der Arbeit fand auch in den Arbeitsberichten des Hauses ihren Niederschlag, denn diese gaben die Unterteilung in Struktur- und Konjunkturbericht auf und führten nun die Tätigkeiten der einzelnen Forschungsbereiche auf.<sup>268</sup>

Was die zukünftige Leitung des Instituts anbetraf, wurde zunächst einmal eine Berufungskommission gebildet und eine entsprechende Ausschreibung für die Präsidentenstelle vorgenommen. Eine elfköpfige Berufungskommission traf sich mit Vertretern des Bundes und des Landes NRW am 3. Oktober 1987 und einigte sich darauf, vier renommierte Bewerber zu einem Bewerbungsvortrag mit anschließender Diskussion einzuladen.<sup>269</sup> Über die Bemühungen des RWI, einen neuen Präsidenten zu finden, wurde auch in der Presse ausführlich berichtet und dort wurde auch deutlich, dass die Berufung möglicherweise nicht ganz konfliktfrei verlaufen würde, weil Bund und Land unterschiedliche Personen favorisierten.<sup>270</sup> Insbesondere ein Artikel des Wirtschaftsmagazins *Capital*<sup>271</sup> erregte die Gemüter und veranlasste den Vorsitzenden des Verwaltungsrates des RWI, Helmut Keunecke, zu einem Brief an die Redaktion.<sup>272</sup> Die SPD in Person von Friedhelm Farthmann beanspruchte für Düsseldorf einen Mann des Vertrauens der Landesregierung für das Amt im RWI. Doch einigte man sich schließlich am 27. April 1988 auf Horst Siebert von der Universität

---

**267** Entwurf eines Organisationsschemas, als Anlage zu: RWWA 20 – 4704 – 1, IHK Duisburg: Protokoll über die außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrates des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, am 15.9.1986. Tatsächlich erschienen im Organisationsplan (Stand: 1.4. 1987) nur sieben Forschergruppen, aber acht zentrale Bereiche. Dem Vorstandsbereich von Prof. Schneider waren zugeordnet die vier Forschergruppen mit je einem Gruppenleiter, nämlich erstens Konjunktur, zweitens Weltwirtschaft, drittens Handel, Handwerk und Mittelstand sowie viertens Energiewirtschaft. Der Vorstandsbereich von Dr. Heilemann umfasste drei Forschergruppen mit Gruppenleitern, nämlich Sektorale Strukturanalyse, Öffentliche Finanzen und Steuern sowie schließlich Regionalwirtschaftliche Analysen, Eisen und Stahl. Der Vorstandsbereich von Gregor Winkelmeyer umfasste sechs zentrale Bereiche. Im Einzelnen handelte es sich um Verwaltung (Personal und Finanzen), Datenverarbeitung, Statistik, Veröffentlichungen, Presse und Information, Bibliothek und Archiv, Grafik, Druck und Vervielfältigung sowie Allgemeiner Dienst. Der Name Willi Lamberts findet sich in diesem Schema als Gruppenleiter der Forschungsgruppe Handel, Handwerk und Mittelstand im Vorstandsbereich von Hans K. Schneider.

**268** Erstmals im RWI Arbeitsbericht 1985. Dort findet sich jedoch noch das alte Dreierdirektorium als Vorstand des Instituts, immerhin jedoch wurde, wie bereits im Jahr zuvor, ein vierköpfiger Forschungsbeirat erwähnt.

**269** RWI: Schreiben an die Mitglieder der Berufungskommission vom 14.7.1987. Ausgewählt aus den eingegangenen Bewerbungen um die Stelle waren die Professoren Franz (Stuttgart), Rürup (Darmstadt), Siebert (Konstanz) und Thoss (Münster).

**270** Es wurde unterstellt, dass der Bund eher Horst Siebert bevorzugte, während das Land Rainer Thoss favorisierte. So *WirtschaftsWoche*, Nr. 30 vom 17.7.1987, S. 8 f.

**271** Klaus Methfessel, „Patt im Pott. Machtkampf um das Wirtschaftsinstitut RWI“, in: *Capital*, Nr. 10/87.

**272** Schreiben des Vorsitzenden des Verwaltungsrats an Capital-Redaktion vom 30.9.1987. Im Schreiben wurde nachdrücklich auf die Unabhängigkeit des RWI in der Frage der Bestellung eines Präsidenten verwiesen.

Konstanz und berief ihn mit einstimmigem Votum zum neuen Präsidenten.<sup>273</sup> Siebert sollte im Juli Schneider als Präsidenten ablösen und zugleich auf einen Lehrstuhl an einer NRW-Universität (voraussichtlich Köln) berufen werden.<sup>274</sup> Leider scheiterte die Berufung Sieberts an das Essener Institut, weil dieser gleichzeitig einen Ruf nach Kiel erhalten hatte und dort zugleich auch die Leitung des Instituts für Weltwirtschaft übernehmen konnte.<sup>275</sup> Als Nächster auf der Liste sollte nunmehr Prof. Franz berufen werden und falls dies nicht möglich sei, solle auf Anraten des Wissenschaftsministeriums die Position neu ausgeschrieben werden. Demgegenüber vertrat das Bundeswirtschaftsministerium die Ansicht, man solle ohne neues Verfahren den von ihm favorisierten und zur Bewerbung angeregten Prof. Klemmer aus Bochum berufen. Der Verwaltungsrat neigte eher letzterem Vorschlag zu, nicht nur weil er darin den aussichtsreicheren Kandidaten sah, sondern auch deshalb, weil so bis zum vorhersehbaren Ausscheiden von Prof. Schneider aus dem Amt keine weitere Zeit zu verlieren war. Inzwischen habe nämlich die aufkommende Unruhe um die ungeklärte Führungssituation im Institut einen erheblichen Zeitdruck entstehen lassen.

Die Ministerin in Düsseldorf habe allerdings in zwei Gesprächen am 23. und 30. September 1988 darauf bestanden, in der Liste weiter fortzufahren, zumal Prof. Franz ihr gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, als Kandidat zur Verfügung zu stehen und das Amt kurzfristig übernehmen zu können. Doch in der Beratung des Verwaltungsrates zeichnete sich eine deutliche Mehrheit für die Berufung von Paul Klemmer ab. Nach intensiver Diskussion kam man dennoch zu keiner Einigung und beschloss daraufhin, den Berufungsvorschlag zur weiteren Behandlung an die Berufungskommission zurückzuverweisen. Diese sollte am 7. November 1988 tagen und einen endgültigen Berufungsvorschlag unterbreiten, über den der Verwaltungsrat noch am selben Tag befinden sollte. Der gegenwärtige Präsident, Prof. Schneider, hatte deshalb, wie zuvor bereits angekündigt, die Niederlegung seines Amtes zum 30. September 1988 bereits ausgesprochen. Doch angesichts der ungeklärten Nachfolge, die erst am 3. Oktober verhandelt werden konnte, bat der Vorsitzende des Verwaltungsrates den Präsidenten, sein Amt zumindest bis zum 31. Oktober 1988 weiter wahrzunehmen. Doch auch auf dieser Sitzung wurde sein Ausscheiden nochmals herausgezögert: „Prof. Schneider erklärte sich vorbehaltlich eines eindeutigen Ergebnisses der Verwaltungsratssitzung am 7. November 1988 bereit, der Bitte des

---

**273** RWI: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, am 3.10.1988, S. 1. Siehe auch: „Siebert neuer Präsident“, in: Handelsblatt vom 29.4.1988.

**274** Siebert war Schüler von H. K. Schneider und hatte sich unter dessen Verantwortung seinerzeit in Münster habilitiert. Zu einigen Daten seiner akademischen Karriere vgl.: „Der neue RWI-Präsident“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.4.1988.

**275** RWI: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, am 3.10.1988, S. 1. Zur Berufung Sieberts nach Kiel und zu seiner Arbeit dort vgl. auch Czycholl 2014, S. 115–117.

Verwaltungsrates zu entsprechen und bis zum Jahresende im Amt zu bleiben.“<sup>276</sup> Erst im Frühjahr 1989 schied Hans Karl Schneider endgültig aus dem Amt des Präsidenten des RWI.

### 6.3 Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik, 1974 – 1989

Nicht nur in der weltwirtschaftlichen Entwicklung bildete das Jahr 1973 mit der ersten Ölpreiskrise und dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems eine Zäsur. Überhaupt deutete sich Anfang der 1970er Jahre eine intellektuelle Tendenzwende an, in der eine damals vorherrschende Modernisierungsideologie ihr Ende fand.<sup>277</sup> Die keynesianische Globalsteuerung als das ökonomische „Kronjuwel“ dieser Modernisierungsideologie verlor ihre Überzeugungskraft, weil das daraus hergeleitete Kriseninstrumentarium versagte und gleichzeitig Inflation, verzögertes Wachstum und wachsende Arbeitslosigkeit auftraten. Der Glaube, die Konjunktur durch eine angemessene Wirtschaftspolitik beherrschen zu können, war erschüttert und das Scheitern des Keynesianismus offenbar geworden.<sup>278</sup>

Wegen der wenig ermutigenden praktischen Erfahrungen mit der keynesianischen Stabilisierungspolitik angesichts der häufig verfehlten gesamtwirtschaftlichen Ziele des „magischen Vierecks“<sup>279</sup> geriet das Konzept der Globalsteuerung in Deutschland zunehmend unter Druck. Insbesondere die außenwirtschaftliche Flanke schien bedroht, weil ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht im Regime fester Wechselkurse immer schwieriger zu erreichen war, und auch der Lohn- und Preis- auftrieb begann sich in der Spätphase des „großen Booms“ beunruhigend zu beschleunigen und bedrohliche Preissteigerungen zu generieren.<sup>280</sup>

Weltweit schlug nun die Stunde der Marktliberalen, vornehmlich der durch Milton Friedman geprägten Chicagoer Schule. Deregulierung wirtschaftlicher Prozesse und die Freisetzung von Marktkräften wurden zur vorherrschenden Sicht der „Reaganomics“ und des „Thatcherismus“, auch wenn sich in der deutschen Wirtschaftspolitik die angelsächsisch geprägten Konzepte nicht in Gänze durchsetzen konnten. Eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik fand in Deutschland jedoch auch im Wandel

<sup>276</sup> RWI: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, am 3.10.1988, S. 8.

<sup>277</sup> Von Podewils 1975.

<sup>278</sup> Rödder 2010, S. 5–7.

<sup>279</sup> Dessen vier Ziele waren bereits im „Stabilitätsgesetz“ benannt worden. Demnach sollten „hoher Beschäftigungsgrad“ (Vollbeschäftigung), „Stabilität des Preisniveaus“, „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“, „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ gleichzeitig angestrebt werden. Ausführlich dazu Möller 1969, insb. S. 85–95.

<sup>280</sup> Zur wirtschaftlichen Entwicklung Scherf 1986 und Giersch/Paqué/Schmieding 1995.

der konzeptionellen Vorstellungen des Sachverständigenrats ihren Niederschlag.<sup>281</sup> Dazu hatten die Schocks auf Seiten der Angebotsbedingungen beigetragen, die nicht nur durch die Verwerfungen der Weltwirtschaft (Währungskrisen, Ölpreisschock) bedingt waren, sondern die auch durch bundesdeutsche Fehlentwicklungen verstärkt wurden, wie die enormen Lohnsteigerungen der sogenannten Klunkerrunde und die freigiebige Sozialpolitik der sozial-liberalen Koalition, die ja die Belastbarkeit der Wirtschaft bewusst testen wollte. Hinzu trat die Hoffnung einer neuen Geldpolitik der Bundesbank, die zu einer Stabilisierung der Erwartungen durch die Steuerung der Geldmenge gemäß den Bedürfnissen der Wirtschaft beitragen sollte und „Geldmengenziele“ als Zielgrößen deklarierte.

Die „Diskreditierung der Globalsteuerung“ im Sinne der keynesianischen Doktrin hatte in der Bundesrepublik Deutschland allerdings schon viel früher eingesetzt.<sup>282</sup> Insbesondere angesichts der weltweiten Krisenerscheinungen seit den frühen 1970er Jahren gelang es immer weniger, die gesamtwirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Eher im Gegenteil, denn sämtliche Ziele schienen häufig gleichzeitig verfehlt zu werden: das Wachstum schwächelte, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht geriet aus den Fugen und Preise und Arbeitslosigkeit stiegen im Gleichschritt. Bereits im Jahresgutachten 1969/70 hatte der Sachverständigenrat eine deprimierende Bilanz gezogen.<sup>283</sup>

Einen Ausweg aus dieser Lage schien in der Bundesrepublik zunächst die Intensivierung der ökonometrischen Konjunkturforschung zu weisen, also eine technische Optimierung der Globalsteuerung, keineswegs eine gänzliche Abkehr von diesem Konzept. Völlig neue Wege in der Konjunkturpolitik wurden somit noch nicht beschritten, auch wenn im Sinne einer Ersetzung der zeitverzögerten diskretionären Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik auf Basis verbesserter statistischer Informationen regelgebundenes Verhalten der politischen Akteure durchaus bereits diskutiert wurde. In den USA war nämlich zeitgleich der Siegeszug des Monetarismus in Gang gekommen. Damit war ein Schwenk in der staatlichen Wirtschaftspolitik in Richtung auf Geldpolitik<sup>284</sup> und eine Stärkung der Angebotsbedingungen auf den Weg gebracht worden. Eine solche Wende deutete sich auch in Deutschland bereits an.<sup>285</sup>

Eine Rezeption des Monetarismus auf breiter Basis hatte damit auch in der Bundesrepublik ihren Anfang genommen, obwohl die Bundesregierung weiterhin eine ablehnende Haltung erkennen ließ, weil im neuen Paradigma ein schlüssiger Gegenentwurf zur bisher favorisierten Globalsteuerung (noch) nicht zu erkennen war.<sup>286</sup> Die Forderung nach einer regelgebundenen anstelle einer diskretionären Wirtschaftspolitik erschien dem Leiter der Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium noch lediglich als eine Entpolitisierung der Konjunkturpolitik. Sie stelle somit weniger einen

---

<sup>281</sup> Sievert 2003.

<sup>282</sup> Ausführlich dazu: Schanetzky 2007, insb. S. 112–139.

<sup>283</sup> Sachverständigenrat 1970, TZ. 209.

<sup>284</sup> Dazu Siebke/Willms 1970.

<sup>285</sup> Schlesinger 1977, wiederabgedruckt 1979 (insb. S. 383–390) sowie auch Pohl 1979, S. 391–413.

<sup>286</sup> Schanetzky 2007, S. 116 f.

„Ausweg“ aus den Tücken des wirtschaftspolitischen Entscheidens, sondern weit eher einen in die Irre führenden „Holzweg“ dar.<sup>287</sup> Gleichwohl blieb offensichtlich, dass eine keynesianisch orientierte Globalsteuerung nicht mehr in der Lage war, die aktuellen Turbulenzen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Verteilungskonflikte im Lande zufriedenstellend zu lösen.

Das Fixkurssystem von Bretton Woods gehörte der Vergangenheit an und gegen erbitterten Widerstand der exportorientierten deutschen Wirtschaft hatte sich ein immer noch unvollkommenes, aber leidlich funktionierendes System flexibler Wechselkurse durchgesetzt, wie es von zahlreichen Ökonomen und auch der Bundesbank seit Längerem gefordert worden war.<sup>288</sup> Damit hatte sich auch die Wende in der Politik der Bundesbank von einer Steuerung der Bankenliquidität zu einer Steuerung der Geldmenge vollzogen.<sup>289</sup> Fiskalpolitisch hatte die sozial-liberale Regierung im Zuge ihrer Reformpolitik eine kontinuierliche und konjunkturunabhängige Ausdehnung der öffentlichen Haushalte betrieben und damit zu einer sprunghaft angestiegenen Staatsquote beigetragen.<sup>290</sup> Die „strukturverändernde Politik“ der SPD-Linken erforderte eben auch den Mut, „die Grenzen der Belastbarkeit [der deutschen Wirtschaft] zu erproben“.<sup>291</sup> Eine derartige Auffassung ließ sich mit den Vorstellungen des Wirtschaftsministers Karl Schiller nur sehr schwer in Einklang bringen, der bereits 1970 feststellen zu müssen glaubte, dass die Bundesregierung wirke „wie eine Kompanie, die sich der Kriegskasse bemächtigt habe und sie nun munter durchbringe, mit offenen Händen verteile“.<sup>292</sup> Ähnlich ging es dem Finanzminister Alex Möller, der angesichts der ausufernden Staatsausgaben bereits 1971 aus der „Bande der Verschwörer“ im Kabinett ausschied, ehe ihm Karl Schiller 1972 mit einem spektakulären Rücktritt folgte, was zum späteren Ende der Koalition wesentlich beitrug. Zwei überzeugte Anhänger des Keynesianismus waren damit aus dem Kabinett ausgeschieden. Die zügellose Ausgabenpolitik der sozial-liberalen Koalition untergrub die Strategie einer fiskalpolitischen Stabilisierung.<sup>293</sup>

Darüber hinaus wurde mit der Expansion der Staatsausgaben auch der Rahmen der Einkommenspolitik deutlich ausgeweitet und die eingeleitete Umverteilung befeuerte die Inflation weiter. Zwischen 1969 und 1974 hatte es enorme Lohnsteigerungen gegeben, um die im vorausgehenden Boom gestörte „soziale Symmetrie“ in der Gesellschaft wiederherzustellen. Dazu hatte ein gravierender Arbeitskräftemangel beigetragen, der auch durch die Anwerbung einer großen Zahl ausländischer Gastarbeiter nicht behoben werden konnte und der es den Gewerkschaften ermöglichte,

<sup>287</sup> So zitiert ebda., S. 118.

<sup>288</sup> Vgl. dazu weiter oben unter Punkt 6.1.

<sup>289</sup> Issing 2003, Podiumsdiskussion S. 49 und Textbeitrag S. 63 – 66. Dieser Politikschwenk wurde von der Bundesbank tatkräftig unterstützt. Vgl. dazu Schlesinger 1985.

<sup>290</sup> Scherf 1986, S. 92.

<sup>291</sup> Zitat von Jochen Steffen (1922 – 1987) bei Baring 1982, Zitat auf S. 666.

<sup>292</sup> Ausführlich dazu: ebda., Zitat auf S. 665.

<sup>293</sup> Schanetzky 2007, S. 124.

hohe Lohnforderungen bei den Arbeitgebern durchzusetzen.<sup>294</sup> Die gestiegenen Kostenbelastungen für die Unternehmen ließen sich nur zum Teil an den Märkten auf die Preise abwälzen und trugen damit zur Stärkung der inflationären Tendenzen bei. Die darüber hinaus verbliebenen Kostenbelastungen konnten auch nicht durch eine Steigerung der Produktivität aufgefangen werden, minderten so die Ertragskraft der Unternehmen und deren Investitionsfähigkeit. In diesem „Verteilungskampf“ um Lohn und Leistung zwischen aggressiver auftretenden Gewerkschaften und den privaten Unternehmern wurden die Realinvestitionen vermindert und die Unternehmer traten ihrerseits in einen „Investitionsstreik“. In diesem Szenario, in dem die negativen Effekte der Globalsteuerung immer deutlicher hervortraten und sich die wissenschaftliche Plausibilitätskrise des Keynesianismus vertiefte, wandte sich die wirtschaftspolitische Beratung zunehmend den monetaristischen Konzeptionen zu.

Diese Theorierichtung wurde zunächst weitestgehend von der Vorstellung geprägt, dass eine keynesianisch geprägte Globalsteuerung wegen der Entscheidungsverzögerungen der Politik ineffizient sei und deshalb letztlich prozyklisch auf den Konjunkturverlauf wirken müsse.<sup>295</sup> Demgegenüber sei eine Verstetigung der Erwartungen der Wirtschaftssubjekte anzustreben und diese sei am ehesten möglich, wenn sich die Regierung einer diskretionären Wirtschaftspolitik enthalte und stattdessen die Notenbank für ein hinreichendes Geldangebot Sorge. Dieses Angebot wiederum solle Unternehmer und Verbraucher in die Lage versetzen, ihre Wirtschaftspläne zu realisieren.<sup>296</sup> Diese zunächst in den Wirtschaftswissenschaften um sich greifende Sichtweise auf die mittelfristige Stabilisierung des Wachstums des Produktionspotentials einer Volkswirtschaft durch eine Steuerung des Geldangebots<sup>297</sup> wurde sehr schnell auch von der Bundesbank aufgegriffen und zur Basis ihrer Geldpolitik erhoben.<sup>298</sup> Selbst die Bundesregierung freundete sich, wenn auch ein wenig zögerlich, mit der neuen wirtschaftspolitischen Doktrin an. Obwohl die Entwicklung der Geldmenge nur selten den von der Bundesbank vorgesehenen Rahmen einhielt, trug die Formulierung eines Geldmengenziels ab 1975 gewiss zur beabsichtigten Verstetigung der Erwartungen der Wirtschaftssubjekte bei.<sup>299</sup>

---

**294** Zu den Entwicklungen am Arbeitsmarkt: Pierenkemper 2017, S. 196 – 200 und 204 f.

**295** Schanetzky 2007, S. 128 – 139.

**296** Friedman 1970, S. 77 – 99.

**297** Köhler 1968. Kritisch dazu: Schneider 1981. Vgl. auch Neumann 1973.

**298** Richter 1998, insb. S. 576 – 586.

**299** Von Hagen 1998, S. 459 – 463 und Baltensperger 1998, S. 480 – 511.